

Inhalt

| | |
|--|-----|
| Organisation, Führungsstruktur und Tätigkeit | 177 |
| Organisation und Führungsstruktur der Bank | 177 |
| <i>Die Bank, ihr Management und ihre Aktionäre</i> | 177 |
| <i>Organigramm der BIZ per 31. März 2005</i> | 179 |
| Förderung der internationalen Zusammenarbeit im Finanz- und Währungsbereich: direkte Beiträge der BIZ 2004/05 | 179 |
| <i>75 Jahre Zusammenarbeit unter Zentralbanken</i> | 179 |
| <i>Regelmäßige Beratungen über Währungs- und Finanzfragen</i> | 180 |
| <i>Weitere von der BIZ geförderte Bereiche der Zusammenarbeit unter Zentralbanken</i> | 181 |
| <i>Repräsentanzen</i> | 186 |
| <i>Institut für Finanzstabilität</i> | 187 |
| Förderung der Finanzstabilität durch die ständigen Ausschüsse | 188 |
| <i>Basler Ausschuss für Bankenaufsicht</i> | 188 |
| <i>Ausschuss für das weltweite Finanzsystem</i> | 190 |
| <i>Ausschuss für Zahlungsverkehrs- und Abrechnungssysteme</i> | 192 |
| <i>Märkteausschuss</i> | 192 |
| <i>Zentralbank-Arbeitsgruppe für die Fälschungsbekämpfung</i> | 193 |
| Beiträge der BIZ zu einer umfassenderen internationalen Zusammenarbeit im Finanzbereich | 193 |
| <i>Zehnergruppe (G10)</i> | 193 |
| <i>Forum für Finanzstabilität</i> | 194 |
| <i>Internationale Vereinigung der Versicherungsaufsichtsbehörden</i> | 196 |
| <i>Internationale Vereinigung der Einlagensicherungen</i> | 197 |
| Finanzdienstleistungen der Bank | 197 |
| <i>Bankdienstleistungen</i> | 197 |
| <i>Tätigkeit der Bankabteilung im Geschäftsjahr 2004/05</i> | 198 |
| <i>Grafik: Kundenanlagen nach Produkt</i> | 199 |
| <i>Die Bank als Agent und Treuhänder</i> | 200 |
| Institutionelles und Administratives | 200 |
| <i>Rücknahme und Wiederveräußerung von BIZ-Aktien</i> | 200 |
| <i>Verwaltung der Bank</i> | 201 |
| Der Reingewinn und seine Verwendung | 204 |
| <i>Reingewinn</i> | 204 |
| <i>Vorgeschlagene Verwendung des Reingewinns</i> | 205 |
| <i>Bericht der Buchprüfer</i> | 206 |
| | |
| Verwaltungsrat und oberste Führungsebene | 207 |
| Veränderungen im Verwaltungsrat und in der obersten Führungsebene | 208 |
| | |
| Mitgliedszentralbanken der BIZ | 210 |

| | |
|--|-----|
| Jahresabschluss | 211 |
| Bilanz | 212 |
| Gewinn- und Verlustrechnung | 213 |
| Mittelflussrechnung | 214 |
| Vorgeschlagene Gewinnverwendung | 215 |
| Veränderungen der statutarischen Reserven der Bank | 215 |
| Veränderungen des Eigenkapitals der Bank | 216 |
| Anmerkungen zum Jahresabschluss | 217 |
| | |
| Bericht der Buchprüfer | 237 |
| | |
| 5-Jahres-Überblick | 238 |

Organisation, Führungsstruktur und Tätigkeit

Dieses Kapitel skizziert die interne Organisation und die Führungsstruktur der Bank für Internationalen Zahlungsausgleich (BIZ) und blickt auf die Tätigkeit der Bank und der bei ihr angesiedelten internationalen Gremien im vergangenen Geschäftsjahr zurück. Im Mittelpunkt stehen dabei die Förderung der Zusammenarbeit unter Zentralbanken und anderen Instanzen aus dem Finanzbereich sowie die Bereitstellung von Finanzdienstleistungen für Zentralbankkunden.

Organisation und Führungsstruktur der Bank

Die Bank, ihr Management und ihre Aktionäre

Die BIZ ist eine internationale Organisation, die die internationale Zusammenarbeit im Währungs- und Finanzbereich fördert und Zentralbanken als Bank dient. Sie hat ihren Hauptsitz in Basel, Schweiz, sowie eine Repräsentanz in der Sonderverwaltungsregion Hongkong der Volksrepublik China und eine in Mexiko-Stadt. Gegenwärtig sind bei der Bank 560 Personen aus 49 Ländern beschäftigt.

Die BIZ erfüllt ihre Aufgaben als:

- Forum, das den Austausch unter Zentralbanken fördert und deren Entscheidungsfindung erleichtert sowie den Dialog mit anderen Gremien unterstützt, die Verantwortung für Finanzstabilität tragen
- Zentrum für Währungs- und Wirtschaftsforschung
- erste Adresse für die Finanzgeschäfte von Zentralbanken
- Agent oder Treuhänder im Zusammenhang mit internationalen Finanztransaktionen

Die Bank stellt auch das Sekretariat für verschiedene Ausschüsse und Organisationen, die sich um die Förderung der Stabilität im Finanzbereich bemühen:

- Der Basler Ausschuss für Bankenaufsicht (BCBS), der Ausschuss für das weltweite Finanzsystem (CGFS), der Ausschuss für Zahlungsverkehrs- und Abrechnungssysteme (CPSS) und der Märkteausschuss wurden im Laufe der letzten 40 Jahre von den Präsidenten der G10-Zentralbanken eingesetzt und entscheiden recht autonom über ihre Arbeitsthemen und die Organisation ihrer Tätigkeiten
- Das Forum für Finanzstabilität (FSF), die internationale Vereinigung der Versicherungsaufsichtsbehörden (IAIS) und die internationale Vereinigung der Einlagensicherungen (IADI) sind als unabhängige Organisationen weder der BIZ noch ihren Mitgliedszentralbanken direkt unterstellt

Die Aufgaben und jüngsten Aktivitäten dieser Ausschüsse und Organisationen werden weiter unten näher erläutert.

Die Bank umfasst drei Hauptabteilungen: die Währungs- und Wirtschaftsabteilung, die Bankabteilung und das Generalsekretariat. Diese werden ergänzt durch Rechtsdienst, Compliance, Interne Revision und Risikocontrolling sowie das Institut für Finanzstabilität (FSI), das die Verbreitung von Standards und Praxisempfehlungen in der Finanzaufsicht weltweit unterstützt.

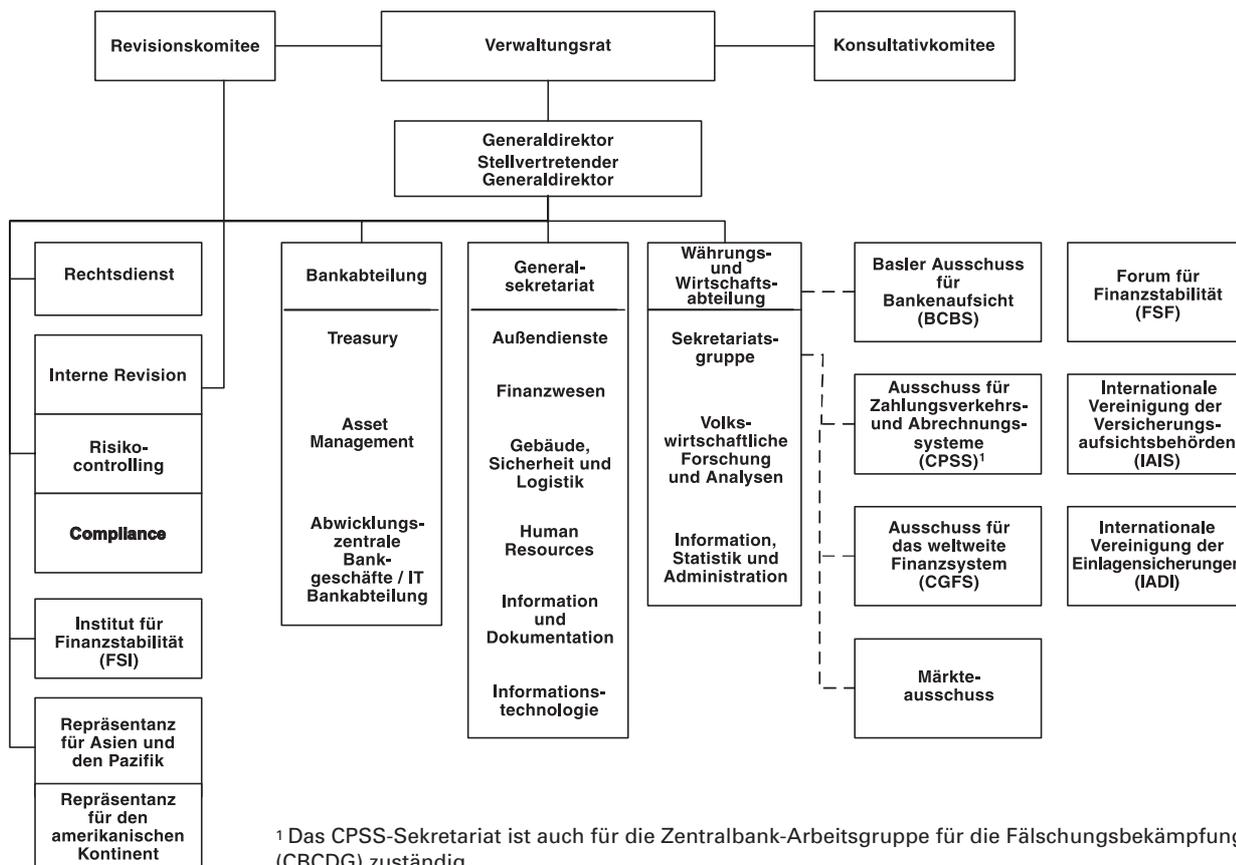
Die drei wichtigsten Führungs- und Verwaltungsgremien der Bank sind:

- die Generalversammlung der Mitgliedszentralbanken. 55 Zentralbanken bzw. Währungsbehörden sind derzeit bei der Generalversammlung stimm- und teilnahmeberechtigt. Die ordentliche Generalversammlung findet alljährlich innerhalb von vier Monaten nach dem 31. März, dem Ende des Geschäftsjahres der Bank, statt. 2004 waren 113 Zentralbanken vertreten, davon 93 durch ihren Präsidenten. Zudem nahmen Delegierte von 19 internationalen Organisationen teil
- der Verwaltungsrat, der gegenwärtig 17 Mitglieder umfasst. Zu seinen Hauptaufgaben gehören die Festlegung der strategischen Ausrichtung der Bank und ihrer Geschäftspolitik sowie die Überwachung der Geschäftsleitung. Unterstützt wird er vom Revisionskomitee und vom Konsultativkomitee, denen bestimmte Verwaltungsratsmitglieder angehören
- die Geschäftsleitung unter dem Vorsitz des Generaldirektors, die sich außerdem aus dem Stellvertretenden Generaldirektor, den Leitern der drei Hauptabteilungen der Bank sowie anderen vom Verwaltungsrat ernannten Beamten gleichen Ranges zusammensetzt. Die Geschäftsleitung berät den Generaldirektor in allen wichtigen Fragen, die die Bank als Ganzes betreffen

Im vergangenen Jahr überprüfte die Bank ihre Führungsstruktur auf ihre Vereinbarkeit mit den geltenden Grundsätzen einer soliden Unternehmensführung. Dabei wurden die besonderen Merkmale und Aufgaben der BIZ als internationale Organisation berücksichtigt. Die Überprüfung ergab, dass gewisse Abweichungen zwischen den Statuten der Bank und der derzeitigen Praxis dazu führen, dass die Verteilung der Entscheidungsbefugnisse in der Bank nicht genügend transparent ist. Der Verwaltungsrat beauftragte daraufhin ein Komitee, bestehend aus einigen seiner Mitglieder, konkrete Vorschläge auszuarbeiten. Das Komitee empfahl eine Reihe von Änderungen der Statuten der Bank, die vom Verwaltungsrat befürwortet wurden. Diese Änderungen sollen vor allem dazu dienen, die Führungsstruktur der Bank transparenter zu gestalten, indem die Statuten mit der derzeitigen Praxis in Einklang gebracht werden. Auf Vorschlag des Verwaltungsrats werden die Statutenänderungen den Mitgliedszentralbanken bei einer außerordentlichen Generalversammlung, die am selben Tag wie die ordentliche Generalversammlung der Bank für das Jahr 2005 stattfindet, zur Genehmigung vorgelegt.

Die Mitgliedszentralbanken, die Verwaltungsratsmitglieder und die Mitglieder der obersten Führungsebene der Bank sowie jüngste Veränderungen im Verwaltungsrat und in der obersten Führungsebene sind am Ende dieses Kapitels aufgeführt.

Organigramm der BIZ per 31. März 2005



Förderung der internationalen Zusammenarbeit im Finanz- und Währungsbereich: direkte Beiträge der BIZ 2004/05

75 Jahre Zusammenarbeit unter Zentralbanken

2005 feiert die BIZ ihr 75-jähriges Bestehen. Die Bank wurde im Rahmen der Zweiten Haager Konferenz am 20. Januar 1930 gegründet und nahm ihre Tätigkeit in Basel offiziell am 17. Mai 1930 auf. Aus diesem Anlass organisiert die BIZ eine Reihe spezieller Veranstaltungen. Im Mai kam im Verlag Cambridge University Press das Buch *Central bank cooperation at the Bank for International Settlements, 1930–1973* heraus, eine unabhängige, 1999 von der BIZ in Auftrag gegebene Forschungsarbeit, die von Gianni Toniolo, Professor für Volkswirtschaft an der Università di Roma Tor Vergata, Italien, in Zusammenarbeit mit Piet Clement, dem Historiker der BIZ, durchgeführt wurde. Im Zusammenhang mit dem Erscheinen dieses Buchs veranstaltet die Bank eine nicht öffentliche wissenschaftliche Konferenz zum Thema *Past and future of central bank cooperation*.

Unter dem Titel „this is the biz“ zeigt die BIZ außerdem zum ersten Mal eine der Öffentlichkeit zugängliche Ausstellung. Die zweiwöchige Ausstellung im BIZ-Turm in Basel zeichnet die Entstehung der Bank nach, zeigt ihre Entwicklung von einer überwiegend europäischen zu einer globalen Organisation

auf und beleuchtet ihre heutige Rolle bei der Förderung der Zusammenarbeit unter Zentralbanken und anderen Gremien des öffentlichen Sektors, die für die Währungs- und Finanzstabilität verantwortlich sind.

Regelmäßige Beratungen über Währungs- und Finanzfragen

Alle zwei Monate treffen sich die Präsidenten und andere hochrangige Vertreter der BIZ-Mitgliedszentralbanken, um in einer Reihe von Sitzungen über die aktuellen Entwicklungen im Wirtschafts- und Finanzbereich sowie die Aussichten für die Weltwirtschaft und die Finanzmärkte zu diskutieren. Außerdem tauschen sie Gedanken und Erfahrungen zu aktuellen Themen von besonderem Interesse für Zentralbanken aus. Diese Treffen im 2-Monats-Rhythmus sind eines der wichtigsten Mittel, mit denen die BIZ die Kooperation unter den Zentralbanken fördert. Zudem organisiert die Bank für hochrangige Mitarbeiter der Zentralbanken verschiedene weitere regelmäßige Sitzungen und Ad-hoc-Treffen. Bei diesen Treffen werden immer wieder auch andere Finanzbehörden sowie Vertreter aus dem privaten Finanzsektor und aus wissenschaftlichen Kreisen eingeladen, sich am Dialog zu beteiligen.

Im Rahmen der Weltwirtschaftssitzungen beobachten die Zentralbankpräsidenten der wichtigsten Industrieländer und aufstrebenden Volkswirtschaften die Entwicklungen im Wirtschafts- und Finanzbereich und beurteilen die Risiken und Chancen in der Wirtschaft und an den Finanzmärkten weltweit. In der Sitzung der G10-Zentralbankpräsidenten bzw. in der (erstmalig im März 2005 abgehaltenen und künftig voraussichtlich dreimal im Jahr stattfindenden) Sitzung der Gouverneure der wichtigsten aufstrebenden Volkswirtschaften werden oft konjunkturelle Fragen von besonderer Relevanz für diese beiden Ländergruppen vertieft. Die G10-Zentralbankpräsidenten diskutieren außerdem Fragen im Zusammenhang mit der Arbeit der bei der BIZ ansässigen ständigen Ausschüsse.

Da nicht alle Zentralbanken direkt an der Arbeit der Ausschüsse und anderer bei der BIZ ansässiger Gremien beteiligt sind, wurde im Januar 2004 ein regelmäßiges sogenanntes Review Meeting for Governors ins Leben gerufen, bei dem die betreffenden Zentralbankpräsidenten über die Aktivitäten dieser Gremien informiert werden. Gelegentlich werden bei dieser Sitzung auch Themen von unmittelbarer Bedeutung für diese Gruppe von Zentralbanken behandelt. Im Geschäftsjahr 2004/05 waren dies:

- das sich wandelnde Zinsumfeld in den aufstrebenden Volkswirtschaften
- Zentralbanken und Versicherungsbranche
- Umsetzungsfragen zu Basel II
- Aufdecken von Schwachstellen in den aufstrebenden Volkswirtschaften
- Zentralbanken und Prävention von Banknotenfälschung
- die internationalen Finanzstatistiken der BIZ

In den Sitzungen der Präsidenten aller BIZ-Mitgliedszentralbanken schließlich standen Fragen von eher struktureller Art oder allgemeinem Interesse auf der Tagesordnung:

- die sich verändernde Bedeutung der Rating-Agenturen an den Finanzmärkten

- Weltweiter „Liquiditätsüberschuss“: ein Problem mit Konsequenzen für die Wirtschaftspolitik?
- Wie viel Kapital benötigen Zentralbanken?
- Zusammensetzung und Funktionsweise von geldpolitischen Entscheidungsgremien
- Ist ein neues weltweites Währungsgefüge im Entstehen?

Bei der Analyse von Fragen zur Finanzstabilität legen die Zentralbankpräsidenten Wert auf einen Dialog mit den Leitern von Aufsichtsinstanzen, anderen Finanzbehörden und hochrangigen Vertretern des privaten Finanzsektors. Die BIZ organisiert regelmäßig informelle Gespräche von Vertretern des öffentlichen und des privaten Sektors, bei denen die gemeinsamen Anliegen beider Seiten hinsichtlich Aufbau und Aufrechterhaltung eines soliden, gut funktionierenden Finanzsystems im Mittelpunkt stehen. Besondere Erwähnung verdienen die letztjährigen Gespräche über die Auswirkungen des Hedge-Fonds-Wachstums auf den Finanzsektor und die Verlagerung bei der Tätigkeit der Geschäftsbanken in Richtung Privatkundengeschäft.

Weitere, weniger regelmäßig stattfindende Treffen von hochrangigen Vertretern von Zentralbanken sind u.a.:

- die zweimal im Jahr stattfindende Sitzung der Zentralbankvolkswirte, bei der es im Oktober 2004 um die Beziehung zwischen Wechselkursen und Geldpolitik ging
- die Seminare zur Geldpolitik, die nicht nur in Basel, sondern unter der Ägide einer Reihe von Zentralbanken auch in Asien, Mittel- und Osteuropa sowie Lateinamerika stattfinden
- die Sitzung der stellvertretenden Gouverneure der Zentralbanken aufstrebender Volkswirtschaften, deren Thema in diesem Jahr die Devisenmarktinterventionen waren

Weitere von der BIZ geförderte Bereiche der Zusammenarbeit unter Zentralbanken

Forschungsarbeit

Die BIZ trägt nicht nur dadurch zur internationalen Zusammenarbeit im Währungs- und Finanzbereich bei, dass sie für die Sitzungen der Zentralbankvertreter Hintergrundmaterial liefert und für die Ausschüsse Sekretariatsdienstleistungen erbringt. Sie führt auch selbst Forschungsarbeiten und Analysen zu Themen durch, die für Zentralbanken und in zunehmendem Maße auch für die Finanzaufsicht von Interesse sind. Die Ergebnisse dieser Arbeit fließen in die regelmäßigen Veröffentlichungen der Bank wie den *Jahresbericht*, den *Quartalsbericht* und die Reihen der *BIS Papers* und *BIS Working Papers* sowie in externe Fachpublikationen ein. Ein Großteil der Forschungsarbeit wird auf der BIZ-Website (www.bis.org) veröffentlicht. Themenbeispiele des letzten Jahres waren:

- Messung und Bewertung des Kreditrisikos, wie es sich in Bezug auf einzelne Schuldner, den Finanzsektor und die Länder als Ganzes („Länderisiko“) sowie in den Entscheidungen der einzelnen Finanzinstitute und an den Märkten insgesamt manifestiert

- Entwicklung der Immobilienpreise, insbesondere bei Wohnimmobilien, und deren Folgen für die Gesamtwirtschaft und den Finanzsektor
- Koordinationsbedarf zwischen Geld- und Aufsichtspolitik

Wiederum organisierte die BIZ besondere Veranstaltungen, um den Kontakt mit wissenschaftlichen Kreisen zu vertiefen. Im Juni 2004 fand eine Konferenz über Niedriginflation und Deflation statt, bei der die diesen Phänomenen zugrundeliegenden ökonomischen Kräfte und ihre Bedeutung z.B. für die Geldpolitik zur Sprache kamen. Im September veranstaltete die BIZ einen Workshop über die Bewertung des Kreditrisikos mit einer Standortbestimmung zur jüngsten Entwicklung in diesem Bereich.

Als neue internationale Initiative wurde im Berichtsjahr das *International Journal of Central Banking* aus der Taufe gehoben – eine von zahlreichen Zentralbanken und der BIZ getragene Fachzeitschrift. Deren Ziel ist in erster Linie die Verbreitung von hochwertigen und für die Entscheidungsträger relevanten Forschungsergebnissen zu Zentralbankthemen aus Zentralbanken und anderen wissenschaftlichen Kreisen. Die Zeitschrift erschien erstmals im Mai 2005.

Kooperation im Bereich Statistik

Im vergangenen Jahr koordinierte die BIZ die fünfte Ausgabe der alle drei Jahre durchgeführten Zentralbankerhebung über das Geschäft an den Devisen- und Derivatmärkten (*Triennial Central Bank Survey*). Insgesamt 52 Zentralbanken nahmen diesmal daran teil. Die Erhebung enthält umfassende standortbezogene Zahlen zu den Umsätzen an diesen Märkten im April 2004 sowie Angaben über die per Ende Juni 2004 ausstehenden konsolidierten Beträge. Der detaillierte Schlussbericht wurde im März 2005 veröffentlicht.

Die BIZ arbeitete auch mit den Zentralbanken der G10-Länder zusammen, deren Banken aktiv an den Märkten für außerbörsliche Derivate teilnehmen: Die halbjährlich stattfindende Erhebung, Zusammenstellung und Veröffentlichung aggregierter Daten zu diesen Märkten soll verbessert werden. Ende 2004 begann die Datenerhebung zu Credit Default Swaps. Seit Ende 2004 publiziert die BIZ auch Daten über die Konzentration des Handels in den unterschiedlichen Segmenten des außerbörslichen Marktes.

Es gab Gespräche mit einer Reihe weiterer Zentralbanken und Währungsbehörden, u.a. an Offshore-Finanzplätzen, über das Melden von aggregierten nationalen Daten zum globalen Kreditgeschäft der international tätigen Banken in ihrem Zuständigkeitsgebiet. Diese Statistiken – derzeit auf der Basis von 38 meldenden Institutionen – werden auf Zahlungsbilanz- und weltweit konsolidierter Basis veröffentlicht. Bei den weltweit konsolidierten Daten sind seit Ende 2004 detailliertere Angaben zum letztlichsten Risiko, einschließlich außerbilanzieller Daten, verfügbar.

Der geografische Erfassungsbereich für den inländischen Wertpapierabsatz hat sich um fünf neue Berichtsländer auf insgesamt 47 erweitert. Außerdem hat sich die BIZ bereit erklärt, bei der von der EZB lancierten zentralisierten Wertpapierdatenbank (Centralised Securities Database, CSDB) mitzuwirken, die die in der BIZ-Datenbank bereits enthaltenen Daten zu 700 000 einzelnen internationalen Wertpapieren sinnvoll ergänzt.

Die BIZ-Daten zum Bankgeschäft und zu den Wertpapiermärkten sind Bestandteil der Joint External Debt Statistics, in denen Daten über die Auslandsverschuldung der einzelnen Länder auf der Basis von Gläubigerdaten enthalten sind. Im vergangenen Jahr arbeitete die Inter-Agency Task Force on Finance Statistics, in der die BIZ vertreten ist, an der Schaffung eines sogenannten Joint External Debt Hub. Dieser verknüpft die verbesserten Auslandsverschuldungsstatistiken der Gläubigerbanken mit den entsprechenden Daten, die die Schuldnerländer offen legen.

Die detaillierten Daten der internationalen BIZ-Statistiken werden den teilnehmenden Zentralbanken via BIZ-Datenbank elektronisch zur Verfügung gestellt. Diese Datenbank enthält auch umfangreiche länderspezifische Daten zu anderen Wirtschafts-, Währungs- und Finanzvariablen. Im vergangenen Jahr wurden zwei weitere Zentralbanken berichtende Mitglieder der Datenbank, die nun 34 BIZ-Mitgliedszentralbanken in allen großen Regionen abdeckt. Auch inhaltlich wurde die Datenbank wiederum erweitert und umfasst neuerdings auch Rechnungslegungsdaten, Indikatoren für die systemorientierte Aufsicht und Immobilienpreise. Alle übrigen BIZ-Mitgliedszentralbanken wurden Anfang 2005 eingeladen, eine begrenzte Anzahl wichtiger statistischer Indikatoren für ihr Land an die BIZ-Datenbank zu melden.

Im September 2004 fand bei der BIZ die zweite Konferenz des Irving Fisher Committee on Central-Bank Statistics (IFC) statt. Die drei behandelten Themenbereiche waren „Preisindizes“, „Wirtschaft, Produktionslücken und Produktivität“ sowie „Finanzausweise“. Die Ergebnisse wurden in verschiedenen *IFC Bulletins* veröffentlicht. Die Unterlagen einer gemeinsamen Konferenz der BIZ und des IWF über Immobilienindikatoren für Finanzstabilitätsanalysen wurden im April 2005 in der Reihe *BIS Papers* veröffentlicht.

Bei der internationalen Zusammenarbeit in Bezug auf elektronische Standards für den Austausch statistischer Informationen wurden wichtige Fortschritte verzeichnet. Die Initiative für den Austausch statistischer Daten und Metadaten (Statistical Data and Metadata Exchange, SDMX), bei der die BIZ mit Eurostat, EZB, IWF, OECD, UNO und Weltbank zusammenarbeitet, hat sich auf eine erste Version von Standards für den webbasierten Austausch statistischer Daten geeinigt. Die Standards wurden im September 2004 auf der SDMX-Website (www.sdmx.org) veröffentlicht und im April 2005 von der internationalen Organisation für Normung (International Organization for Standardization, ISO) als technische Spezifikation genehmigt. Damit wurden sie als internationale Standards verankert. Es wurde Kontakt zu XBRL International aufgenommen, wo ähnliche Standards für Rechnungslegungsdaten erarbeitet wurden, um zu gewährleisten, dass die entstehenden Rahmenkonzepte für den Austausch von statistischen und buchhalterischen Informationen möglichst kompatibel sind.

Führungs- und Überwachungsmechanismen in Zentralbanken

Die BIZ ist bestrebt, die Organisationsstruktur und Führung von Zentralbanken als staatlichen Entscheidungsgremien zu verbessern, wobei stets die wirtschaftlichen, institutionellen und historischen Gegebenheiten in den einzelnen Ländern berücksichtigt werden sollen. Die Central Bank Governance Group,

das zentrale Gremium in diesem Zusammenhang, diskutiert entsprechende Fragen auf höchster Ebene und beaufsichtigt das Sammeln einschlägiger Informationen durch das Network on Central Bank Governance.

Die Governance Group ist ein repräsentatives Gremium der Präsidenten eines breit abgestützten Kreises von Zentralbanken. Die Präsidenten anderer Zentralbanken werden von Zeit zu Zeit eingeladen, an den Diskussionen über für sie besonders relevante Fragen teilzunehmen. Im vergangenen Jahr befasste sich die Governance Group z.B. mit den Dienstleistungen von Zentralbanken für den Staat, der Art der finanziellen Risiken von Zentralbanken und ihrem Risikomanagement sowie dem für die Erfüllung ihres Auftrags erforderlichen Rechtsschutz. Wie von der Governance Group empfohlen, behandelt die Bank diejenigen Fragen zu Führungs- und Überwachungsmechanismen vorrangig, die für eine erfolgreiche Arbeit unabhängiger und verantwortlich entscheidender Währungsbehörden von besonders großer Bedeutung sind.

Das Governance Network umfasst derzeit über 45 wichtige Zentralbanken und Währungsbehörden aus aller Welt. Die Mitglieder arbeiten aktiv daran mit, Informationen zum Auftrag, zu den Befugnissen, zur Führung und zu den Verantwortlichkeiten von Zentralbanken zu sammeln, die die einzelnen Institutionen zur eigenen Stärkung nutzen können.

Ausschuss der EDV-Fachleute der G10-Zentralbanken

Im Juni 2004 fand die 12. „Automation Days“-Konferenz des Ausschusses der EDV-Fachleute statt, zu der alle drei Jahre eingeladen wird. Gastgeber war die Schweizerische Nationalbank. Schwerpunkte der Präsentationen und Diskussionen waren IT-Management und -Organisation, Sicherheitsfragen, Softwarebeschaffung und Informationsmanagement. Einige Trends sind deutlich erkennbar:

- Im IT-Bereich wird immer mehr Gewicht auf die Evaluierung und Einführung wirksamerer Führungs- und Überwachungsmechanismen gelegt
- Trotz der bedeutenden Risiken nutzen Zentralbanken zunehmend das Internet, um Informationen an externe Kunden und andere Organisationen zu übermitteln
- Der steigende Bedarf an Systemen und Dienstleistungen bei gleichzeitiger Begrenzung des Personalbestands wird immer häufiger durch Auslagerung gedeckt
- Viele Zentralbanken führen Informationsmanagementsysteme ein. Die Umstellung auf Dokumentenmanagement-Technologie stellt dabei sowohl technisch als auch organisatorisch eine besondere Herausforderung dar

Weitere Themen bei den halbjährlichen Ausschusssitzungen waren Notfallplanung, IT-Strategie (mit ihren Konsequenzen für die IT-Organisation) sowie größere laufende oder geplante Infrastruktur- und Anwendungsprojekte.

Mit dem Schwerpunkt IT-Sicherheit leistet die Arbeitsgruppe für Sicherheitsfragen einen wichtigen Beitrag zur Arbeit des Ausschusses der EDV-Fachleute. Im letzten Jahr verfasste sie beispielsweise einen ausführlichen Bericht über die Sicherheitsaspekte im Zusammenhang mit dem rasant zunehmenden

Einsatz von mobiler Technologie wie Laptops oder Handheld-Geräten durch Mitarbeiter von Zentralbanken.

Interne Revision

Seit 1986 pflegen die internen Revisoren der G10-Zentralbanken einen regelmäßigen Wissens- und Erfahrungsaustausch und diskutieren immer wieder neue Themen und Herausforderungen. Dabei geht es in der Regel auch um internationale Standards für die interne Revision und die stete Notwendigkeit, das Risikocontrolling in den Zentralbanken zu verbessern. Die Interne Revision der BIZ ist zweimal im Jahr Gastgeber und Organisator des Treffens der G10-Arbeitsgruppe für IT-Revisionsmethoden.

Im Juni 2004 nahm die BIZ an der 18. Jahrestagung der Leiter der internen Revision der G10-Zentralbanken teil, die von der Banca d'Italia organisiert wurde. Die wichtigsten Themen waren die Rolle der internen Revision bei der Förderung der moralischen Werte und des ethischen Bewusstseins in einer Organisation, die Auswirkungen des Sarbanes-Oxley Act, die Beratungsfunktion der internen Revision, die Rolle der internen Revision in Bezug auf die Führungs- und Überwachungsmechanismen im IT-Bereich sowie die Prüfung der Notfallplanung.

Nach mehreren Sitzungen der Leiter der internen Revision von Zentralbanken und Währungsbehörden im Asien-Pazifik-Raum hat die Interne Revision der BIZ ein Netz für den Kontakt und den Informationsaustausch mit diesen Institutionen geknüpft.

Zusammenarbeit mit regionalen Zentralbankgruppen

Die Zusammenarbeit mit verschiedenen regionalen Zusammenschlüssen von Zentralbanken ist eine gute Gelegenheit, Informationen weiterzugeben und Beziehungen zu Zentralbanken zu pflegen, die sonst nicht direkt an der Tätigkeit der BIZ teilhaben. So organisierte die Bank eine ganze Anzahl gemeinsamer Veranstaltungen mit regionalen Gruppierungen, z.B.:

- eine Reihe von Sitzungen mit der SEACEN-Gruppe (South East Asian Central Banks), an denen mehrere Referenten der BIZ teilnahmen
- eine gemeinsame Sitzung mit den Zentralbanken der Southern African Development Community (SADC) Anfang 2005
- gelegentliche gemeinsame Veranstaltungen mit dem Centro de Estudios Monetarios Latinoamericanos (CEMLA). Die BIZ entsandte auch Referenten zu vom CEMLA organisierten Seminaren und Workshops

Die BIZ unterstützte weiterhin das Centre Africain d'Études Supérieures en Gestion (CESAG) im Rahmen eines Programms, das u.a. von der Banque de France, der Banque Centrale des États de l'Afrique de l'Ouest (BCEAO) und der Banque des États de l'Afrique Centrale (BEAC) getragen wird. Zudem entsandte sie eine Reihe ihrer Fachleute zu Schulungen des Macroeconomic and Financial Management Institute of Eastern and Southern Africa (MEFMI). Wie in der ursprünglichen Vereinbarung vorgesehen, ist die BIZ seit August 2004 nicht mehr formell am Joint Vienna Institute (JVI) beteiligt, sie organisiert dort aber nach wie vor gelegentlich Seminare für Zentralbanken von Volkswirtschaften im Übergang.

Zusätzlich zu ihrer regelmäßigen jährlichen Sitzung organisierte die Group of Coordinators of Technical Cooperation and Training im November 2004 in Basel ein Ad-hoc-Treffen der Ausbildungsanbieter für Zentralbanken aus aller Welt, an dem Vertreter von über 40 Instituten teilnahmen.

Plattform für die Forschung der Zentralbanken

Seit Jahren gibt es auf der BIZ-Website auch ein Verzeichnis mit Links zu Websites von Zentralbanken. 2004 führte die BIZ den Central Bank Research Hub ein, eine Plattform, die von der BIZ-Website aus Zugang zu von Zentralbanken veröffentlichten Forschungsarbeiten gewährt. Internet-Benutzer können die Arbeiten mittels vielfältiger Suchkriterien aufrufen oder sich per E-Mail-Abonnement automatisch darüber informieren lassen. Alle BIZ-Mitgliedszentralbanken wurden eingeladen, ihre Forschungsarbeiten über diese Plattform zur Verfügung zu stellen, und bisher beteiligen sich Zentralbanken in 25 Ländern.

Repräsentanzen

Die Repräsentanz für Asien und den Pazifik und die Repräsentanz für den amerikanischen Kontinent sind die Zentren für die Tätigkeit der BIZ in der betreffenden Region. Die Repräsentanzen sollen die Beziehungen zwischen der BIZ und den Zentralbanken, Währungsbehörden und Aufsichtsinstanzen in der jeweiligen Region stärken und die Zusammenarbeit fördern. So verbessern sie den Austausch von Informationen und Daten, helfen bei der Organisation von Sitzungen und Seminaren und tragen zur wirtschafts- und finanzwissenschaftlichen Forschung der Bank über die Asien-Pazifik-Region bzw. den amerikanischen Kontinent bei. Forschungsthemen des letzten Jahres waren beispielsweise die Trends bei den regionalen Kapitalströmen, die regionalen Devisenmärkte und Märkte für Quasi-Terminkontrakte (NDF), die binnenwirtschaftlichen Folgen umfangreicher Währungsreserven sowie die Mikrostruktur der asiatischen Finanzmärkte.

Die Repräsentanzen unterstützen außerdem die Bankdienstleistungen der BIZ in der Asien-Pazifik-Region und auf dem amerikanischen Kontinent und leisten im Rahmen von regelmäßigen Besuchen dem Reservenmanagement der Zentralbanken Hilfe. Mit dem Dealing Room der Regionalen Treasury, der 2000 in der Repräsentanz Asien eröffnet wurde und täglichen Handel betreibt, hat die BIZ den Umfang und die Bandbreite ihrer Bankdienstleistungen für die Kunden im Asien-Pazifik-Raum noch erweitert.

Im Dezember 2004 übertrugen die elf Mitglieder der EMEAP-Gruppe (Executives' Meeting of East Asia-Pacific Central Banks) der BIZ die Administration ihrer Anlagen in einem zweiten Asian Bond Fund (ABF2). Der Fonds soll Währungsreserven der Zentralbanken und Währungsbehörden in Inlandswährungsanleihen staatlicher und staatsnaher Emittenten aus acht EMEAP-Volkswirtschaften investieren. Die Bank war bereits im Juni 2003 zum Verwalter des ersten Asian Bond Fund bestimmt worden, für den ebenfalls ein Pool von Reserven der EMEAP-Mitglieder gebildet, jedoch ausschließlich in auf US-Dollar lautenden Anleihen angelegt wurde. Um die damit verbundenen

Aufgaben zu bewältigen, wurde der Personalbestand der Bank in Hongkong deutlich aufgestockt. Die Repräsentanz Asien unterstützt das Projekt auch durch Analysen über die Anleihemärkte in der Region.

Der Asian Consultative Council (ACC), ein Forum für die Kommunikation zwischen den BIZ-Aktionärszentralbanken der Region sowie dem Verwaltungsrat und der Geschäftsleitung der Bank, kam im Juni 2004 in Basel und im Februar 2005 in Hongkong zusammen. Im Anschluss an die Februar-Sitzung fand in Hongkong die siebte Sondersitzung asiatischer Zentralbankpräsidenten statt, an der auch einige Zentralbankgouverneure aus nicht asiatischen Ländern teilnahmen. Themen waren die aktuelle Wirtschaftslage sowie Fragen im Zusammenhang mit der zunehmenden Verschuldung der privaten Haushalte in der Region.

Mehrere Treffen zu spezifischen Themen der Geldpolitik und der Finanzstabilität wurden von der Repräsentanz Asien veranstaltet bzw. unterstützt:

- das dritte Treffen der Zentralbankexperten für geldpolitische Verfahren (April 2004)
- die achte und neunte Sitzung des EMEAP-Forums über Devisenmärkte (Juni bzw. Dezember 2004)
- zwei Sitzungen über Finanzstabilität, gemeinsam mit dem Institut für Finanzstabilität (FSI) bzw. dem Basler Ausschuss für Bankenaufsicht (BCBS) veranstaltet (Juli bzw. September 2004)
- zwei Sitzungen in Beijing, eine über die Öffnung des chinesischen Finanzsektors und eine über effektive Wechselkurse (März 2005)

In der Repräsentanz für den amerikanischen Kontinent standen im zweiten Tätigkeitsjahr der Ausbau der Kontakte zu den Zentralbanken der Region und eine engere Zusammenarbeit mit den regionalen Zentralbankgruppen und Aufsichtsinstanzen im Mittelpunkt. Teils gemeinsam mit regionalen Zentralbanken und anderen Institutionen organisierte bzw. unterstützte die Repräsentanz auch mehrere hochrangig besetzte Treffen in Mexiko-Stadt und an anderen Orten:

- ein Kontakttreffen des Ausschusses für das weltweite Finanzsystem (CGFS) über Direktinvestitionen im Finanzsektor Lateinamerikas (Juni 2004)
- ein Seminar zur Geldpolitik in Lateinamerika (Oktober 2004)
- ein Diskussionsforum zur Umsetzung von Basel II mit den Leitern der Bankenaufsicht in der Region, Teilnehmern des privaten Sektors und Vertretern internationaler Finanzorganisationen (Dezember 2004)
- ein Treffen der regionalen Zentralbankexperten für das Reservenmanagement (November 2004)
- ein Treffen von Zentralbankjuristen der Region (Februar 2005)
- ein Treffen über Finanzintegration und Geldpolitik in offenen Volkswirtschaften (März 2005)

Institut für Finanzstabilität

Das Institut für Finanzstabilität (Financial Stability Institute, FSI) unterstützt die Aufsichtsorgane im Bankensektor und in der Versicherungsbranche weltweit bei der Verbesserung der Aufsicht. Es verfolgt zielstrebig die Verbreitung von

Standards und Praxisempfehlungen und leistet Unterstützung in einer Vielzahl von Aufsichtsfragen.

Das FSI pflegt den Kontakt mit seinen Adressaten vor allem mittels hochrangig besetzter Treffen, Seminare und Konferenzen in Basel und auf der ganzen Welt. Diese Veranstaltungen bieten Gelegenheit zum Informationsaustausch und fördern zudem die grenzüberschreitenden Kontakte und die internationale Zusammenarbeit unter Aufsichtsinstanzen. In Anbetracht des anhaltenden Wachstums von Finanzkonglomeraten und der Bedeutung von Fragen zur Risikoübertragung bringt das FSI auch Aufsichtsinstanzen des Banken- und des Versicherungssektors zusammen, damit sie gemeinsame Anliegen vereint angehen können. 2004 organisierte das FSI 56 Veranstaltungen zu verschiedenen Aufsichtsfragen, an denen fast 2 000 Vertreter von Zentralbanken sowie Banken- und Versicherungsaufsichtsinstanzen aus aller Welt teilnahmen. Im Rahmen der laufenden Anstrengungen vieler Länder zur Umsetzung von Basel II, der Neuregelung der angemessenen Eigenkapitalausstattung, gab das FSI den Anstoß zu einer Reihe von hochkarätig besetzten Sitzungen, um den Informationsaustausch über Umsetzungsfragen und -pläne unter den betreffenden Aufsichtsinstanzen zu unterstützen.

Im Juli 2004 wurde FSI Connect lanciert, ein Online-Informations- und Lerntool für die Bankenaufsicht. FSI Connect enthält derzeit mehr als 80 Lehrgänge zu einer großen Auswahl von Aufsichtsthemen, breit gefächert nach Erfahrungs- bzw. Kenntnisstand. Weitere Themen werden mit der Zeit hinzukommen, und bestehende Lehrgänge werden periodisch aktualisiert. FSI Connect ergänzt die bisherigen Aktivitäten des FSI, und mit seiner Hilfe wird das FSI seinen Adressatenkreis in der Finanzaufsicht ausdehnen können. Derzeit wird FSI Connect von mehr als 85 Zentralbanken und Aufsichtsinstanzen in rund 75 Ländern genutzt.

Förderung der Finanzstabilität durch die ständigen Ausschüsse

Basler Ausschuss für Bankenaufsicht

Der Basler Ausschuss für Bankenaufsicht (Basel Committee on Banking Supervision, BCBS) unter dem Vorsitz von Gouverneur Jaime Caruana, Banco de España, will die aufsichtsrechtlichen Rahmenbedingungen der Banken stärken, die Weiterentwicklung des Risikomanagements im Bankensektor unterstützen und zur Verbesserung der Rechnungslegungsstandards beitragen.

Umsetzung des neuen internationalen Eigenkapitalstandards

Die neue internationale Regelung der aufsichtsrechtlichen Eigenkapitalvorschriften (bekannt als „Basel II“) wurde im Juni 2004 veröffentlicht. Basel II enthält die Einzelheiten der Rahmenvereinbarung zur Messung der Eigenkapitalausstattung und zu den einzuhaltenden Mindestanforderungen, die die im Basler Ausschuss vertretenen nationalen Aufsichtsinstanzen in ihrem jeweiligen Land zur Übernahme ab 1. Januar 2007 vorschlagen werden.

Bei der Veröffentlichung von Basel II betonte der Ausschuss seine Absicht, weiterhin einen aktiven Dialog mit dem Bankensektor zu pflegen,

damit die neue Rahmenvereinbarung mit den laufenden Entwicklungen im Bereich der Finanzdienstleistungen Schritt hält und entsprechend angewandt werden kann. Da nicht nur Banken, sondern auch Wertpapierhäuser an der Behandlung bestimmter Handelsgeschäfte im Rahmen von Basel II interessiert sind, hat der Basler Ausschuss gemeinsam mit Vertretern der International Organization of Securities Commissions (IOSCO) Vorschläge ausgearbeitet, in denen die aufgeworfenen Fragen umsichtig und risikosensitiv angegangen werden. Diese Vorschläge wurden im April 2005 für eine 7-wöchige Konsultationsphase herausgegeben.

Die kohärente grenzüberschreitende Umsetzung von Basel II durch engere Kooperation der Aufsichtsinstanzen wird in den kommenden Jahren eine große und entscheidende Aufgabe sein. Um Zusammenarbeit und gemeinsame Ansätze zu fördern, fungiert die Accord Implementation Group (AIG) des Ausschusses als Forum für Umsetzungsfragen. Die AIG bedient sich zur Förderung einer effektiveren grenzüberschreitenden Umsetzung von Basel II vor allem realistischer Fallstudien, die in den meisten Fällen tatsächlich zu konkreten Plänen weiterentwickelt werden. Sie sollen in erster Linie dazu dienen, die Aufsichtsinstanzen des Herkunfts- und des Aufnahmelandes beim Sammeln von Erfahrungen mit der Umsetzung von Basel II zu unterstützen, und zwar praxisnah und einzelfallbezogen. Die AIG arbeitet auch an anderen wichtigen Fragen der Umsetzung von Basel II, beispielsweise der Validierung, dem operationellen Risiko und der Säule 2.

Viele nationale Aufsichtsinstanzen, die nicht im Basler Ausschuss vertreten sind, haben bereits damit begonnen, die Eignung der neuen Rahmenvereinbarung für Banken in ihrem Zuständigkeitsbereich zu prüfen und den Übergang zu Basel II zu planen. Um diesen Prozess voranzutreiben, wurde im Juli 2004 ein Papier mit dem Titel *Implementation of Basel II: practical considerations* veröffentlicht.

Rechnungslegung, Revision und Compliance

Im vergangenen Jahr ging es bei der Arbeit des Basler Ausschusses im Bereich Rechnungslegung vor allem darum, Meinungsunterschiede zur Zeitwertbilanzierungsoption des International Accounting Standards Board (IASB) aus dem Weg zu räumen. Anfang 2005 wurde eine Einigung erzielt, und der IASB hat nun einen endgültigen Standard genehmigt und veröffentlicht, der die Hauptanliegen des Basler Ausschusses berücksichtigt. Der Ausschuss hat auch am IASB-Projekt zur Verbesserung der Offenlegung von Finanzinstrumenten aktiv Anteil genommen. Die Transparenz von Finanzausweisen beinhaltet nun eine stark erweiterte Offenlegung von finanziellen Risiken und entsprechenden Risikomanagementverfahren, die im Großen und Ganzen mit den Grundsätzen und Anforderungen gemäß Säule 3 von Basel II zu vergleichen ist.

Mehrere Jahre lang hat sich der Basler Ausschuss für die Schaffung eines Public Interest Oversight Board (PIOB) eingesetzt, der die Normgebung der International Federation of Accountants beaufsichtigen soll. Am 1. März 2005 hielt der PIOB seine erste formelle Sitzung ab. In der kommenden Zeit wird der Ausschuss die Arbeit des PIOB verfolgen und beurteilen.

Als Antwort auf den rasch wachsenden Bedarf an Empfehlungen im Bereich Compliance hat der Basler Ausschuss im April 2005 ein Papier mit Grundsätzen und Praxisempfehlungen zur Compliance in einem regulierten Bankenumfeld herausgegeben. Im Mittelpunkt stehen die Aufrechterhaltung einer wirksamen Compliance-Funktion sowie die Bedeutung von Strukturen, Verfahren und Überwachungsmechanismen, die auf das jeweilige Institut und sein Risikoprofil zugeschnitten sind.

Weitere Themen der Bankenaufsicht

Im Rahmen seiner Bestrebungen zur Verbesserung des Risikomanagements von Banken veröffentlichte der Basler Ausschuss die *Principles for the management and supervision of interest rate risk*. Des Weiteren soll der Bericht *Consolidated KYC (know your customer) risk management* Bankkonzernen als Richtlinie für ein wirksames konzernweites Risikomanagement im Bereich Kundenidentität dienen. In Zusammenarbeit mit den wichtigsten Nicht-G10-Ländern, dem IWF und der Weltbank überarbeitet der Ausschuss derzeit die *Grundsätze für eine wirksame Bankenaufsicht*, die erstmals 1997 erschienen, sowie die dazugehörige 1999 veröffentlichte *Methodik*. Außerdem wurde eine Arbeitsgruppe eingesetzt, um die Richtlinien des Ausschusses zu den Führungs- und Überwachungsmechanismen in Banken zu überarbeiten. Gemeinsam mit dem Banco de España organisierte der Basler Ausschuss überdies im September 2004 die internationale Bankenaufsichtskonferenz (International Conference of Banking Supervisors, ICBS), an der Vertreter der Bankenaufsicht aus mehr als 120 Ländern teilnahmen.

Ausschuss für das weltweite Finanzsystem

Der Ausschuss für das weltweite Finanzsystem (Committee on the Global Financial System, CGFS) unter dem Vorsitz von Roger W. Ferguson Jr., dem Stellvertretenden Vorsitzenden des Board of Governors des Federal Reserve System, überwacht im Auftrag der Zentralbankgouverneure der G10-Länder die Entwicklungen an den globalen Finanzmärkten. Er soll potenzielle Auslöser von Krisen an den globalen Finanzmärkten ermitteln und analysieren, für ein besseres Verständnis der strukturellen Grundlagen der Finanzmärkte sorgen und die Leistungsfähigkeit und Stabilität der Finanzmärkte fördern. Hierzu werden die laufenden Entwicklungen vierteljährlich von den CGFS-Mitgliedern erörtert und darüber hinaus koordinierte längerfristige Anstrengungen unternommen, beispielsweise in Arbeitsgruppen mit Zentralbankmitarbeitern.

An den Treffen des Ausschusses nehmen neben hochrangigen Vertretern der G10-Zentralbanken und der EZB regelmäßig auch Vertreter einer Reihe von Zentralbanken anderer wichtiger Volkswirtschaften und Finanzplätze teil. 2005 waren erstmals die People's Bank of China und die Reserve Bank of India anwesend.

Erörterung laufender Entwicklungen

Im Blickpunkt der Ausschussdiskussionen standen die allgemeinen Entwicklungstrends der Gesamtwirtschaft und der Finanzmärkte im Laufe des Jahres. Wiederkehrende, miteinander verknüpfte Themen waren:

- Auswirkungen der gegenwärtigen internationalen Ungleichgewichte auf die Finanzmärkte und mögliche Einflüsse potenzieller Anpassungen auf das weltweite Finanzsystem
- Zentralbankstrategien für eine Abkehr von einer Politik niedriger und stabiler Leitzinsen bzw. von festen oder praktisch festen Wechselkursen, die entsprechenden Herausforderungen an die Kommunikation und die Konsequenzen für die Finanzmärkte
- Entwicklungen im Ölhandel und die Auswirkungen mittelfristig hoher Ölpreise auf Wachstum und Inflation
- Bestimmungsfaktoren für das Eingehen von Positionen und die Preisbildung an den Finanzmärkten bei weltweit reichlich vorhandener Liquidität
- Ursache und Wirkung historisch niedriger zukunftsgerichteter Volatilitätsmaße an allen Märkten, selbst bei erhöhter gesamtwirtschaftlicher und finanzieller Unsicherheit

Arbeitsgruppen und andere Initiativen

Im Januar 2005 veröffentlichte der CGFS zwei Berichte von Arbeitsgruppen. Der eine befasst sich mit der Rolle von Ratings bei strukturierten Finanzierungen. Er untersucht die sich rasch entwickelnden Märkte für strukturierte Finanzinstrumente, die zentrale Bedeutung von Rating-Agenturen und die Konsequenzen für die Marktteilnehmer und die Verantwortlichen im Bereich Finanzstabilität. Auf diese Weise ergänzt er frühere Arbeiten des CGFS im Bereich der Kreditrisikoübertragung. Der andere Bericht gibt anhand der Ergebnisse einer Umfrage vom Mai 2004 einen Überblick über die Stresstestpraxis in wichtigen Finanzinstituten. Diese Umfrage stützt sich ebenfalls auf frühere Arbeiten des Ausschusses und verdeutlicht die entscheidende Rolle von Stresstests im Rahmen des Risikomanagements.

Im Anschluss an den im März 2004 veröffentlichten Arbeitsgruppenbericht *Foreign direct investment in the financial sector of emerging market economies* organisierte der Ausschuss regionale Workshops in Korea, Mexiko und Polen, um das Thema ausländischer Direktinvestitionen im Finanzsektor aufstrebender Volkswirtschaften mit Zentralbankmitarbeitern und Marktvertretern der jeweiligen Region zu vertiefen. Der CGFS setzte auch seine Diskussionen über die Merkmale verschiedener nationaler Hypothekensmärkte fort. Der Bericht einer im November 2004 zu diesem Thema eingesetzten Arbeitsgruppe wird noch im Laufe dieses Jahres erwartet. Die Arbeitsgruppe befasst sich u.a. mit der Frage, was die Einführung neuer Finanzierungstechniken für die Finanzierung von Wohneigentum bedeutet und welche Auswirkungen sie auf die nationalen und internationalen Finanzmärkte hat.

Eine andere Arbeitsgruppe legte einen Bericht über die Eignung kommerzieller Hedge-Fonds-Datenbanken für die Forschungs- und Überwachungsarbeit von Zentralbanken vor. Außerdem wurde die halbjährliche BIZ-Erhebung zum Geschäft an den außerbörslichen Derivatmärkten kürzlich auf der Basis eines vom CGFS erarbeiteten Meldeformulars erweitert und umfasst nun auch Angaben über die Tätigkeit der berichtenden Stellen in Bezug auf Credit Default Swaps.

Ausschuss für Zahlungsverkehrs- und Abrechnungssysteme

Um die Stärkung der Finanzmarktinfrastruktur bemüht, setzt sich der Ausschuss für Zahlungsverkehrs- und Abrechnungssysteme (Committee on Payment and Settlement Systems, CPSS) für die Förderung solider und effizienter Zahlungsverkehrs- und Abwicklungssysteme ein. Er baut seine Zusammenarbeit mit anderen internationalen Organisationen und Gremien stetig aus und bezieht immer mehr Zentralbanken in seine Arbeit ein. Tommaso Padoa-Schioppa, Mitglied des Direktoriums der EZB, war bis zu seinem Eintritt in den Ruhestand am 31. Mai 2005 der Vorsitzende des Ausschusses. Sein Amtsnachfolger als Ausschussvorsitzender ist Timothy F. Geithner, Präsident und Chief Executive Officer der Federal Reserve Bank of New York.

Im November 2004 veröffentlichten der CPSS und das Technical Committee der IOSCO den Bericht *Recommendations for Central Counterparties*. In 15 Empfehlungen mit dazugehörigen Erläuterungen werden umfassende Standards für das Risikomanagement einer zentralen Gegenpartei dargelegt. Der Bericht enthält ferner eine Methodik für die Beurteilung der Umsetzung der Empfehlungen. Darin werden die wichtigsten Problembereiche und Fragen aufgezeigt und Leitlinien für die Einstufung in eine Beurteilungskategorie gegeben. Im März 2004 war zunächst eine Konsultativfassung veröffentlicht worden, und für die endgültige Fassung wurden umfangreiche Stellungnahmen von Zentralbanken und Wertpapieraufsichtsinstanzen sowie von Betreibern und Teilnehmern zentraler Gegenparteien berücksichtigt.

Eine zentrale Gegenpartei tritt zwischen die Kontrahenten eines Finanzgeschäfts; sie wird gegenüber dem Verkäufer zum Käufer und gegenüber dem Käufer zum Verkäufer. Eine solide konzipierte zentrale Gegenpartei mit angemessenem Risikomanagement reduziert zwar die Risiken der Teilnehmer und erhöht die Finanzstabilität, bringt aber auch eine Konzentration der Risiken und der Risikomanagementverantwortung mit sich. Für die Infrastruktur der Märkte mit zentraler Gegenpartei ist es daher äußerst wichtig, dass diese über eine wirksame Risikokontrolle und angemessene finanzielle Ressourcen verfügt.

Im Mai 2005 wurden drei weitere Berichte veröffentlicht: *Central bank oversight of payment and settlement systems*, *General guidance for payment system development* und *New developments in large-value payment systems*.

Was die Umsetzung der von den G10-Zentralbankpräsidenten 1996 befürworteten Strategie des Ausschusses zur Verminderung des Erfüllungsriskos bei Devisenhandelstransaktionen betrifft, so beobachtet und unterstützt der Ausschuss entsprechende Initiativen des privaten Sektors.

Ferner leistet er logistische und fachliche Unterstützung für Workshops und Seminare über Zahlungsverkehrsfragen, die von der BIZ in Zusammenarbeit mit regionalen Zentralbankgruppen organisiert werden.

Märkteausschuss

Der Märkteausschuss unter dem Vorsitz von Sheryl Kennedy, der Stellvertretenden Gouverneurin der Bank of Canada, setzt sich aus den für Markt-

geschäfte Verantwortlichen der G10-Zentralbanken zusammen. In seinen alle zwei Monate stattfindenden Sitzungen haben die Teilnehmer Gelegenheit zu einem Gedankenaustausch über jüngste Entwicklungen und strukturelle Veränderungen an den Devisenmärkten und den mit ihnen verbundenen Finanzmärkten sowie über die kurzfristigen Konsequenzen bestimmter aktueller Ereignisse für das Funktionieren dieser Märkte. Gelegentlich lädt der Ausschuss auch Vertreter anderer wichtiger Länder zu seinen Sitzungen ein. Im zweiten Halbjahr 2004 war erstmals die People's Bank of China anwesend.

In den Sitzungen wurden u.a. folgende Themen behandelt:

- Gründe für die jüngsten starken Ausschläge der wichtigsten bilateralen Wechselkurse
- das niedrige Niveau sowohl der nominalen Renditen als auch der impliziten Volatilität an den wichtigsten Anleihemärkten sowie die Auswirkungen des Renditestrebens auf die Kreditrisikoprämien
- Auswirkungen der Akkumulation von Währungsreserven auf die Finanzmärkte
- Informationsaustausch unter Zentralbanken

Weitere Themen waren im vergangenen Jahr z.B. die Folgen der verstärkten Präsenz von Hedge-Fonds an den Finanzmärkten, die Auswirkungen von geänderten Regelungen für Rentensysteme auf die Finanzmärkte, Fragen der Umsetzung der Geldpolitik sowie der Einfluss des vermehrten Einsatzes elektronischer Handelsplattformen auf den Marktbetrieb.

Zentralbank-Arbeitsgruppe für die Fälschungsbekämpfung

Die Arbeitsgruppe für die Fälschungsbekämpfung (Central Bank Counterfeit Deterrence Group, CBCDG) untersucht im Auftrag der G10-Zentralbankpräsidenten neu auftretende Gefahren für die Sicherheit von Banknoten und schlägt den Noteninstituten Problemlösungen vor. Die CBCDG hat fälschungssichere Merkmale entwickelt, die dafür sorgen, dass die Banknotenbilder nicht mithilfe von Farbkopierern und Digitalgeräten (PC, Drucker oder Scanner) reproduziert werden können. Die BIZ unterstützt die Arbeit der CBCDG, indem sie ihr Sekretariat führt und in vertraglichen Vereinbarungen als ihr Agent auftritt.

Beiträge der BIZ zu einer umfassenderen internationalen Zusammenarbeit im Finanzbereich

Zehnergruppe (G10)

Die BIZ beteiligt sich aktiv an der Arbeit der G10-Finanzminister und -Zentralbankpräsidenten sowie ihrer Stellvertreter und an den unter ihrer Schirmherrschaft stehenden Tätigkeiten, indem sie als Beobachter an Sitzungen teilnimmt und – ebenso wie der IWF und die OECD – Sekretariatsleistungen erbringt.

In ihrem Kommuniqué vom Oktober 2004 vermerkten die G10-Minister und -Zentralbankpräsidenten, dass der IWF eine solide Finanzlage brauche, um seinen Aufgaben nachkommen zu können. Länderüberwachung,

Konditionalität, Programmüberwachung, Analyse der Schuldendienstfähigkeit bei Kreditentscheidungen sowie Einhaltung der jüngst vereinbarten Kriterien für die Überschreitung der Ziehungsgrenzen bei der Kreditvergabe seien diesbezüglich von zentraler Bedeutung.

Ein weiterer Schwerpunkt der Arbeit der G10 betraf die Verwendung von Mehrheitsklauseln durch Emittenten von Staatsanleihen. Dass Staaten zunehmend bereit sind, in die Verträge über Staatsanleiheemissionen Mehrheitsklauseln aufzunehmen, erleichtert Gläubigern und Schuldern nötigenfalls den Abschluss eines neuen Vertrags. Noch nicht allgemein üblich sind in den Anleihevereinbarungen jedoch Bestimmungen, die eine frühzeitige Gesprächsaufnahme zwischen Gläubigern und staatlichen Schuldern fördern oder rechtliche Schritte einzelner Gläubiger wirksam verhindern.

Im Rahmen ihrer laufenden Arbeiten über die Finanzierung von Rentensystemen untersucht die G10 außerdem, welche Auswirkungen der demografische Alterungsprozess und die Rentenreformen auf die Finanzmärkte haben.

Forum für Finanzstabilität

Das 1999 gegründete Forum für Finanzstabilität (Financial Stability Forum, FSF) fördert über eine Verbesserung des Informationsaustauschs und der Zusammenarbeit unter Aufsichts- und Überwachungsinstanzen im Finanzsektor die internationale Finanzstabilität. Seine wichtigsten Aufgaben sind die Beurteilung konjunktureller und struktureller Schwächen, die das internationale Finanzsystem berühren, und die Förderung und Koordinierung von Gegenmaßnahmen. Zu den Mitgliedern des FSF gehören hochrangige Vertreter von Finanzministerien, Zentralbanken und Aufsichtsinstanzen der wichtigsten Finanzplätze sowie Vertreter von internationalen Finanzorganisationen, von internationalen normgebenden Gremien im Aufsichts- bzw. Regulierungsbereich und von Ausschüssen von Zentralbankexperten. Weitere Informationen über das FSF sind auf www.fsforum.org verfügbar.

Das FSF hält zweimal jährlich eine Plenarsitzung ab, zuletzt im September 2004 in Washington D.C. und im März 2005 in Tokio. Bei diesen Sitzungen diskutierten die Mitglieder gesamtwirtschaftliche und finanzielle Entwicklungen, die Widerstandsfähigkeit von Finanzinstituten und potenzielle Gefahren für die Finanzstabilität. Sie erörterten den Fortgang der internationalen Bemühungen um die Stärkung der Finanzsysteme sowie mögliche Wege, diese Bemühungen zu unterstützen. Besonders im Blickpunkt standen im Berichtsjahr folgende Themen: Anfälligkeit des Finanzsystems gegenüber unerwarteten Veränderungen der Risikobereitschaft und -übernahme, Geschäfte mit Kreditrisikoübertragung, von den privaten Haushalten eingegangene Risiken, Wachstum der Hedge-Fonds-Branche sowie Transparenz im Rückversicherungsbereich.

Seit Kurzem bemüht sich das FSF um mögliche Verbesserungen der Umsetzung von Aufsichtsstandards im Banken-, Wertpapier- und Versicherungsbereich. Im April 2005 berief das FSF-Sekretariat eine Sitzung von

normgebenden Instanzen, Prüfungsgremien und nationalen Behörden ein, um die Fortschritte bei der Umsetzung von Standards und Verhaltenskodizes zu beurteilen. Unter anderem ging es dabei um die Prioritäten bei der Prüfung von Standards und die Verfügbarkeit von Ressourcen für die Umsetzung.

Das FSF lancierte bzw. unterstützte erneut Initiativen zur Stärkung von Rechnungslegungs- und Revisionsstandards und -praktiken. Im September 2004 organisierte es erstmals ein Treffen der Leiter der in zahlreichen Ländern neu geschaffenen unabhängigen Aufsichtsgremien für Revisoren. Diskussionsthemen waren die Erfahrungen bei der Errichtung neuer Aufsichtsstrukturen, gemeinsame Herausforderungen wie Ansätze für die Kontrolle und Durchsetzung der Qualität im Revisionswesen sowie die Notwendigkeit und die Möglichkeiten einer Zusammenarbeit und gegenseitigen Anerkennung unter den nationalen Aufsichtsgremien. Das FSF half ferner bei der Gründung des Public Interest Oversight Board im März 2005. Dieses Gremium soll die Normgebung der International Federation of Accountants (IFAC) im Zusammenhang mit Revisions- und Qualitätssicherungspraktiken beaufsichtigen. Im Oktober 2004 organisierte das FSF gemeinsam mit dem International Accounting Standards Board und der IFAC ein großes Gespräch am runden Tisch über die Herausforderungen und Probleme bei der Umsetzung internationaler Rechnungslegungs- und Revisionsstandards.

Das FSF engagiert sich auch für die Verbesserung des Informationsaustauschs und der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit zwischen Onshore- und Offshore-Behörden im Bereich der Aufsicht. Im März 2005 initiierte es ein neues Verfahren für weitere Verbesserungen an den Offshore-Finanzplätzen, das sich auf eine Reihe von Initiativen seiner Mitglieder auf nationaler und internationaler Ebene sowie auf zuvor ergriffene eigene Maßnahmen stützt.

Das FSF strebt eine Verbesserung der internationalen Zusammenarbeit im Bereich der Notfallplanung für den Finanzsektor an. Gemeinsam mit der Bank of England organisierte es im Juli 2004 einen Workshop über Notfallplanung und beurteilte verschiedene geltende Standards zur Fortführung der Geschäfte in einem Notfall, insbesondere hinsichtlich grenzüberschreitender Vorkehrungen. Das Gemeinsame Forum des Basler Ausschusses für Bankenaufsicht, der IOSCO und der IAIS erwägt in diesem Zusammenhang die Entwicklung einer Reihe allgemeiner Notfallplanungsgrundsätze für Finanzbehörden und das Finanzgewerbe.

Ein Schwerpunkt der zukünftigen Arbeit des FSF wird es sein, zu beurteilen, wie gut Finanzinstitute – und das Finanzsystem allgemein – auf ein mögliches erneutes Auftreten von Turbulenzen und auf eine erhöhte Risikoaversion unter den Finanzmarktteilnehmern vorbereitet sind.

Das FSF hielt die G7-Finanzminister und -Zentralbankpräsidenten sowie den Internationalen Währungs- und Finanzausschuss des IWF kontinuierlich über Schwachstellen im Finanzsystem und andere Fragen auf dem Laufenden. Ferner veranstaltete es erneut regionale Sitzungen, um Schwachstellen im Finanzsystem auf breiterer Basis bewusst zu machen und die Bemühungen zu ihrer Behebung zu fördern.

Internationale Vereinigung der Versicherungsaufsichtsbehörden

Die internationale Vereinigung der Versicherungsaufsichtsbehörden (International Association of Insurance Supervisors, IAIS) fördert die weltweite Finanzstabilität durch Verbesserung der Aufsicht über das Versicherungswesen, Erarbeitung einschlägiger Standards, internationale Zusammenarbeit auf der Basis eines Informationsaustauschs und gegenseitigen Beistand. Gemeinsam mit anderen internationalen Aufsichtsgremien hat die IAIS an der Entwicklung von Grundsätzen für die Aufsicht über Finanzkonglomerate mitgearbeitet, und sie wirkt aktiv im Forum für Finanzstabilität mit. Die stetig wachsende Zahl der Mitglieder und Beobachter zeigt, dass die Tätigkeit der IAIS zunehmend anerkannt wird. Weitere Informationen über die IAIS sind auf www.iaisweb.org verfügbar.

Im vergangenen Jahr lancierte die IAIS mehrere wichtige Initiativen zur Entwicklung von Versicherungsstandards, insbesondere in den Bereichen Solvenz, Rechnungslegung und Rückversicherung.

In einem Rahmenkonzept für die Versicherungsaufsicht, das die Transparenz und die Vergleichbarkeit von Regulierungssystemen verbessern soll, schlägt die IAIS die Entwicklung einer einheitlichen Struktur und gemeinsamer Standards für die Beurteilung der Solvenz eines Versicherungsunternehmens vor.

Hinsichtlich der Rechnungslegung von Versicherungsgesellschaften steht die IAIS in einem ständigen Dialog mit dem International Accounting Standards Board (IASB). Sie arbeitet an einem Papier zu der Frage, welche Methoden für die Bewertung von Versicherungs-Passiva, entsprechend dem wahrscheinlichen Ergebnis der Phase II des IASB-Projekts über Versicherungsverträge, für die Versicherungsaufsicht akzeptabel sind. In Zusammenarbeit mit anderen internationalen Aufsichtsinstanzen hat die IAIS ferner die Gründung des Public Interest Oversight Board unterstützt, der die im öffentlichen Interesse stehenden Aktivitäten der International Federation of Accountants überwachen soll.

Nachdem das FSF Besorgnis geäußert hatte, dass mangelnde Transparenz und Offenlegung in der Rückversicherungsbranche es schwierig machten, deren möglichen Einfluss auf das Versicherungswesen und andere Teile des Finanzsektors abzuschätzen, veröffentlichte die IAIS ihren ersten Bericht über den weltweiten Rückversicherungsmarkt. Um die Offenlegung durch Versicherer und Rückversicherer zu verbessern, wurde 2004 ein Standard zur Offenlegung des versicherungstechnischen Ergebnisses im Bereich Nichtleben verabschiedet. Zwei weitere Offenlegungsstandards, für den Anlageerfolg und das versicherungstechnische Ergebnis im Bereich Leben, sind in Vorbereitung.

Arbeitsschwerpunkte der IAIS sind außerdem die Bekämpfung der Geldwäsche und der Terrorismusfinanzierung, ein Selbsteinschätzungsprogramm auf der Basis der Grundsätze für eine wirksame Versicherungsaufsicht zur Ermittlung der Stärken und Schwächen der Versicherungsaufsicht in verschiedenen Rechtsordnungen sowie die Weiterbildung durch Seminare, Konferenzen und Workshops, oft in Zusammenarbeit mit dem Institut für Finanzstabilität.

Internationale Vereinigung der Einlagensicherungen

Die internationale Vereinigung der Einlagensicherungen (International Association of Deposit Insurers, IADI) wurde im Mai 2002 gegründet und eröffnete im Oktober 2002 ihren Sitz bei der BIZ. Sie fördert die Verständigung über gemeinsame Interessen und Anliegen im Zusammenhang mit der Einlagensicherung und gibt Richtlinien heraus, um die Leistungsfähigkeit von Einlagensicherungen zu erhöhen. Derzeit wirken 56 Institutionen aus aller Welt (darunter 39 als Mitglieder) in der IADI mit, u.a. eine Reihe von Zentralbanken, die sich für die Einrichtung oder den Betrieb leistungsfähiger Systeme der Einlagensicherung einsetzen wollen. Vorsitzender des Exekutivrats und Präsident der IADI ist Jean Pierre Sabourin.

Auch in ihrem dritten Tätigkeitsjahr bot die IADI ein Forum für weitreichende internationale Kontakte zwischen Einlagensicherungsinstitutionen und anderen interessierten Kreisen. Die dritte Jahrestagung fand im Oktober 2004 in der Schweiz statt; sie wurde von 145 Vertretern von Einlagensicherungsinstitutionen und Entscheidungsträgern aus 47 Ländern besucht. Die regionale Präsenz wurde durch Konferenzen, Seminare, Ausschusssitzungen und gemeinsam mit anderen Gremien organisierte Veranstaltungen in zahlreichen Ländern gefördert.

Die Arbeit an Richtlinien für leistungsfähigere Einlagensicherungssysteme wird fortgesetzt. Die IADI hat ein Papier über die Schaffung und Ausgestaltung von Einlagensicherungssystemen und ein weiteres über die Entwicklung von Systemen mit differenzierten Prämien veröffentlicht. Darüber hinaus sucht sie zusammen mit der internationalen Finanzgemeinschaft nach Möglichkeiten, den öffentlichen Entscheidungsträgern bei der Beurteilung der Leistungsfähigkeit von Einlagensicherungssystemen zu helfen. Die IADI billigte die Schlussfolgerungen des Grundsatzdialogs der Asian-Pacific Economic Cooperation (APEC) über die Einlagensicherung, der im Februar 2004 stattfand, und wird entsprechende Richtlinien erarbeiten.

Sie verfasste außerdem einen Beitrag für die Publikation *Bank Insolvency, an International Guide for Deposit Insurers* der International Association of Restructuring, Insolvency and Bankruptcy Professionals. Auf Umfrageergebnisse aus 48 Ländern gestützt, soll diese das Gespräch zwischen den im Bereich Insolvenz tätigen Fachleuten und der Einlagensicherung fördern.

Die IADI-Website (www.iadi.org) und ein monatlicher Newsletter informieren Mitglieder und Veranstaltungsteilnehmer über die Tätigkeit der IADI. Das vierteljährlich erscheinende Schulungshandbuch wird an zahlreiche Einlagensicherungsinstitutionen abgegeben.

Finanzdienstleistungen der Bank

Bankdienstleistungen

Um Zentralbanken und anderen Währungsbehörden bei der Verwaltung ihrer Währungsreserven behilflich zu sein, bietet die BIZ ein breites Spektrum von Finanzdienstleistungen an, die derzeit von rund 130 solchen Institutionen sowie mehreren internationalen Finanzorganisationen genutzt werden.

Beim Kreditgeschäft der Bank, das durch ein rigoroses internes Risikomanagement gestützt wird, stehen Sicherheit und Liquidität im Mittelpunkt. Der Best Practice entsprechend werden das Kreditrisiko, die Liquidität sowie das Markt- und das operationelle Risiko der Bank von einem separaten Risikocontrolling überwacht, das direkt dem Stellvertretenden Generaldirektor – und über ihn dem Generaldirektor – untersteht.

Um den unterschiedlichen und sich ständig wandelnden Bedürfnissen der Zentralbanken gerecht zu werden, bietet die Bank eine in Bezug auf Währungen und Laufzeiten breit gefächerte Palette von Finanzprodukten an. Neben herkömmlichen Geldmarktanlagen wie Sicht- und Kündigungskonten sowie Termineinlagen gibt es zwei Instrumente, die direkt mit der Bank gehandelt (gekauft und zurückverkauft) werden können: das festverzinsliche Fixed-Rate Investment der BIZ (FIXBIS) mit Laufzeiten von 1 Woche bis 1 Jahr und das Medium-Term Instrument (MTI) mit Laufzeiten zwischen 1 Jahr und 10 Jahren. Zum Standardangebot gehören ferner eine Reihe von kündbaren MTI-Produkten.

Im Auftrag ihrer Kunden tätigt die Bank auch Devisen- und Goldgeschäfte. Bisweilen gewährt sie Zentralbanken kurzfristigen Kredit, der in der Regel besichert ist, und sie nimmt Aufgaben als Treuhänder oder Pfandhalter wahr (s. weiter unten).

Zudem bietet die Bank Asset-Management-Dienstleistungen mit Staatspapieren oder erstklassigen Anlagen an. Dabei wird entweder zwischen der betreffenden Zentralbank und der BIZ ein individueller Portfolioauftrag ausgehandelt, oder entsprechend einer offenen Fonds-Struktur investieren zwei oder mehr Kunden gemeinsam in einen Pool von Vermögenswerten. Nach der Eröffnung des Asian Bond Fund (ABF1) im Juli 2003 legten die elf Mitglieder der EMEAP-Gruppe von Zentralbanken und Währungsbehörden im Dezember 2004 eine zweite Komponente (ABF2) auf. Der ABF1 wird von der BIZ verwaltet; beim ABF2 nimmt sie lediglich administrative Aufgaben wahr.

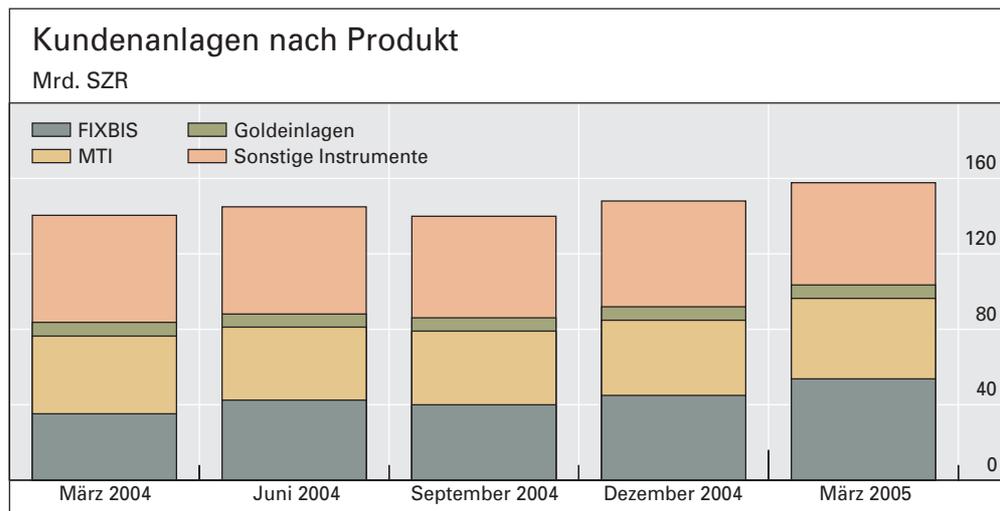
Die Finanzdienstleistungen der BIZ werden von zwei miteinander verbundenen Handelsräumen aus erbracht: am Hauptsitz in Basel und in der Repräsentanz Asien in der Sonderverwaltungsregion Hongkong.

Tätigkeit der Bankabteilung im Geschäftsjahr 2004/05

Die Bilanz der BIZ weitete sich erneut aus und erreichte zum fünften Mal in Folge einen Rekordstand am Ende eines Geschäftsjahres. Am 31. März 2005 betrug die Bilanzsumme SZR 180,5 Mrd., was einem Zuwachs von SZR 12,6 Mrd. oder 7,5% gegenüber dem Vorjahr entspricht. Bei konstanten Wechselkursen während des Jahres hätte sich die Bilanzsumme um weitere SZR 0,4 Mrd. erhöht.

Passiva

Der Umfang der Bilanz der BIZ wird vor allem von den Kundeneinlagen bestimmt. Sie machen den Großteil der Passiva aus. Am 31. März 2005 beliefen sich die Kundeneinlagen (ohne Repo-Geschäfte) auf insgesamt SZR 157,7 Mrd. (Vorjahr: SZR 140,4 Mrd.).



Die meisten lauten auf verschiedene Währungen; der Rest ist Gold. Die Goldeinlagen verharrten fast unverändert bei SZR 7,1 Mrd. Die Währungseinlagen dagegen stiegen von SZR 133,2 Mrd. im Vorjahr auf SZR 150,6 Mrd. am 31. März 2005; sie machen 6% der gesamten Währungsreserven der Welt aus. Im Jahresverlauf verschob sich die Währungszusammensetzung der Kundeneinlagen: Der Anteil des US-Dollars stieg von 62% auf 65%, der Anteil des Euro sank von 21% auf 18%.

Maßgebend für den Anstieg der Kundeneinlagen waren Geldmarktanlagen. Die Zeichnungen von FIXBIS nahmen um über 50% zu. Damit ist FIXBIS das meistverwendete Instrument der BIZ-Kunden geworden, auf das über ein Drittel der gesamten Währungseinlagen von Kunden entfallen. Die Termineinlagen verzeichneten mit 30% ebenfalls ein kräftiges Wachstum. Dagegen gingen die Guthaben auf Sicht- und Kündigungskonten um über ein Drittel zurück, sodass sich der im Vorjahr beobachtete Zuwachs beinahe umkehrte. Die Zeichnungen von MTI, dem zweitwichtigsten Anlageinstrument der BIZ-Kunden, blieben während des gesamten Geschäftsjahres relativ stabil (Grafik).

Eine geografische Aufschlüsselung der Währungsanlagen bei der BIZ zeigt eine anhaltend starke Nachfrage vonseiten asiatischer Kunden.

Aktiva

Die BIZ-Aktiva bestehen vorwiegend aus Anlagen bei erstklassigen Geschäftsbanken von internationalem Ruf sowie Staatspapieren und Papieren staatsnaher Emittenten, einschließlich Reverse-Repo-Geschäften. Die Bank besitzt ferner 180 Tonnen Feingold, nachdem 12 Tonnen im abgelaufenen Geschäftsjahr veräußert wurden. Das Kreditrisiko wird konservativ gehandhabt; über 99% der Bestände der Bank hatten am 31. März 2005 ein Rating von A- oder höher (Anmerkung 37E zum Jahresabschluss).

Die Bestände der Bank an Währungseinlagen und Wertpapieren, einschließlich Reverse Repos, beliefen sich am 31. März 2005 auf SZR 165,4 Mrd. (Vorjahr: SZR 153,7 Mrd.). Die zusätzlichen Mittel wurden hauptsächlich in Terminguthaben bei Banken, G10-Staatsanleihen und – in geringerem Umfang – in Schatzwechselln angelegt. Dagegen nahmen die mit Rückgabvereinbarung angekauften Wertpapiere (Reverse Repos) um SZR 7,8 Mrd. ab.

Zur effizienten Verwaltung ihrer Aktiva und Passiva verwendet die Bank verschiedene derivative Instrumente (Anmerkung 7 zum Jahresabschluss).

Die Bank als Agent und Treuhänder

Treuhänder für internationale Staatsanleihen

Die Bank agiert als Treuhänder im Zusammenhang mit den Fundierungsschuldverschreibungen 1990–2010 aus der Dawes- und der Young-Anleihe (Einzelheiten s. *63. Jahresbericht* vom Juni 1993). Die Deutsche Bundesbank als Zahlungsagent teilte der Bank mit, dass die Bundeswertpapierverwaltung (BWV) im Jahr 2004 rund € 5,0 Mio. an Tilgungs- bzw. Zinszahlungen für die Fundierungsschuldverschreibungen veranlasst hat. Die Einlösungswerte und sonstigen Einzelheiten wurden von der BWV im *Bundesanzeiger* veröffentlicht.

Die Bank blieb bei ihren früheren Vorbehalten hinsichtlich der Anwendung der Währungssicherungsklausel der Young-Anleihe durch die BWV (dargelegt im *50. Jahresbericht* vom Juni 1980), die sich auch auf die Fundierungsschuldverschreibungen 1990–2010 erstrecken.

Weitere Treuhänderfunktionen

Die Bank fungierte als Treuhänder im Zusammenhang mit der Beilegung des Rechtsstreits hinsichtlich des Absturzes des Pan-Am-Flugs 103 über Lockerbie, Schottland, am 21. Dezember 1988 (*74. Jahresbericht* vom Juni 2004). Diese Funktion erlosch am 17. Februar 2005.

Pfandhalterfunktionen

Gemäß mehreren Vereinbarungen ist die BIZ als Pfandhalter mit dem Halten und der Anlage von Sicherheiten zugunsten der Inhaber bestimmter Fremdwährungsanleihen betraut, die Länder im Rahmen von Umschuldungsvereinbarungen über ihre Auslandsverschuldung begeben haben. Derzeit laufen solche Pfandbestellungsvereinbarungen für Anleihen von Brasilien (Einzelheiten s. *64. Jahresbericht* vom Juni 1994), Peru (*67. Jahresbericht* vom Juni 1997) und Côte d'Ivoire (*68. Jahresbericht* vom Juni 1998).

Institutionelles und Administratives

Rücknahme und Wiederveräußerung von BIZ-Aktien

In einer außerordentlichen Generalversammlung (AGV) der Bank am 8. Januar 2001 wurde beschlossen, die Statuten der Bank dahingehend zu ändern, dass die Möglichkeit, BIZ-Aktien zu halten, ausschließlich auf Zentralbanken beschränkt ist. Dementsprechend wurden die 72 648 Aktien der amerikanischen, der belgischen und der französischen Ausgabe, die damals von Privataktionären gehalten wurden, obligatorisch zurückgenommen (*71. Jahresbericht* vom Juni 2001). Die zurückgenommenen Aktien hielt die Bank dann als eigene Aktien, zusammen mit 2 304 Aktien der drei Ausgaben, die sie zum Zeitpunkt der Rücknahme von Zentralbanken zurückgekauft hatte.

Die Entschädigung für eingetragene ehemalige Privataktionäre wurde von der AGV ursprünglich auf CHF 16 000 je Aktie festgelegt. Einige ehemalige Privataktionäre fochten diesen Betrag an und erhoben Klage vor dem durch die Haager Vereinbarungen eingesetzten Schiedsgericht, das in Übereinstimmung mit Artikel 54 der Statuten der Bank bei Streitigkeiten zwischen der Bank und ihren ehemaligen Privataktionären im Zusammenhang mit der Rücknahme ausschließlich zuständig ist. Das Schiedsgericht fällte am 22. November 2002 eine Teilentscheidung. Darin bestätigte es die Rechtsgültigkeit der obligatorischen Rücknahme, entschied jedoch, dass die Entschädigung zu erhöhen sei. In seinem endgültigen Urteil vom 19. September 2003 legte das Schiedsgericht den Betrag der zusätzlichen Entschädigung für die Kläger fest (*74. Jahresbericht* vom Juni 2004). Entsprechend der früheren Erklärung der Bank, wonach sie die Entscheidung des Schiedsgerichts zur endgültigen Abgeltung sämtlicher Ansprüche freiwillig auf alle eingetragenen ehemaligen Privataktionäre anwenden werde, war bis zum 31. März 2005 für über 99% der zurückgenommenen Aktien die vom Schiedsgericht festgelegte zusätzliche Entschädigung ausgezahlt worden.

In einem Verfahren, das von einer anderen Gruppe ehemaliger Privataktionäre in Frankreich angestrengt wurde, steht ein Urteil des Kassationsgerichts (der obersten französischen Privatrechtsinstanz) über die Entscheidung der Vorinstanz, dass die französischen Gerichte für diese Ansprüche nicht zuständig seien, noch aus (*74. Jahresbericht* vom Juni 2004).

Der Verwaltungsrat beschloss im vergangenen Geschäftsjahr, alle 74 952 zurückgenommenen Aktien wieder zu veräußern und sie den Mitgliedszentralbanken der BIZ zum Kauf anzubieten. In diesem Angebot eingeschlossen waren außerdem 1 100 Aktien der amerikanischen Ausgabe, die von der Bank als eigene Aktien gehalten wurden und die zuvor auf den Namen eines Konsortiums von Zentralbanken eingetragen gewesen waren. Entsprechend den Bestimmungen der BIZ-Statuten in der am 8. Januar 2001 geänderten Fassung belief sich der Verkaufspreis dieser 76 052 Aktien auf CHF 23 977,56 je Aktie, d.h. auf den Betrag der Entschädigung (ohne Zinsen), die den ehemaligen Privataktionären gezahlt worden war. In dem am 31. März 2005 abgeschlossenen Geschäftsjahr hat die Bank alle von ihr selbst gehaltenen Aktien der belgischen und der französischen Ausgabe an die Zentralbanken dieser Länder verkauft. Die Veräußerung der 40 119 Aktien erbrachte einen Erlös von CHF 962,0 Mio. bzw. SZR 536,7 Mio. zum Kurs an den jeweiligen Transaktionsdaten. Am Anfang des am 1. April 2005 begonnenen Geschäftsjahres verkaufte die Bank nach einem entsprechenden Angebot an die Mitgliedszentralbanken die übrigen eigenen Aktien, d.h. 35 933 Aktien der amerikanischen Ausgabe. Der Erlös betrug CHF 861,6 Mio. bzw. SZR 468,2 Mio. zum Kurs am Transaktionsdatum 31. Mai 2005.

Verwaltung der Bank

Budgetpolitik

Die Erstellung des Budgets der Bank für das nächste Geschäftsjahr beginnt rund sechs Monate im Voraus damit, dass die Geschäftsleitung die allgemeine

Geschäftsorientierung und den grundlegenden Finanzrahmen festlegt. Vor diesem Hintergrund spezifizieren dann die einzelnen Geschäftsbereiche ihre Pläne und den entsprechenden Ressourcenbedarf. Die Abstimmung der detaillierten Geschäftspläne, der Ziele und der insgesamt verfügbaren Ressourcen mündet in der Erstellung eines Entwurfs für das Finanzbudget. Dieser muss vor Beginn des Geschäftsjahres vom Verwaltungsrat genehmigt werden.

Bei der Erstellung des Budgets wird zwischen Verwaltungs- und Investitionskosten unterschieden. Ähnlich wie bei vergleichbaren Organisationen entfallen rund 70% der Verwaltungskosten auf die Aufwendungen für Geschäftsleitung und Personal einschließlich Vergütungen, Renten sowie Kranken- und Unfallversicherung. Die beiden wichtigsten anderen Kategorien, die je rund 10% der Verwaltungskosten ausmachen, sind IT und Telekommunikation sowie Gebäude und Geschäftsausstattung. Die Investitionskosten schwanken naturgemäß von Jahr zu Jahr erheblich. Die Verwaltungs- und Investitionskosten der Bank fallen vorwiegend in Schweizer Franken an.

Im Geschäftsjahr 2004/05 betragen die Verwaltungskosten vor Abschreibungen CHF 214,1 Mio. und lagen damit um 2,6% unter dem Budgetbetrag von CHF 219,8 Mio.¹ Ein geringerer Aufwand als erwartet für IT und Dienstreisen sowie die Auflösung einer Rückstellung für Steuerrückerstattungen an die schweizerischen Personalmitglieder vor 2003² waren die wichtigsten Ursachen der Budgetunterschreitung. Die Investitionskosten lagen mit CHF 27,1 Mio. um CHF 5,6 Mio. unter dem Budget. Die Projekte für die Verbesserung der Sicherheitssysteme der Bank und die Renovierung des großen Auditoriums wurden Ende Mai 2005 innerhalb des jeweiligen Budgetrahmens abgeschlossen. Die Ausgaben im Geschäftsjahr 2004/05 waren dem Budget im Vergleich zu den letzten Jahren am nächsten; dies ist auf die Verringerung des „Spielraums“ bei den einzelnen Budgetposten zurückzuführen. Um eine stärkere Budgetdisziplin durchzusetzen, hat die Geschäftsleitung der Bank ein System eingeführt, mit dem die Einhaltung der Ziele vierteljährlich kontrolliert wird.

Im März 2005 genehmigte der Verwaltungsrat eine Erhöhung des Verwaltungsbudgets für das Geschäftsjahr 2005/06 um 2,9% auf CHF 226,3 Mio. Das Investitionsbudget wurde um CHF 5,7 Mio. auf CHF 27,0 Mio. herabgesetzt. Schwerpunkte des Budgets 2005/06 sind eine Stärkung des Risikomanagements, der internen Revision und der Compliance der Bank sowie weitere Verbesserungen der Sicherheitsvorkehrungen. Ferner ist eine begrenzte Personalaufstockung in der Repräsentanz Asien vorgesehen.

Vergütungspolitik

Die Stellen der BIZ-Personalmitglieder werden anhand einer Reihe objektiver Kriterien – z.B. der erforderlichen Qualifikationen und Erfahrung sowie der

¹ Das Budget der Bank beruht auf Kassenbeständen; bestimmte Berichtigungen in der Finanzbuchhaltung – hauptsächlich im Zusammenhang mit Vorsorgeverpflichtungen, bei denen Finanzmarkt- und versicherungsmathematische Entwicklungen berücksichtigt werden – sind ausgeklammert. Diese zusätzlichen Faktoren gehen in den Posten „Geschäftsaufwand“ in der Gewinn- und Verlustrechnung ein (s. „Der Reingewinn und seine Verwendung“).

² Diese bezog sich auf das vorherige Sitzabkommen mit dem Schweizerischen Bundesrat, das am 1. Januar 2003 ablief.

Verantwortlichkeiten – klar definierten Kategorien zugeordnet. Die Stellenkategorien sind mit Gehaltsbändern verknüpft. Die Gehaltsstruktur wird – unter Berücksichtigung von Besteuerungsunterschieden – regelmäßig den Gehaltsstrukturen in vergleichbaren Institutionen oder Marktsegmenten gegenübergestellt. Bei diesem Vergleich konzentriert sich die Bank auf die obere Hälfte der Marktbandbreite, um für hochqualifiziertes Personal attraktiv zu sein.

Die Gehaltsstruktur wird jährlich der Teuerung in der Schweiz und dem durchschnittlichen Anstieg der Reallöhne im Unternehmenssektor der wichtigsten Industrieländer angepasst. Im Juli 2004 wurde die Gehaltsstruktur um 1,76% angehoben. Die Entwicklung des Gehalts der einzelnen Personalmitglieder in dem jeweiligen Gehaltsband richtet sich nach ihrer Leistung; diese wird regelmäßig beurteilt. Die BIZ wendet kein Bonussystem an.

Nicht schweizerische und vor ihrer Anstellung bei der Bank nicht am Ort ansässige Personalmitglieder (einschl. Management) haben Anspruch auf eine Auslandszulage. Diese beträgt derzeit – abhängig vom Familienstand – 14% bzw. 18% des Jahresgehalts, bis zu einer bestimmten Höchstgrenze. Expatrierte Personalmitglieder haben außerdem Anspruch auf eine Ausbildungszulage.³ Darüber hinaus haben die Personalmitglieder über die BIZ Zugang zu einer Kranken- und Unfallversicherung sowie zu einem Pensionsystem mit Leistungsprimat.

Anfang 2005 wurde beschlossen, die Gehälter der Mitglieder der obersten Führungsebene regelmäßig denjenigen in vergleichbaren Institutionen gegenüberzustellen und gegebenenfalls anzupassen. In den Jahren zwischen solchen Vergleichen werden ihre Gehälter der Teuerung in der Schweiz angepasst. Per 1. Juli 2004 entsprach für die nachstehenden Mitglieder der Geschäftsleitung die jährliche Vergütung vor Auslandszulagen der folgenden Gehaltsstruktur:

- Generaldirektor CHF 709 849
- Stellvertretender Generaldirektor CHF 600 641
- Abteilungsleiter CHF 546 000

Der Generaldirektor erhält zusätzlich eine jährliche Repräsentationszulage und hat erhöhte Pensionsansprüche.

Die Vergütungen für die Mitglieder des Verwaltungsrats werden von der ordentlichen Generalversammlung genehmigt und alle drei Jahre angepasst. Seit dem 1. Juli 2002 beträgt die feste jährliche Vergütung für den Verwaltungsrat insgesamt CHF 844 800. Darüber hinaus erhält jedes Mitglied ein Sitzungsgeld für jede Verwaltungsratssitzung, an der es teilnimmt. Wenn sämtliche Mitglieder an allen Sitzungen teilnehmen, beläuft sich die jährliche Gesamtsumme der Sitzungsgelder auf CHF 777 240.

Archivpolitik

Im Interesse der Offenheit und der wissenschaftlichen Forschung macht die Bank ihr historisches Archiv seit März 1998 freiwillig der Öffentlichkeit zugänglich. Gemäß der Regelung für die Öffnung des BIZ-Archivs können alle

³ Bestimmte Personalmitglieder, die bereits vor 1997 bei der Bank angestellt waren, erhalten eine Auslandszulage von 25%, haben jedoch keinen Anspruch auf Ausbildungszulagen.

Unterlagen über Geschäfte und Tätigkeit der Bank, die über 30 Jahre alt sind, eingesehen werden; ausgenommen sind nur eine kleine Zahl von Unterlagen, die auch nach dieser Frist noch vertraulich sind. Die BIZ bestimmt nach ihrem Ermessen, welche Unterlagen aufgrund des Persönlichkeitsschutzes und/oder zum Schutz legitimer Interessen Dritter nicht zur Einsichtnahme freigegeben werden.

Der Reingewinn und seine Verwendung

Reingewinn

Der Reingewinn für das 75. Geschäftsjahr beträgt SZR 370,9 Mio., verglichen mit SZR 536,1 Mio. im Vorjahr. Die Bestimmungsfaktoren dieses Ergebnisses werden im Folgenden erörtert.

Geschäftsertrag insgesamt

Der Geschäftsertrag insgesamt betrug im Geschäftsjahr 2004/05 SZR 458,4 Mio. (Vorjahr: SZR 564,5 Mio.). Drei Hauptfaktoren waren für diese Entwicklung maßgebend:

- Aufgrund geringerer Zinserträge und durch Bewertungsanpassungen von Derivativkontrakten, die die Bank als Absicherung gegen erwartete Zinserhöhungen abgeschlossen hatte, verringerten sich die Erträge aus den eigenen Wertpapieranlagen der Bank. Diese Einflussfaktoren zehrten die zusätzlichen Erträge aus der Erhöhung des Eigenkapitals der Bank durch einbehaltene Gewinne und Aktienzeichnungen auf
- Der Nettoertrag aus dem Einlagengeschäft der Bank erreichte 2004/05 wieder ein üblicheres Niveau. Das Vorjahresergebnis war wegen eines außerordentlichen Beitrags zum Gewinn aufgebläht worden, der sich aus Bewertungsgewinnen bei den Swapanlagen der Bank aufgrund der Verengung der Kreditrisikoprämien im Sommer 2003 ergeben hatte. Die im Berichtsjahr verzeichneten zusätzlichen Erträge infolge des Wachstums der Einlagenbasis der Bank konnten dies nicht wettmachen
- Ein Nettodevisenverlust von SZR 34,5 Mio. war im Wesentlichen auf die Schweizer-Franken-Position zurückzuführen, die die Bank hielt, bevor die Zentralbanken Belgiens und Frankreichs im Oktober bzw. November 2004 die von der BIZ bis dahin selbst gehaltenen Aktien ihrer jeweiligen Ausgabe zeichneten. Diesem Verlust stand ein Gewinn in gleicher Höhe gegenüber, der gemäß den Rechnungslegungsgrundsätzen der Bank bei der Wiederveräußerung dieser Aktien im Eigenkapital verbucht wurde, sodass der Nettoeffekt auf das Eigenkapital der Bank bei null lag

Geschäftsaufwand

Der Geschäftsaufwand (Anmerkung 27 zum Jahresabschluss) belief sich auf SZR 145,0 Mio. und damit 1,8% mehr als im Vorjahr (SZR 142,5 Mio.). Die Verwaltungskosten vor Abschreibungen betrugen SZR 129,3 Mio., 2,9% mehr als im Vorjahr (SZR 125,6 Mio.). Der Abschreibungsaufwand sank von SZR 16,9 Mio. auf SZR 15,7 Mio. In Schweizer Franken – der Währung, in der

die meisten Ausgaben der Bank anfallen – verringerten sich die Verwaltungskosten vor Abschreibungen auf der Rechnungslegungsbasis der Bank, die Finanzmarkt- und versicherungsmathematische Veränderungen berücksichtigt, um 1,1%, nämlich von CHF 236,5 Mio. auf CHF 234,0 Mio.

Der Gehalts- und Pensionsaufwand erhöhte sich weitgehend entsprechend dem Anstieg der durchschnittlichen Zahl von Vollzeitstellen um 3,2%. Dieser Anstieg wurde durch die Auflösung einer Rückstellung für Steuerrückerstattungen an die schweizerischen Personalmitglieder vor 2003 teilweise ausgeglichen; diese bezog sich auf das vorherige Sitzabkommen, das am 1. Januar 2003 ablief. Der übrige Personalaufwand ging infolge eines geringeren Finanzaufwands für Krankheits- und Unfallkosten zurück.

Operativer Gewinn und sonstige Gewinnposten

Der operative Gewinn der Bank, der den Gewinn aus ihrem laufenden Geschäft widerspiegelt, betrug SZR 313,4 Mio. Verglichen mit umgerechnet SZR 422,0 Mio. im Geschäftsjahr 2003/04 entspricht dies einem Rückgang um 25,7%.

Bei der Veräußerung von Anlagepapieren wurde im Geschäftsjahr ein Nettogewinn von SZR 7,0 Mio. erzielt. Dahinter stand eine Anpassung des Portfolios an seine zugrundeliegende Benchmark. Im Vorjahr war der entsprechende Nettogewinn von SZR 154,4 Mio. auf den Verkauf von Anlagepapieren zurückzuführen gewesen, die in einem Umfeld höherer Zinsen erworben worden waren.

Im Geschäftsjahr 2004/05 veräußerte die Bank 12 Tonnen ihrer eigenen Goldanlageaktiva (192 Tonnen am 31. März 2004) und realisierte damit einen Gewinn von SZR 50,5 Mio. Das Eigenkapital der Bank veränderte sich infolge dieser Verkäufe nicht, denn das Gold war gemäß den Rechnungslegungsgrundsätzen der Bank in der Bilanz schon zum Marktwert ausgewiesen.

Der Reingewinn des Geschäftsjahres 2003/04 war nach Zinsaufwand und einem Währungsumrechnungsverlust im Zusammenhang mit dem endgültigen Urteil des Schiedsgerichts in Den Haag vom 19. September 2003 zustande gekommen.

Vorgeschlagene Verwendung des Reingewinns

Gestützt auf Artikel 51 der Statuten empfiehlt der Verwaltungsrat der Generalversammlung, den Reingewinn von SZR 370,9 Mio. für das Geschäftsjahr 2004/05 wie folgt zu verwenden:

1. SZR 114,4 Mio. zur Zahlung einer Dividende von SZR 235 je Aktie
2. SZR 25,7 Mio. zur Erhöhung des Allgemeinen Reservefonds⁴
3. SZR 6,0 Mio. zur Erhöhung des Besonderen Dividenden-Reservefonds
4. SZR 224,8 Mio., den verbleibenden Betrag des verfügbaren Reingewinns, zur Erhöhung des Freien Reservefonds. Dieser Fonds kann vom Verwaltungsrat für jeden statutengemäßen Zweck herangezogen werden

⁴ Gemäß Artikel 51 der Statuten müssen 10% des Gewinns nach Zahlung der Dividende diesem Fonds zugewiesen werden, bis er das Fünffache des eingezahlten Kapitals erreicht hat. Am 31. März 2005 entsprach der Allgemeine Reservefonds mehr als dem Vierfachen des eingezahlten Kapitals der Bank.

Wird dies genehmigt, wird die Dividende am 1. Juli 2005 in einer beliebigen Währung des SZR-Korbs oder in Schweizer Franken, entsprechend den Weisungen der Aktionäre, an die Aktionäre ausgezahlt, die am 31. März 2005 im Aktienregister der Bank eingetragen waren. Die vorgeschlagene Dividende von SZR 235 je Aktie für das Geschäftsjahr 2004/05 entspricht einem Anstieg von 4,4% gegenüber der Vorjahresdividende.

Die volle Dividende wird für 470 073 Aktien gezahlt. Die Dividende für die 40 119 eigenen Aktien, die im Geschäftsjahr wieder veräußert wurden, wird anteilig ab Zeichnungsdatum gezahlt. Vor der Aktienrücknahme waren 547 125 Aktien ausgegeben und eingezahlt. Am 31. März 2005 hielt die Bank 36 933 als eigene Aktien, nämlich 34 833 Aktien, die sie von ehemaligen Privataktionären und von Zentralbanken zurückgenommen hatte, sowie 2 100 sonstige. Auf diese eigenen Aktien wird keine Dividende gezahlt.

Bericht der Buchprüfer

Der Jahresabschluss wurde von der PricewaterhouseCoopers AG ordnungsgemäß geprüft; diese hat bestätigt, dass er für das am 31. März 2005 abgeschlossene Geschäftsjahr eine angemessene und getreue Darstellung der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Bank vermittelt. Der Bericht der Buchprüfer folgt unmittelbar auf den Jahresabschluss.

Verwaltungsrat

Nout H.E.M. Wellink, Amsterdam
Vorsitzender des Verwaltungsrats,
Präsident der Bank

Hans Tietmeyer, Frankfurt am Main
Stellvertretender Vorsitzender

Vincenzo Desario, Rom
David Dodge, Ottawa
Antonio Fazio, Rom
Toshihiko Fukui, Tokio
Timothy F. Geithner, New York
Lord George, London
Alan Greenspan, Washington
Hervé Hannoun, Paris
Lars Heikensten, Stockholm
Mervyn King, London
Christian Noyer, Paris
Guy Quaden, Brüssel
Jean-Pierre Roth, Zürich
Alfons Vicomte Verplaetse, Brüssel
Axel A. Weber, Frankfurt am Main

Stellvertreter

Bruno Bianchi oder Giovanni Carosio, Rom
Roger W. Ferguson oder Karen H. Johnson, Washington
Peter Praet oder Jan Smets, Brüssel
Jürgen Stark oder Stefan Schönberg, Frankfurt am Main
Marc-Olivier Strauss-Kahn oder Michel Cardona, Paris
Paul Tucker oder Paul Fisher, London

Verwaltungsratskomitees

Konsultativkomitee
Revisionskomitee

unter dem Vorsitz von Hans Tietmeyer

Oberste Führungsebene

| | |
|----------------------|---|
| Malcolm D. Knight | Generaldirektor |
| André Icard | Stellvertretender Generaldirektor |
| Peter Dittus | Generalsekretär, Abteilungsleiter |
| William R. White | Volkswirtschaftlicher Berater, Leiter der Währungs- und Wirtschaftsabteilung |
| Günter Pleines | Leiter der Bankabteilung |
| Mario Giovanoli | Direktor des Rechtsdienstes |
| Már Gudmundsson | Stellvertretender Leiter der Währungs- und Wirtschaftsabteilung |
| Jim Etherington | Stellvertretender Generalsekretär |
| Louis de Montpellier | Stellvertretender Leiter der Bankabteilung |
| Josef Tošovský | Vorsitzender, Institut für Finanzstabilität |

Veränderungen im Verwaltungsrat und in der obersten Führungsebene

In der Sitzung des Verwaltungsrats vom November 2004 wurde Nout Wellink, Präsident der De Nederlandsche Bank, für eine weitere Amtsdauer von 3 Jahren – vom 1. März 2005 bis zum 29. Februar 2008 – als Vorsitzender des Verwaltungsrats und Präsident der Bank wiedergewählt. In der Sitzung vom März 2005 wurde Lars Heikensten, Gouverneur der Sveriges Riksbank, für eine weitere Amtszeit von 3 Jahren bis zum 31. März 2008 als Verwaltungsratsmitglied bestätigt. In derselben Sitzung erneuerte Mervyn King, Gouverneur der Bank of England, das Mandat von Lord George als Mitglied des Verwaltungsrats für weitere 3 Jahre bis zum 6. Mai 2008.

In der obersten Führungsebene der Bank wurde Peter Dittus am 1. Januar 2005 zum Generalsekretär der Bank und Verwaltungsdirektor ernannt, nachdem Gunter Baer in den Ruhestand getreten war. Der Leiter der Bankabteilung, Robert Sleeper, trat ebenfalls in den Ruhestand, und Günter Pleines wurde mit Wirkung vom 1. April 2005 zu seinem Nachfolger ernannt. Jim Etherington wurde per 1. Juni 2005 zum Stellvertretenden Generalsekretär ernannt, Louis de Montpellier per Mitte Juni 2005 zum Stellvertretenden Leiter der

Bankabteilung. Alle Ernennungen in der obersten Führungsebene erfolgen auf der Basis von verlängerbaren 5-Jahres-Verträgen.



Der Verwaltungsrat nahm mit tiefem Bedauern den Tod von Baron Cecil de Strycker, Ehrengouverneur der Banque Nationale de Belgique, am 5. September 2004 im Alter von 89 Jahren zur Kenntnis. Baron de Strycker war von 1975 bis 1982 Ex-officio-Mitglied des Verwaltungsrats gewesen und von 1982 bis 1989 ernanntes Mitglied.

Mitgliedszentralbanken der BIZ⁵

| | |
|---|---|
| Banque d'Algérie | Lietuvos Bankas (Litauen) |
| Banco Central de la República Argentina | Bank Negara Malaysia |
| Reserve Bank of Australia | Narodna Banka na Republika Makedonija |
| Banque Nationale de Belgique | Banco de México |
| Centralna banka Bosne i Hercegovine | De Nederlandsche Bank |
| Banco Central do Brasil | Reserve Bank of New Zealand |
| Bulgarian National Bank | Norges Bank (Norwegen) |
| Banco Central de Chile | Oesterreichische Nationalbank |
| People's Bank of China | Bangko Sentral ng Pilipinas (Philippinen) |
| Danmarks Nationalbank | Narodowy Bank Polski (Polen) |
| Deutsche Bundesbank | Banco de Portugal |
| Eesti Pank (Estland) | Banca Natională a României (Rumänien) |
| Europäische Zentralbank | Central Bank of the Russian Federation (Russland) |
| Suomen Pankki (Finnland) | Saudi Arabian Monetary Agency |
| Banque de France | Sveriges Riksbank (Schweden) |
| Bank of Greece (Griechenland) | Schweizerische Nationalbank |
| Hong Kong Monetary Authority | Monetary Authority of Singapore |
| Reserve Bank of India | Národná Banka Slovenska (Slowakei) |
| Bank Indonesia | Banka Slovenije (Slowenien) |
| Central Bank and Financial Services Authority of Ireland | Banco de España |
| Sedlabanki Islands | South African Reserve Bank (Südafrika) |
| Bank of Israel | Bank of Thailand |
| Banca d'Italia | Ceská národní banka (Tschechische Republik) |
| Bank of Japan | Türkiye Cumhuriyet Merkez Bankasi |
| Bank of Canada | Magyar Nemzeti Bank (Ungarn) |
| Bank of Korea | Board of Governors of the Federal Reserve System (USA) |
| Hrvatska narodna banka (Kroatien) | Bank of England |
| Latvijas Banka (Lettland) | |

⁵ Gemäß Artikel 15 der Statuten können sich nur Zentralbanken am Kapital der Bank beteiligen. Die Rechtslage der jugoslawischen Ausgabe des Aktienkapitals der BIZ wird derzeit überprüft, nachdem die Bundesrepublik Jugoslawien durch die Verfassungsänderungen vom Februar 2003 in die Union Serbien und Montenegro mit zwei getrennten Zentralbanken umgewandelt wurde.

Jahresabschluss

vom 31. März 2005

Der Jahresabschluss für das am 31. März 2005 abgeschlossene Geschäftsjahr auf den Seiten 212 bis 236 wurde am 9. Mai 2005 verabschiedet. Er wird in einer Form vorgelegt, die gemäß Artikel 49 der Statuten der Bank vom Verwaltungsrat vorgegeben wurde, und steht unter dem Vorbehalt der Genehmigung durch die Aktionäre bei der ordentlichen Generalversammlung vom 27. Juni 2005.

Der Jahresabschluss einschließlich der dazugehörigen Anmerkungen wurde in englischer Sprache erstellt. In Zweifelsfällen wird auf die englische Fassung verwiesen.

Nout H.E.M. Wellink
Präsident

Malcolm D. Knight
Generaldirektor

Bilanz

vom 31. März 2005

| <i>Mio. SZR</i> | Anmerkung | 2005 | 2004 |
|--|-----------|------------------|-----------|
| Aktiva | | | |
| Kassenbestand und Sichtguthaben bei Banken | 4 | 25,8 | 18,9 |
| Gold und Goldeinlagen | 5 | 8 617,0 | 9 073,8 |
| Schatzwechsel | 6 | 31 307,4 | 30 240,7 |
| Mit Rückgabvereinbarung angekaufte Wertpapiere | 6 | 14 034,3 | 21 835,2 |
| Terminguthaben und Kredite an Banken | 6 | 80 316,5 | 68 162,4 |
| Staats- und andere Wertpapiere | 6 | 39 779,6 | 33 483,1 |
| Derivative Finanzinstrumente | 7 | 2 188,0 | 3 321,1 |
| Kurzfristige Forderungen | 8 | 4 028,6 | 1 609,6 |
| Grundstücke, Gebäude und Geschäftsausstattung | 9 | 189,2 | 190,0 |
| Aktiva insgesamt | | 180 486,4 | 167 934,8 |
| Passiva | | | |
| Währungseinlagen | 10 | 150 618,8 | 133 152,5 |
| Goldeinlagen | 11 | 7 110,8 | 7 293,5 |
| Mit Rücknahmevereinbarung veräußerte Wertpapiere | 12 | 1 159,4 | 1 225,3 |
| Derivative Finanzinstrumente | 7 | 3 440,6 | 4 339,7 |
| Kurzfristige Verbindlichkeiten | 13 | 7 752,2 | 12 169,4 |
| Sonstige Verbindlichkeiten | 14 | 151,3 | 144,4 |
| Passiva insgesamt | | 170 233,1 | 158 324,8 |
| Eigenkapital | | | |
| Aktienkapital | 15 | 683,9 | 683,9 |
| Statutarische Reserven | 16 | 8 743,2 | 8 230,8 |
| Gewinn- und Verlustrechnung | | 370,9 | 536,1 |
| Abzüglich: Eigene Aktien | 18 | (396,2) | (852,6) |
| Sonstige Eigenkapitalposten | 20 | 851,5 | 1 011,8 |
| Eigenkapital insgesamt | | 10 253,3 | 9 610,0 |
| Passiva und Eigenkapital insgesamt | | 180 486,4 | 167 934,8 |

Gewinn- und Verlustrechnung

für das am 31. März 2005 abgeschlossene Geschäftsjahr

| Mio. SZR | Anmerkungen | 2005 | 2004 |
|--|-------------|--------------|-----------|
| Zinsertrag | 22 | 4 058,8 | 3 493,9 |
| Zinsaufwand | 23 | (3 384,1) | (2 681,1) |
| Bewertungsänderungen netto | 24 | (183,1) | (258,7) |
| Nettozinsertrag | | 491,6 | 554,1 |
| Nettoertrag aus Gebühren und Provisionen | 25 | 1,3 | 1,4 |
| Nettodevisen(verlust) / -gewinn | 26 | (34,5) | 9,0 |
| Geschäftsertrag insgesamt | | 458,4 | 564,5 |
| Geschäftsaufwand | 27 | (145,0) | (142,5) |
| Operativer Gewinn | | 313,4 | 422,0 |
| Nettogewinn aus Veräußerung von Anlagepapieren | 28 | 7,0 | 154,4 |
| Nettogewinn aus Veräußerung von Goldanlageaktiva | 29 | 50,5 | – |
| Zurückgenommene Aktien – Effekt des Schiedsurteils | 17 | – | – |
| Zinsaufwand | | – | (32,9) |
| Währungsumrechnungsverlust | | – | (7,4) |
| Reingewinn für das Geschäftsjahr | | 370,9 | 536,1 |

Mittelflussrechnung

für das am 31. März 2005 abgeschlossene Geschäftsjahr

| Mio. SZR | Anmerkung | 2005 | 2004 |
|---|-----------|----------------|------------------|
| Mittelfluss aus operativer Tätigkeit | | | |
| Operativer Gewinn | | 313,4 | 422,0 |
| Nichtmittelfluss-Posten im operativen Gewinn | | | |
| Abschreibungen auf Grundstücke, Gebäude und Geschäftsausstattung | 9 | 15,7 | 16,9 |
| Nettoveränderung der operativen Aktiva und Passiva | | | |
| Währungseinlagen | | 15 329,4 | 11 580,7 |
| Bankgeschäftsaktiva in Währungen | | (16 371,2) | (19 669,9) |
| Goldeinlagen (Passiva) | | (182,7) | 1 270,9 |
| Gold und Goldeinlagen (Aktiva) | | 322,6 | (1 270,2) |
| Kurzfristige Forderungen | | 1,3 | 19,0 |
| Sonstige Passiva / kurzfristige Verbindlichkeiten | | 17,5 | (260,1) |
| Derivative Finanzinstrumente netto | | 234,0 | 1 750,6 |
| Nettomittelfluss aus / (eingesetzt in) operativer Tätigkeit | | (320,0) | (6 140,1) |
| Mittelfluss aus / (eingesetzt in) Anlagetätigkeit | | | |
| Nettoveränderung der Anlageaktiva in Währungen | 6 | 207,2 | (1 220,6) |
| Mit Rücknahmevereinbarung veräußerte Wertpapiere | | (65,9) | 1 152,1 |
| Nettoveränderung der Goldanlageaktiva | 5 | 110,7 | – |
| Nettokäufe von Grundstücken, Gebäuden und Geschäftsausstattung | 9 | (14,9) | (10,5) |
| Nettomittelfluss aus / (eingesetzt in) Anlagetätigkeit | | 237,1 | (79,0) |
| Mittelfluss aus / (eingesetzt in) Finanzierungstätigkeit | | | |
| Gezahlte Dividenden | | (104,0) | (97,1) |
| Begebung von Aktien | | – | 252,3 |
| Wiederveräußerung eigener Aktien | 18 | 536,7 | – |
| Im Jahr 2001 zurückgenommene Aktien – Zahlungen an ehemalige Aktionäre | | (10,6) | (348,2) |
| Nettomittelfluss aus / (eingesetzt in) Finanzierungstätigkeit | | 422,1 | (193,0) |
| Nettoeffekte von Wechselkursveränderungen auf Zahlungsmittel und Zahlungsmitteläquivalente | | | |
| Nettoeffekte von Wechselkursveränderungen auf Zahlungsmittel und Zahlungsmitteläquivalente | | (10,1) | 61,3 |
| Nettoveränderung der Zahlungsmittel und Zahlungsmitteläquivalente | | 349,3 | (6 473,4) |
| Nettozunahme / (-abnahme) der Zahlungsmittel und Zahlungsmitteläquivalente | | 339,2 | (6 412,1) |
| Zahlungsmittel und Zahlungsmitteläquivalente zu Beginn des Geschäftsjahres | | | |
| | 30 | 2 666,3 | 9 078,4 |
| Zahlungsmittel und Zahlungsmitteläquivalente am Ende des Geschäftsjahres | | | |
| | 30 | 3 005,5 | 2 666,3 |

Vorgeschlagene Gewinnverwendung

für das am 31. März 2005 abgeschlossene Geschäftsjahr

| <i>Mio. SZR</i> | 2005 |
|--|----------------|
| Reingewinn für das Geschäftsjahr | 370,9 |
| Zuweisung an den Gesetzlichen Reservefonds | – |
| Vorgeschlagene Dividende | |
| SZR 235 je Aktie für 470 073 Aktien | (110,5) |
| Für 40 119 wiederveräußerte eigene Aktien (anteilig ab Valutadatum der Aktienzeichnung) | (3,9) |
| | (114,4) |
| Vorgeschlagene Zuweisungen an andere Reserven | |
| Allgemeiner Reservefonds | (25,7) |
| Besonderer Dividenden-Reservefonds | (6,0) |
| Freier Reservefonds | (224,8) |
| Saldo nach Zuweisungen an die Reserven | – |

Die vorgeschlagene Gewinnverwendung entspricht Artikel 51 der Statuten der Bank.

Veränderungen der statutarischen Reserven der Bank

für das am 31. März 2005 abgeschlossene Geschäftsjahr

| <i>Mio. SZR</i> | Anmerkung | Gesetzlicher Reservefonds | Allgemeiner Reservefonds | Besonderer Dividenden-Reservefonds | Freier Reservefonds | 2005 Statutarische Reserven insgesamt |
|--|-----------|---------------------------|--------------------------|------------------------------------|---------------------|---|
| Stand am 31. März 2004 | | 68,3 | 2 648,7 | 109,5 | 5 404,3 | 8 230,8 |
| Verwendung des Gewinns 2003/04 | | – | 86,4 | 20,5 | 325,2 | 432,1 |
| Wiederveräußerung eigener Aktien | 18 | – | 80,3 | – | – | 80,3 |
| Stand am 31. März 2005 gemäß Bilanz, vor vorgeschlagener Gewinnverwendung | | 68,3 | 2 815,4 | 130,0 | 5 729,5 | 8 743,2 |
| Vorgeschlagene Zuweisungen an Reserven | 16 | – | 25,7 | 6,0 | 224,8 | 256,5 |
| Stand am 31. März 2005 nach vorgeschlagener Gewinnverwendung | | 68,3 | 2 841,1 | 136,0 | 5 954,3 | 8 999,7 |

Veränderungen des Eigenkapitals der Bank

für das am 31. März 2005 abgeschlossene Geschäftsjahr

| Mio. SZR | Anmerkung | Aktien- kapital | Statuta- rische Reserven | Gewinn und Verlust | Eigene Aktien | Sonstige Eigen- kapital- posten | Eigen- kapital insgesamt |
|---|-----------|--------------------|--------------------------------|--------------------------|------------------|--|--------------------------------|
| Eigenkapital am 31. März 2003 | | 661,4 | 7 522,7 | 575,4 | (739,1) | 908,8 | 8 929,2 |
| Zahlung der Dividende 2002/03 | | – | – | (97,1) | – | – | (97,1) |
| Verwendung des Gewinns 2002/03 | | – | 478,3 | (478,3) | – | – | – |
| Neu begebene Aktien | 15 | 22,5 | 229,8 | – | – | – | 252,3 |
| Zurückgenommene Aktien – Effekt des Schiedsgerichtsurteils | 17 | – | – | – | (113,5) | – | (113,5) |
| Bewertungsänderungen bei Goldanlageaktiva netto | 20 | – | – | – | – | 261,7 | 261,7 |
| Bewertungsänderungen bei Anlagepapieren netto | 20 | – | – | – | – | (158,7) | (158,7) |
| Reingewinn 2003/04 | | – | – | 536,1 | – | – | 536,1 |
| Eigenkapital am 31. März 2004 | | 683,9 | 8 230,8 | 536,1 | (852,6) | 1 011,8 | 9 610,0 |
| Zahlung der Dividende 2003/04 | | – | – | (104,0) | – | – | (104,0) |
| Verwendung des Gewinns 2003/04 | | – | 432,1 | (432,1) | – | – | – |
| Wiederveräußerung eigener Aktien | 18 | – | 80,3 | – | 456,4 | – | 536,7 |
| Bewertungsänderungen bei Goldanlageaktiva netto | 20 | – | – | – | – | (74,0) | (74,0) |
| Bewertungsänderungen bei Anlagepapieren netto | 20 | – | – | – | – | (86,3) | (86,3) |
| Reingewinn 2004/05 | | – | – | 370,9 | – | – | 370,9 |
| Eigenkapital am 31. März 2005 gemäß Bilanz, vor vorgeschlagener Gewinnverwendung | | 683,9 | 8 743,2 | 370,9 | (396,2) | 851,5 | 10 253,3 |
| Vorgeschlagene Dividende | | – | – | (114,4) | – | – | (114,4) |
| Vorgeschlagene Zuweisungen an Reserven | | – | 256,5 | (256,5) | – | – | – |
| Eigenkapital am 31. März 2005 nach vorgeschlagener Gewinnverwendung | | 683,9 | 8 999,7 | – | (396,2) | 851,5 | 10 138,9 |

Per 31. März 2005 sind in den statutarischen Reserven Aktienagios in Höhe von SZR 811,7 Mio. enthalten (31. März 2004: SZR 811,7 Mio.).

Anmerkungen zum Jahresabschluss

1. Einleitung

Die Bank für Internationalen Zahlungsausgleich (BIZ, „die Bank“) ist eine internationale Finanzorganisation, die entsprechend dem Haager Abkommen vom 20. Januar 1930 sowie ihrem Grundgesetz und ihren Statuten gegründet wurde. Sie hat ihren Sitz am Centralbahnplatz 2, 4002 Basel, Schweiz. Die Bank unterhält je eine Repräsentanz in der Sonderverwaltungsregion Hongkong der Volksrepublik China (für den Asien-Pazifik-Raum) und in Mexiko-Stadt, Mexiko (für den amerikanischen Kontinent).

Gemäß Artikel 3 der Statuten sind die Aufgaben der BIZ, die Zusammenarbeit unter den Zentralbanken zu fördern, neue Möglichkeiten für internationale Finanzgeschäfte zu schaffen und als Treuhänder (Trustee) oder Agent bei internationalen Zahlungsgeschäften zu wirken. Derzeit sind 56 Zentralbanken Mitglieder der Bank. Die Vertretungs- und Stimmrechte bei der Generalversammlung werden im Verhältnis zu der Anzahl der im jeweiligen Land begebenen BIZ-Aktien ausgeübt. Dem Verwaltungsrat der Bank gehören die Präsidenten der Gründerzentralbanken der BIZ an, d.h. der Zentralbanken von Belgien, Deutschland, Frankreich, Italien, den USA und dem Vereinigten Königreich, die ihrerseits je ein weiteres Verwaltungsratsmitglied berufen, sowie die Präsidenten der Zentralbanken von Japan, Kanada, den Niederlanden, Schweden und der Schweiz.

Der vorliegende Jahresabschluss enthält auch die nach Artikel 49 der Statuten der Bank erforderliche Bilanz und Gewinn- und Verlustrechnung.

2. Wesentliche Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden

A. Berichtswährung

Die Berichtswährung der Bank ist das Sonderziehungsrecht (SZR), wie es vom Internationalen Währungsfonds (IWF) definiert wird.

Das SZR wird anhand eines Korbs der wichtigsten handelbaren Währungen berechnet; ihm liegt die Regel O-1 zugrunde, wie sie vom Exekutivrat des IWF am 29. Dezember 2000 verabschiedet wurde und am 1. Januar 2001 in Kraft trat. Nach derzeitiger Berechnung entspricht 1 SZR der Summe von USD 0,577, EUR 0,426, JPY 21 und GBP 0,0984. Der IWF überprüft die Zusammensetzung dieses Währungskorbs alle fünf Jahre, das nächste Mal im Dezember 2005.

Sämtliche im vorliegenden Jahresabschluss enthaltenen Zahlen beziehen sich auf Mio. SZR, sofern nicht anders angegeben.

B. Währungsumrechnung

Finanzinstrumente werden zum Wechselkurs am Bilanzstichtag in SZR umgerechnet, andere Aktiva und Passiva zum Wechselkurs des Transaktionstags. Gewinne und Verluste werden zu einem Durchschnittskurs in SZR umge-

rechnet. Umrechnungsdifferenzen infolge der wiederholten Umrechnung von Finanzinstrumenten sowie infolge der Abwicklung von Transaktionen werden in der Gewinn- und Verlustrechnung erfasst.

C. Bewertungsmethode

Die Bank bewertet ihre Aktiva, Passiva und Derivate grundsätzlich zum Marktwert, den sie anhand verlässlicher, notierter Marktpreise von aktiven Märkten ermittelt. Sind solche Preise nicht verfügbar (z.B. für Kredite, Einlagen und nicht börsengehandelte Derivate), bestimmt sie den Marktwert anhand von Finanzmodellen mit einer Analyse der abgezinsten Barmittelströme, die sich auf Schätzungen der künftigen Zahlungsströme, Zinssätze und Wechselkurse und der künftigen Geschwindigkeit vorzeitiger Tilgungen sowie auf Kredit-, Liquiditäts- und Volatilitätsfaktoren stützt.

D. Finanzinstrumente (ohne Gold und Goldeinlagen)

Diese Finanzinstrumente machen den größten Teil der Bilanz der Bank aus. Sie umfassen Kassenbestand und Sichtguthaben bei Banken, Schatzwechsel, mit Rückgabevereinbarung angekaufte Wertpapiere, Terminguthaben und Kredite an Banken, Staats- und andere Wertpapiere, derivative Finanzinstrumente, Währungseinlagen sowie mit Rücknahmevereinbarung veräußerte Wertpapiere.

Die Gewinne gegenüber dem historischen Einstandswert, die durch auflaufende Zinsen und die Amortisierung der gezahlten Aufschläge und erhaltenen Abschläge zustande kommen, werden dabei jeweils unter „Zinsertrag“ (Aktiva und derivative Instrumente) bzw. unter „Zinsaufwand“ (Passiva) verbucht. Bei Abgabe, Rückkauf und vorzeitiger Tilgung realisierte Gewinne gehen in den Posten „Bewertungsänderungen netto“ der Gewinn- und Verlustrechnung ein.

Die meisten Finanzinstrumente bilanziert die Bank auf der Basis des Handelsdatums zum Marktwert. Derivate werden bei für die Bank positivem Marktwert des Kontrakts auf der Aktivseite, bei für die Bank negativem Marktwert auf der Passivseite ausgewiesen. Ausgenommen von der grundsätzlichen Bewertung zum Marktwert sind sehr kurzfristige Finanzinstrumente, die meist eine Kündigungsfrist von höchstens drei Tagen haben. Sie werden – in den Posten „Kassenbestand und Sichtguthaben bei Banken“ sowie „Währungseinlagen“ – auf der Basis des Abwicklungsdatums zum Kapitalwert zuzüglich aufgelaufener Zinsen ausgewiesen.

Die Behandlung nicht realisierter Gewinne bzw. Verluste aus Neubewertung hängt von der Klassifizierung des Finanzinstruments ab:

1. Währungseinlagen (Passiva) sowie damit verbundene Bankgeschäftsaktiva und Derivate

Für bestimmte Währungseinlageninstrumente tritt die Bank als Marktmacher auf. Das damit verbundene Marktrisiko wird auf Makrobasis gesteuert. Die Bank bilanziert daher diese Finanzinstrumente alle zum Marktwert, und sämtliche

Wertänderungen gehen in den Posten „Bewertungsänderungen netto“ der Gewinn- und Verlustrechnung ein.

2. Aktiva, Passiva und Derivate, die vorwiegend mit durch Eigenkapital gedeckten Anlagen zusammenhängen

Diese Aktiva werden langfristig – wenn auch nicht unbedingt bis zur Fälligkeit – gehalten. Sie gelten als Anlageaktiva und werden zunächst zum Einstandswert bilanziert. Danach werden sie zum Marktwert neu bewertet; unrealisierte Gewinne oder Verluste werden auf dem Wertpapierbewertungskonto verbucht, das in der Bilanz in „Sonstige Eigenkapitalposten“ enthalten ist.

Die mit der Verwaltung dieser Anlagen verbundenen Passiva, hauptsächlich kurzfristige Repo-Geschäfte, werden zum Marktwert bilanziert; alle Wertänderungen gehen in den Posten „Bewertungsänderungen netto“ der Gewinn- und Verlustrechnung ein.

Die entsprechenden Derivate werden entweder zur Steuerung des Marktrisikos der Bank oder für Handelszwecke eingesetzt. Sie werden zum Marktwert bilanziert; alle Wertänderungen gehen in den Posten „Bewertungsänderungen netto“ der Gewinn- und Verlustrechnung ein.

E. Gold und Goldeinlagen

Goldaktiva und -passiva werden zu ihrem Goldgewicht in der Bilanz ausgewiesen (zum Gold-Marktpreis und zum US-Dollar-Wechselkurs in SZR umgerechnet), zuzüglich aufgelaufener Zinsen. Die Zinsen für Goldeinlagen sind periodengerecht abgegrenzt unter „Zinsertrag“ (Aktiva) bzw. „Zinsaufwand“ (Passiva) verbucht.

Die eigenen Goldbestände der Bank sind als Anlageaktiva eingestuft. Der Betrag, um den der Buchwert der Goldanlageaktiva der Bank den Einstandswert übersteigt, wird auf dem Goldbewertungskonto verbucht, das in der Bilanz in „Sonstige Eigenkapitalposten“ enthalten ist. Für die Goldanlageaktiva, die am 31. März 2003 bestanden (als die Bank ihre Berichtswährung von Goldfranken in SZR änderte), beträgt die neu als Einstandswert erachtete Basis rund SZR 151 je Unze. Dies entspricht dem Wert von USD 208, der von 1979 bis 2003 aufgrund eines BIZ-Verwaltungsratsbeschlusses galt, umgerechnet zum Wechselkurs vom 31. März 2003.

Gewinne oder Verluste aus der Neubewertung von Goldeinlagen Dritter auf der Passivseite und den entsprechenden Goldeinlagenaktiva gehen in den Posten „Bewertungsänderungen netto“ der Gewinn- und Verlustrechnung ein.

F. Kurzfristige Forderungen und Verbindlichkeiten

Bei den kurzfristigen Forderungen und Verbindlichkeiten handelt es sich vorwiegend um sehr kurzfristige Positionen im Zusammenhang mit der Abwicklung von Finanzgeschäften. Sie werden zu Einstandswerten bilanziert.

G. Grundstücke, Gebäude und Geschäftsausstattung

Die Kosten der Gebäude und der Geschäftsausstattung der Bank werden aktiviert und linear über die geschätzte Nutzungsdauer dieser Aktiva wie folgt abgeschrieben:

Gebäude: 50 Jahre

Gebäudeeinrichtungen und -technik: 15 Jahre

Informationstechnologieausstattung: bis 4 Jahre

Sonstige Sachanlagen: 4–10 Jahre

Die Grundstücke der Bank werden nicht abgeschrieben. Die Bank überprüft Grundstücke, Gebäude und Geschäftsausstattung jährlich auf Wertminderungen. Ist der Buchwert eines Vermögenswerts höher als der geschätzte Verwertungserlös, wird der Wert auf den geschätzten Verwertungserlös abgeschrieben. Investitionen und Veräußerungen werden zum Wechselkurs des Transaktionstages umgerechnet.

H. Rückstellungen

Rückstellungen werden ausgewiesen, wenn die Bank eine gegenwärtige rechtliche oder faktische Verpflichtung infolge von vor dem Bilanzstichtag eingetretenen Ereignissen hat, zu deren Erfüllung vermutlich ökonomische Ressourcen benötigt werden, sofern der Betrag der Verpflichtung sinnvoll geschätzt werden kann.

I. Vorsorgeverpflichtungen

Die Bank unterhält für ihr Personal ein leistungsorientiertes Pensionssystem mit Fondsvermögen. Ferner führt sie einen Pensionsplan für die Verwaltungsratsmitglieder sowie eine Kranken- und Unfallversicherung für derzeitige und ehemalige Personalmitglieder. Diesen beiden liegt kein Fondsvermögen zugrunde.

Pensionsfonds

Die Verbindlichkeit aus dem Pensionsfonds des Personals basiert auf dem Barwert der unter dem Leistungsprimat ermittelten Verpflichtung zum Bilanzstichtag, abzüglich des Marktwerts des Pensionsfonds-Vermögens zum Bilanzstichtag sowie bereinigt um nicht erfasste versicherungsmathematische Gewinne und Verluste und den nachzuverrechnenden Dienstzeitaufwand. Der Umfang dieser leistungsorientierten Verpflichtung wird jährlich von unabhängigen Aktuarien mithilfe der Anwartschaftsbarwertmethode berechnet. Der Barwert der leistungsorientierten Verpflichtung wird anhand der geschätzten zukünftigen Mittelabflüsse ermittelt, wobei Diskontierungssätze für Schweizer-Franken-Unternehmensanleihen mit hohem Rating und mit ähnlichen Restlaufzeiten wie die entsprechende Verbindlichkeit zugrunde gelegt werden.

Der in der Gewinn- und Verlustrechnung verbuchte Betrag entspricht der Summe des laufenden Dienstzeitaufwands der im entsprechenden Jahr angefallenen Leistungen des Systems und der Verzinsung zum Diskontierungssatz der leistungsorientierten Verpflichtung. Außerdem werden die versicherungsmathematischen Gewinne und Verluste aufgrund von Erfahrungswertanpassungen (wenn das tatsächliche Ergebnis von den vorherigen versicherungsmathematischen Annahmen abweicht), Änderungen der versicherungsmathematischen Annahmen und Änderungen des Pensionsregulativs während der Dienstzeit der betreffenden Personalmitglieder entsprechend dem nachstehend beschriebenen „Korridor“-Konzept in der Gewinn- und Verlustrechnung verbucht. Die entsprechenden Forderungen bzw. Verbindlichkeiten sind in der Bilanz im Posten „Kurzfristige Forderungen“ bzw. „Sonstige Passiva“ enthalten.

Vorsorgeverpflichtungen ohne Fondsvermögen

Die Verbindlichkeiten aus dem Pensionsplan für die Verwaltungsratsmitglieder sowie aus der Kranken- und Unfallversicherung (beide ohne Fondsvermögen) basieren auf dem Barwert der leistungsorientierten Verpflichtung und werden genauso berechnet wie die Verbindlichkeit aus dem Pensionsfonds des Personals. Im Falle der Kranken- und Unfallversicherung (wo die Anspruchsberechtigung grundsätzlich darauf beruht, dass das Personalmitglied bis zum 50. Lebensjahr im Dienst bleibt und mindestens 10 Dienstjahre hat) werden die erwarteten Kosten der Leistungen über die gesamte Dienstzeit mithilfe der Anwartschaftsbarwertmethode kumuliert. Der Umfang dieser Verpflichtungen wird jedes Jahr von unabhängigen Aktuarien neu ermittelt.

„Korridor“-Konzept

Wenn die leistungsorientierte Verpflichtung die Verbindlichkeit oder das entsprechende Deckungsvermögen (je nachdem, welches höher ist) im Jahresabschluss um mehr als 10% überschreitet, wird diese über den Korridor von 10% hinausgehende Unterdeckung über die erwartete verbleibende Dienstzeit der betreffenden Personalmitglieder amortisiert.

J. Zahlungsmittel und Zahlungsmitteläquivalente

Die Zahlungsmittel und Zahlungsmitteläquivalente umfassen Kassenbestand und Sichtguthaben bei Banken sowie Kündigungskonten. Letztere sind sehr kurzfristige Finanzaktiva, die meist eine Kündigungsfrist von höchstens drei Tagen haben.

3. Verwendung von Schätzungen

Beim Erstellen des Jahresabschlusses muss die Geschäftsleitung der Bank teilweise Schätzungen vornehmen, um zu den ausgewiesenen Beträgen der Aktiva und Passiva, der Offenlegung von Eventualforderungen und -verbindlichkeiten zum Bilanzstichtag sowie den ausgewiesenen Beträgen von Aufwand und Ertrag im Geschäftsjahr zu gelangen. Sie stützt sich dabei auf verfügbare Informationen, eigene Annahmen und ihr Urteilsvermögen. Die späteren Ergebnisse können stark von den Schätzungen abweichen.

4. Kassenbestand und Sichtguthaben bei Banken

Kassenbestand und Sichtguthaben bei Banken bestehen aus liquiden Mitteln bei Zentral- und Geschäftsbanken, über die die Bank jederzeit verfügen kann.

5. Gold und Goldeinlagen (Aktiva)

A. Goldbestände insgesamt

Die Goldbestände der Bank setzten sich wie folgt zusammen:

| Mio. SZR | 2005 | 2004 |
|--|----------------|----------------|
| Goldbarren bei Zentralbanken | 5 170,2 | 5 463,9 |
| Termineinlagen in Gold insgesamt | 3 446,8 | 3 609,9 |
| Gold und Goldeinlagen insgesamt | 8 617,0 | 9 073,8 |
| Davon: | | |
| Goldanlageaktiva | 1 646,5 | 1 780,7 |
| Gold und Goldeinlagen – Bankgeschäftsaktiva | 6 970,5 | 7 293,1 |

B. Goldanlageaktiva

Die durch Eigenkapital gedeckten Goldanlageaktiva der Bank werden zu ihrem Goldgewicht in der Bilanz ausgewiesen (zum Gold-Marktpreis und zum US-Dollar-Wechselkurs in SZR umgerechnet), zuzüglich aufgelaufener Zinsen. Der Betrag, um den dieser Wert die neu als Einstandswert erachtete Basis übersteigt, wird auf dem Goldbewertungskonto verbucht (in der Bilanz unter „Sonstige Eigenkapitalposten“), und realisierte Gewinne oder Verluste aus der Veräußerung von Goldanlageaktiva werden in der Gewinn- und Verlustrechnung erfasst.

In Anmerkung 20 wird das Goldbewertungskonto näher erläutert. Der Nettogewinn aus der Veräußerung von eigenen Goldanlageaktiva ist in Anmerkung 29 aufgeschlüsselt.

Die Goldanlageaktiva der Bank entwickelten sich wie folgt:

| Mio. SZR | 2005 | 2004 |
|--|----------------|----------------|
| Stand am 1. April | 1 780,7 | 1 519,0 |
| Nettoveränderung der Goldanlageaktiva | | |
| Platzierte Einlagen | 400,5 | 391,9 |
| Veräußerungen von Gold | (108,6) | – |
| Fälligkeiten und andere Nettoveränderungen | (402,6) | (391,9) |
| | (110,7) | – |
| Goldpreisveränderung | (23,5) | 261,7 |
| Stand am 31. März | 1 646,5 | 1 780,7 |

Am 1. April 2004 beliefen sich die Goldanlageaktiva der Bank auf 192 Tonnen Feingold. In dem am 31. März 2005 abgeschlossenen Geschäftsjahr wurden 12 Tonnen veräußert (Anmerkung 29). Am 31. März 2005 betrug der Bestand 180 Tonnen Feingold.

6. Bankgeschäftsaktiva und Anlageaktiva in Währungen

A. Bestände insgesamt

Zu den Bankgeschäfts- und Anlageaktiva in Währungen gehören Schatzwechsel, mit Rückgabvereinbarung angekaufte Wertpapiere, Terminguthaben und Kredite an Banken sowie Staats- und andere Wertpapiere. Die Bankgeschäftsaktiva kommen durch die Wiederanlage von Kundeneinlagen zustande. Die Anlageaktiva sind die Anlagen, die durch Eigenkapital der Bank gedeckt sind.

Mit Rückgabvereinbarung angekaufte Wertpapiere („Reverse Repos“) sind Transaktionen, bei denen die Bank eine Termineinlage bei einer Gegenpartei tätigt, die eine Sicherheit in Form von Wertpapieren stellt. Der Zinssatz für die Einlage wird zu Beginn der Transaktion festgelegt, und es besteht die unwiderrufliche Verpflichtung, die Sicherheit bei Rückzahlung der Einlage zurückzugeben. Während der Laufzeit des Geschäfts wird der Marktwert der Sicherheit überwacht; gegebenenfalls wird als Schutz gegen das Kreditrisiko eine Aufstockung der Sicherheit verlangt.

Terminguthaben und Kredite an Banken sind Anlagen bei Zentralbanken, internationalen Organisationen und Geschäftsbanken. Diese Anlagen schließen befristete Kredite, Kündigungskonten und Darlehen an Zentralbanken und

| <i>Mio. SZR</i> | 2005 | | | 2004 | | |
|--|-------------------|-------------------|------------------|-------------------|-------------------|-----------|
| | Bank- geschäft | Anlage- aktiva | Insgesamt | Bank- geschäft | Anlage- aktiva | Insgesamt |
| Schatzwechsel | 31 307,4 | – | 31 307,4 | 30 240,7 | – | 30 240,7 |
| Mit Rückgabvereinbarung angekaufte Wertpapiere | 13 071,5 | 962,8 | 14 034,3 | 20 609,7 | 1 225,5 | 21 835,2 |
| Terminguthaben und Kredite an Banken | | | | | | |
| Auf Termin | 77 336,8 | – | 77 336,8 | 65 515,0 | – | 65 515,0 |
| Kündigungskonten | 2 979,7 | – | 2 979,7 | 2 640,6 | 6,8 | 2 647,4 |
| | 80 316,5 | – | 80 316,5 | 68 155,6 | 6,8 | 68 162,4 |
| Staats- und andere Wertpapiere | | | | | | |
| Staatspapiere | 7 766,3 | 5 569,7 | 13 336,0 | 3 853,5 | 4 978,4 | 8 831,9 |
| Finanzinstitute | 16 629,7 | 876,4 | 17 506,1 | 15 508,2 | 1 221,8 | 16 730,0 |
| Sonstige (einschl. öffentl. Sektor) | 7 934,2 | 1 003,3 | 8 937,5 | 6 584,3 | 1 336,9 | 7 921,2 |
| | 32 330,2 | 7 449,4 | 39 779,6 | 25 946,0 | 7 537,1 | 33 483,1 |
| Bankgeschäftsaktiva und Anlageaktiva in Währungen insgesamt | | | | | | |
| | 157 025,6 | 8 412,2 | 165 437,8 | 144 952,0 | 8 769,4 | 153 721,4 |
| Davon: | | | | | | |
| Zahlungsmitteläquivalente | 2 979,7 | – | 2 979,7 | 2 640,6 | 6,8 | 2 647,4 |
| Sonstige Bankgeschäftsaktiva und Anlageaktiva in Währungen | 154 045,9 | 8 412,2 | 162 458,1 | 142 311,4 | 8 762,6 | 151 074,0 |

internationale Organisationen im Rahmen von Standby-Fazilitäten (mit oder ohne feste Zusage) ein. Kündigungskonten sind sehr kurzfristige Finanzaktiva, die in den meisten Fällen eine Kündigungsfrist von höchstens drei Tagen haben. Sie sind in den „Zahlungsmitteläquivalenten“ in der Mittelflussrechnung der Bank enthalten.

Staats- und andere Wertpapiere sind Anlagen bei Zentralbanken, internationalen Organisationen und Geschäftsbanken in Form von fest und variabel verzinslichen Anleihen sowie forderungsunterlegten Wertpapieren.

In der obenstehenden Tabelle werden die Bestände der Bank an Bankgeschäfts- und Anlageaktiva in Währungen aufgeschlüsselt.

B. Anlageaktiva in Währungen

Die Anlageaktiva der Bank werden zum Marktwert bilanziert. Der Betrag, um den der Marktwert den historischen Einstandswert übersteigt, wird auf dem Wertpapierbewertungskonto verbucht (in der Bilanz unter „Sonstige Eigenkapitalposten“), und realisierte Gewinne oder Verluste aus der Veräußerung von Anlagepapieren werden in der Gewinn- und Verlustrechnung erfasst.

In Anmerkung 20 wird das Wertpapierbewertungskonto näher erläutert. Der Nettogewinn aus der Veräußerung von Anlagepapieren ist in Anmerkung 28 aufgeschlüsselt.

Die Währungsanlageaktiva der Bank entwickelten sich wie folgt:

| <i>Mio. SZR</i> | 2005 | 2004 |
|--|----------------|----------------|
| Stand am 1. April | 8 769,4 | 7 494,8 |
| Veränderung der Zahlungsmitteläquivalente | (6,8) | (3,7) |
| Nettoveränderung der Anlageaktiva in Währungen | | |
| Zugänge | 14 133,8 | 16 725,0 |
| Abgänge | (3 384,2) | (5 263,7) |
| Fälligkeiten und andere Nettoveränderungen | (10 956,8) | (10 240,7) |
| | (207,2) | 1 220,6 |
| Nettoveränderung der Geschäfte vor Abwicklung | (63,9) | 62,0 |
| Marktwert- und sonstige Veränderungen | (79,3) | (4,3) |
| Stand am 31. März | 8 412,2 | 8 769,4 |

7. Derivative Finanzinstrumente

Die Bank verwendet für Sicherungs- und Handelszwecke folgende derivative Instrumente:

Zins- und Anleihefutures sind vertragliche Verpflichtungen, einen Nettobetrag, basierend auf Veränderungen von Zinssätzen oder Anleihekursen, an einem künftigen Datum zu einem festgelegten Preis, der an einem organisierten Markt zustande kam, entgegenzunehmen bzw. zu zahlen. Futures-Kontrakte werden durch Zahlungsmittel oder marktfähige Wertpapiere besichert, und Wertveränderungen des Kontrakts werden täglich mit der Börse abgerechnet.

Devisen- und Anleiheoptionen sind vertragliche Vereinbarungen, in denen der Verkäufer dem Käufer das Recht einräumt, aber ihn nicht verpflichtet, an oder bis zu einem festgelegten Termin in einem bestimmten Umfang eine Fremdwährung, eine Anleihe oder Gold zu einem festgelegten Preis zu kaufen (Call-Option) oder zu verkaufen (Put-Option). Als Gegenleistung erhält der Verkäufer vom Käufer eine Prämie.

Devisen- und Goldswaps, Zins-/Währungsswaps und Zinsswaps sind Verpflichtungen zum Austausch einer Art von

Zahlungsströmen gegen eine andere. Swappeschäfte beinhalten einen wirtschaftlichen Tausch von Währungen, Gold oder Zinssätzen (z.B. eines festen Zinses gegen einen variablen) oder einer Kombination von Zinssätzen und Währungen (Zins-/Währungsswaps). Außer bei bestimmten Devisen- und Goldswaps und Zins-/Währungsswaps findet kein Austausch von Kapitalbeträgen statt.

Währungs- und Goldterminkontrakte sind Verpflichtungen, zu einem späteren Zeitpunkt Fremdwährungen oder Gold zu kaufen. Darin eingeschlossen sind noch nicht belieferte Kassageschäfte.

Forward Rate Agreements sind einzeln ausgehandelte Zins-terminkontrakte, bei denen an einem künftigen Datum die Differenz zwischen einem vertraglich vereinbarten Zinssatz und dem geltenden Marktzinssatz in bar gezahlt wird.

Swaptions sind Optionen, bei denen der Verkäufer dem Käufer das Recht einräumt, aber ihn nicht verpflichtet, an oder bis zu einem bestimmten Termin einen Devisen- oder Zinsswap zu einem festgelegten Preis abzuschließen.

In der nachstehenden Tabelle wird der Marktwert der derivativen Finanzinstrumente aufgeschlüsselt.

| Mio. SZR | 2005 | | | 2004 | | |
|---|------------------|----------------|------------------|-------------|-----------|-----------|
| | Nominalwert | Marktwert | | Nominalwert | Marktwert | |
| | | Aktiva | Passiva | | Aktiva | Passiva |
| Anleihefutures | 721,1 | 1,0 | (1,2) | 212,7 | – | – |
| Anleiheoptionen | 82,7 | 0,7 | – | 388,4 | 0,1 | – |
| Devisenoptionen | 2 276,2 | 0,7 | (4,4) | 16,6 | – | – |
| Devisen- und Goldswaps | 31 993,1 | 480,6 | (145,3) | 37 990,0 | 53,7 | (750,1) |
| Forward Rate Agreements | 45 074,2 | 5,3 | (3,2) | 17 623,0 | 4,7 | (5,0) |
| Optionen auf Futures | 3 306,0 | 0,9 | (0,5) | – | – | – |
| Swaptions | 2 818,0 | 0,9 | (16,6) | 1 589,4 | – | (25,0) |
| Währungs- und Goldterminkontrakte | 1 297,6 | 16,0 | (9,0) | 2 209,5 | 17,7 | (5,6) |
| Zinsfutures | 19 195,0 | 1,4 | (0,2) | 42 143,9 | 0,4 | (0,4) |
| Zinsswaps | 202 919,6 | 1 433,8 | (1 038,5) | 85 894,0 | 3 003,1 | (1 099,1) |
| Zins-/Währungsswaps | 10 619,0 | 246,7 | (2 221,7) | 11 388,0 | 241,4 | (2 454,5) |
| Derivative Finanzinstrumente insgesamt am 31. März | 320 302,5 | 2 188,0 | (3 440,6) | 199 455,5 | 3 321,1 | (4 339,7) |
| Derivative Finanzinstrumente netto am 31. März | | | (1 252,6) | | | (1 018,6) |

8. Kurzfristige Forderungen

| Mio. SZR | 2005 | 2004 |
|---|----------------|----------------|
| Finanzgeschäfte vor Abwicklung | 4 018,1 | 1 598,0 |
| Sonstige Forderungen | 10,5 | 11,6 |
| Kurzfristige Forderungen insgesamt | 4 028,6 | 1 609,6 |

Bei den „Finanzgeschäften vor Abwicklung“ handelt es sich um kurzfristige Forderungen (die Fälligkeit beträgt in der Regel höchstens drei Tage), bei denen die Transaktion schon ausgeführt wurde, jedoch noch keine Überweisung von Geld stattgefunden hat. Dazu gehören Vermögenswerte, die verkauft, und Schulden, die begeben wurden.

9. Grundstücke, Gebäude und Geschäftsausstattung

| Mio. SZR | | | | 2005 | 2004 |
|---------------------------------------|-------------|--------------|-----------------------------|--------------|--------------|
| | Grundstücke | Gebäude | IT und sonstige Sachanlagen | Insgesamt | Insgesamt |
| Historischer Einstandswert | | | | | |
| Stand am 1. April | 41,2 | 185,1 | 88,1 | 314,4 | 305,7 |
| Investitionen | – | – | 14,9 | 14,9 | 10,5 |
| Veräußerungen und Abgänge | – | – | (16,8) | (16,8) | (1,8) |
| Stand am 31. März | 41,2 | 185,1 | 86,2 | 312,5 | 314,4 |
| Abschreibungen | | | | | |
| Kumulierte Abschreibungen am 1. April | – | 68,3 | 56,1 | 124,4 | 109,3 |
| Abschreibungen | – | 4,2 | 11,5 | 15,7 | 16,9 |
| Veräußerungen und Abgänge | – | – | (16,8) | (16,8) | (1,8) |
| Stand am 31. März | – | 72,5 | 50,8 | 123,3 | 124,4 |
| Nettobuchwert am 31. März | 41,2 | 112,6 | 35,4 | 189,2 | 190,0 |

Der Abschreibungsbedarf für das am 31. März 2005 abgeschlossene Geschäftsjahr umfasste eine zusätzliche Abschreibung von SZR 2,4 Mio. nach einer Überprüfung auf Wertminderungen (2004: SZR 3,3 Mio.).

Nach einer Überprüfung der kapitalisierten Kosten in dem am 31. März 2005 abgeschlossenen Geschäftsjahr wurden SZR 16,8 Mio. aus kapitalisierten, aber voll abgeschrieben Kosten für IT und sonstige Sachanlagen ausgebucht.

10. Währungseinlagen

Währungseinlagen sind Buchforderungen gegenüber der Bank; sie sind in der untenstehenden Tabelle aufgliedert.

| Mio. SZR | 2005 | 2004 |
|---|------------------|------------------|
| Mit 1–2 Tagen Kündigungsfrist rückzahlbare Einlageninstrumente | | |
| Medium-Term Instruments (MTI) | 42 694,7 | 41 198,8 |
| FIXBIS | 53 712,0 | 35 212,5 |
| | 96 406,7 | 76 411,3 |
| Sonstige Währungseinlagen | | |
| Sonstige Einlageninstrumente (FRIBIS) | 3 192,4 | 6 200,2 |
| Sichtkonten, Kündigungskonten und Termineinlagen | 51 019,7 | 50 541,0 |
| | 54 212,1 | 56 741,2 |
| Währungseinlagen insgesamt | 150 618,8 | 133 152,5 |

Bei bestimmten Einlageninstrumenten hat sich die Bank verpflichtet, sie mit einer Kündigungsfrist von einem oder zwei Geschäftstagen ganz oder teilweise – zum Marktwert – zurückzuzahlen. Die dabei entstehenden Gewinne bzw. Ver-

luste werden in der Gewinn- und Verlustrechnung unter „Bewertungsänderungen netto“ ausgewiesen.

Die Währungseinlagen (mit Ausnahme der Sicht- und Kündigungskonten) werden zum Marktwert bilanziert. Dieser Wert weicht von dem Betrag ab, den die Bank dem Inhaber der Einlage gemäß vertraglicher Verpflichtung bei Fälligkeit zahlen muss und der sich für die Währungseinlagen insgesamt, zuzüglich aufgelaufener Zinsen bis zum 31. März 2005, auf SZR 151 115,9 Mio. (2004: SZR 131 482,6 Mio.) beläuft.

Die Bank schätzt den Marktwert ihrer Währungseinlagen aufgrund von Finanzmodellen. Diese Modelle bewerten die erwarteten Zahlungsströme von Finanzinstrumenten mithilfe von Diskontierungsfaktoren, die teils aus notierten Zinssätzen (z.B. LIBOR, Swapsätze), teils aus Spreadannahmen abgeleitet werden. Die Bank ermittelt diese Spreads auf der Basis jüngst getätigter Marktgeschäfte. In dem am 31. März 2005 abgeschlossenen Geschäftsjahr verringerte sich der Gewinn der Bank infolge veränderter Spreadannahmen für die Bewertung der Währungseinlagen um SZR 7,9 Mio.

11. Goldeinlagen (Passiva)

Die Goldeinlagen bei der Bank stammen ausschließlich von Zentralbanken.

12. Mit Rücknahmevereinbarung veräußerte Wertpapiere

Mit Rücknahmevereinbarung veräußerte Wertpapiere („Repo-Geschäfte“) sind Transaktionen, bei denen die Bank eine Termineinlage von einer Gegenpartei entgegennimmt und ihr eine Sicherheit in Form von Wertpapieren stellt. Der Zinssatz für die Einlage wird zu Beginn der Transaktion festgelegt, und es besteht die unwiderrufliche Verpflichtung, die Einlage bei Rückgabe der Sicherheit zurückzuzahlen. Diese Einlagen stammen ausschließlich von Geschäftsbanken.

13. Kurzfristige Verbindlichkeiten

Die kurzfristigen Verbindlichkeiten umfassen die Finanzgeschäfte vor Abwicklung, d.h. die kurzfristigen Verbindlichkeiten (Fälligkeit in der Regel höchstens drei Tage), bei denen das Geschäft schon ausgeführt, jedoch noch kein Geld überwiesen wurde. Dazu gehören angekaufte Vermögenswerte und zurückgekauft Schulden.

14. Sonstige Verbindlichkeiten

| Mio. SZR | 2005 | 2004 |
|--|--------------|--------------|
| Vorsorgeverpflichtungen – Anmerkung 21 | | |
| Ruhegehälter der Verwaltungsratsmitglieder | 4,2 | 4,0 |
| Kranken- und Unfallversicherung | 127,3 | 111,2 |
| Verbindlichkeiten gegenüber ehemaligen Aktionären | 3,9 | 14,5 |
| Sonstige | 15,9 | 14,7 |
| Sonstige Verbindlichkeiten insgesamt | 151,3 | 144,4 |

15. Aktienkapital

Das Aktienkapital der Bank setzte sich wie folgt zusammen:

| Mio. SZR | 2005 | 2004 |
|--|--------------|--------------|
| Genehmigtes Kapital: 600 000 Aktien im Nominalwert von je SZR 5 000 | 3 000,0 | 3 000,0 |
| Begebenes Kapital: 547 125 Aktien | 2 735,6 | 2 735,6 |
| Eingezahltes Kapital (25%) | 683,9 | 683,9 |

Dividendenberechtigte Aktien:

| | 2005 | 2004 |
|--|----------------|----------------|
| Begebene Aktien | 547 125 | 547 125 |
| Abzüglich: Eigene Aktien | (36 933) | (77 052) |
| Umlaufende dividendenberechtigte Aktien | 510 192 | 470 073 |
| Davon: | | |
| Volle Dividende | 470 073 | 452 073 |
| Anteilige Dividende ab Zeichnungsdatum | 40 119 | 18 000 |
| Dividende je Aktie (SZR) | 235 | 225 |

Bei den Aktien mit anteiliger Dividende ab Zeichnungsdatum handelt es sich zum einen um eigene Aktien, die in dem am 31. März 2005 abgeschlossenen Geschäftsjahr wieder veräußert wurden (Anmerkung 18), zum anderen um Aktien, die im vorherigen Geschäftsjahr an sechs neue Mitgliedszentralbanken ausgegeben worden waren.

16. Statutarische Reserven

Die Statuten der Bank sehen die Zuweisung des jährlichen Reingewinns der Bank durch die Generalversammlung

gemäß Vorschlag des Verwaltungsrats an drei bestimmte Reservefonds vor: den Gesetzlichen Reservefonds, den Allgemeinen Reservefonds und den Besonderen Dividenden-Reservefonds. Der nach Ausschüttung der Dividende verbleibende Reingewinn wird in der Regel dem Freien Reservefonds zugewiesen.

Gesetzlicher Reservefonds. Dieser Reservefonds hat derzeit die volle vorgeschriebene Höhe von 10% des eingezahlten Kapitals der Bank.

Allgemeiner Reservefonds. Derzeit sind 10% des nach Zahlung der Dividende verbleibenden jährlichen Reingewinns der Bank dem Allgemeinen Reservefonds zuzuweisen. Wenn dieser Reservefonds das Fünffache des eingezahlten Kapitals der Bank erreicht hat, sinkt die jährliche Zuweisung auf 5% des verbleibenden Reingewinns.

Besonderer Dividenden-Reservefonds. Ein Teil des verbleibenden Reingewinns des Geschäftsjahres kann dem Besonderen Dividenden-Reservefonds zugewiesen werden. Dieser kann bei Bedarf zur Zahlung der gesamten festgelegten Dividende oder eines Teils davon herangezogen werden. In der Regel wird die Dividende aus dem Reingewinn der Bank gezahlt.

Freier Reservefonds. Ein nach den obengenannten Zuweisungen noch verbleibender Betrag des Reingewinns wird in der Regel dem Freien Reservefonds zugewiesen.

Der Erlös aus der Zeichnung von BIZ-Aktien wird dem Gesetzlichen Reservefonds zugewiesen, bis dieser die volle vorgeschriebene Höhe erreicht hat, der Rest dem Allgemeinen Reservefonds.

Der Freie Reservefonds, der Allgemeine Reservefonds und der Gesetzliche Reservefonds stehen – in dieser Reihenfolge – zur Deckung etwaiger Verluste der Bank zur Verfügung. Im Falle der Liquidation der Bank werden die in den Reservefonds verbliebenen Beträge (nach Ablösung der Schulden der Bank und Zahlung der Liquidationskosten) unter den Aktionären verteilt.

17. Rücknahme von Aktien

Die außerordentliche Generalversammlung vom 8. Januar 2001 änderte die Statuten der Bank dahingehend, dass die Möglichkeit, BIZ-Aktien zu halten, ausschließlich auf Zentralbanken beschränkt ist. Dementsprechend wurden von Privataktionären (d.h. nicht Zentralbanken) 72 648 Aktien obligatorisch zurückgenommen, deren Stimmrechte bei den Zentralbanken Belgiens, Frankreichs bzw. der USA liegen. Dafür wurde eine Entschädigung von CHF 16 000 je Aktie gezahlt. Gleichzeitig nahm die Bank 2 304 Aktien dieser drei Ausgaben von anderen Zentralbanken zurück. Die Bank hielt diese Aktien als eigene Aktien. In dem am 31. März 2005 abgeschlossenen Geschäftsjahr gab sie die 40 119 Aktien der belgischen und der französischen Ausgabe an die Zentralbanken dieser beiden Länder ab (Anmerkung 18).

Drei ehemalige Privataktionäre äußerten ihre Unzufriedenheit über die Höhe der Entschädigung, die die Bank ihnen im Zusammenhang mit der obligatorischen Aktienrücknahme gezahlt hatte, und erhoben Klage vor dem Schiedsgericht in Den Haag. Dieses Verfahren wurde mit dem endgültigen Urteil des Schiedsgerichts vom 19. September 2003 abgeschlossen, das eine zusätzliche Entschädigung

von CHF 7 977,56 je Aktie verfügte. Die Bank wandte die Entscheidung auf alle ehemaligen Aktionäre zur endgültigen Abgeltung sämtlicher Ansprüche im Zusammenhang mit den zurückgenommenen Aktien an. Die Kosten der Rücknahme der insgesamt 74 952 Aktien erhöhten sich damit um SZR 153,8 Mio., wie folgt:

| Mio. SZR | 2004 |
|---|--------------|
| Zulasten eigener Aktien: | |
| Zusätzliche Entschädigung über die Höhe der Rückstellung hinaus | 113,5 |
| Zulasten Gewinn- und Verlustrechnung: | |
| Zusätzliche Zinsen über die Höhe der Rückstellung hinaus | 32,9 |
| Währungsumrechnungsverlust | 7,4 |
| Insgesamt | 153,8 |

Für über 99% der zurückgenommenen Aktien haben die ehemaligen Aktionäre die erforderlichen Dokumente zurückgesandt und die Zahlung beansprucht. Die noch nicht ausgezahlten Entschädigungen sind im Posten „Sonstige Verbindlichkeiten“ (Anmerkung 14) enthalten und belaufen sich auf SZR 3,9 Mio. (2004: SZR 14,5 Mio.).

18. Eigene Aktien

| | 2005 | 2004 |
|--|---------------|---------------|
| Stand am 1. April | | |
| In dem am 31. März 2001 abgeschlossenen Geschäftsjahr zurückgenommene Aktien | 74 952 | 74 952 |
| Sonstige | 2 100 | 2 100 |
| Insgesamt am 1. April | 77 052 | 77 052 |
| Wiederveräußerung an Aktionärszentralbanken | (40 119) | – |
| Stand am 31. März | 36 933 | 77 052 |

Gemäß den Statuten der Bank können die Anfang 2001 zurückgenommenen und in der Folge von der Bank selbst gehaltenen Aktien (Anmerkung 17) vom Verwaltungsrat gegen einen Betrag in Höhe der den Privataktionären gezahlten Entschädigung (CHF 23 977,56 je Aktie) an Aktionärszentralbanken abgegeben werden. Dementsprechend hat die Bank in dem am 31. März 2005 abgeschlossenen Geschäftsjahr alle von ihr gehaltenen Aktien der belgischen und der französischen Ausgabe, d.h. insgesamt 40 119 Aktien, an die Zentralbanken dieser Länder veräußert. Der Erlös von CHF 962,0 Mio. – oder SZR 536,7 Mio. zum Kurs der jeweiligen Transaktionsdaten – wurde dem Eigenkapital der Bank wie folgt gutgeschrieben:

| Mio. SZR | 2005 |
|--|--------------|
| Eigene Aktien | 456,4 |
| Allgemeiner Reservefonds – Wechselkursgewinn | 80,3 |
| Insgesamt | 536,7 |

Der Betrag von SZR 456,4 Mio. entspricht dem SZR-Gegenwert der Entschädigung in Schweizer Franken, die den ehemaligen Privataktionären bei der Aktienrücknahme im Januar 2001 und nach dem endgültigen Urteil des Schiedsgerichts in Den Haag im September 2003 für die Aktien der belgischen und der französischen Ausgabe gezahlt wurde. Beim Eingang des Erlöses für die Wiederveräußerung dieser Aktien im Verlauf des Geschäftsjahres wurde ein Wechselkursgewinn von SZR 80,3 Mio. erzielt, weil der Schweizer Franken in der Zeit von 2001 bis zur Veräußerung der Aktien gegenüber dem SZR aufgewertet hatte.

Als eigene Aktien verbleiben nun noch 35 933 Aktien der amerikanischen Ausgabe (34 833 im Jahr 2001 zurückgenommen, 1 100 schon vorher von der Bank gehalten) und die 1 000 suspendierten Aktien der albanischen Ausgabe. Anmerkung 40 enthält weitere Angaben zur Wiederveräußerung der Aktien der amerikanischen Ausgabe.

19. Ergebnis je Aktie

| | 2005 | 2004 |
|--|--------------|--------------|
| Reingewinn für das Geschäftsjahr (Mio. SZR) | 370,9 | 536,1 |
| Gewichteter Durchschnitt dividendenberechtigter Aktien | 486 673 | 462 114 |
| Ergebnis je Aktie – (SZR je Aktie) | 762,1 | 1 160 |

Für das am 31. März 2005 abgeschlossene Geschäftsjahr wird eine Dividende von SZR 235 je Aktie vorgeschlagen (2004: SZR 225).

20. Sonstige Eigenkapitalposten

Die sonstigen Eigenkapitalposten entsprechen den Bewertungskonten für die Anlageaktiva in Gold und in Währungen (Anmerkungen 5 und 6).

Sie umfassen:

| Mio. SZR | 2005 | 2004 |
|--|--------------|----------------|
| Wertpapierbewertungskonto | 92,2 | 178,5 |
| Goldbewertungskonto | 759,3 | 833,3 |
| Sonstige Eigenkapitalposten insgesamt | 851,5 | 1 011,8 |

A. Wertpapierbewertungskonto

Auf diesem Konto wird die Differenz zwischen dem Marktwert und dem fortgeführten Einstandswert der Anlagepapiere der Bank verbucht.

Folgende Veränderungen ergaben sich während des Geschäftsjahres:

| Mio. SZR | 2005 | 2004 |
|---------------------------------------|-------------|--------------|
| Stand am 1. April | 178,5 | 337,2 |
| Bewertungsänderungen netto | | |
| Nettogewinn aus Veräußerungen | (7,0) | (154,4) |
| Marktwert- und sonstige Veränderungen | (79,3) | (4,3) |
| | (86,3) | (158,7) |
| Stand am 31. März | 92,2 | 178,5 |

In den nachstehenden Tabellen wird der Stand des Wertpapierbewertungskontos aufgliedert.

| 31. März 2005 | Marktwert der Aktiva | Historischer Einstandswert | Wertpapierbewertungskonto | Bruttogewinne | Bruttoverluste |
|--|----------------------|----------------------------|---------------------------|---------------|----------------|
| <i>Mio. SZR</i> | | | | | |
| Mit Rückgabvereinbarung angekaufte Wertpapiere | 962,8 | 962,8 | – | – | – |
| Staats- und andere Wertpapiere | 7 449,4 | 7 357,2 | 92,2 | 137,9 | (45,7) |
| Insgesamt | 8 412,2 | 8 320,0 | 92,2 | 137,9 | (45,7) |

| 31. März 2004 | Marktwert der Aktiva | Historischer Einstandswert | Wertpapierbewertungskonto | Bruttogewinne | Bruttoverluste |
|--|----------------------|----------------------------|---------------------------|---------------|----------------|
| <i>Mio. SZR</i> | | | | | |
| Mit Rückgabvereinbarung angekaufte Wertpapiere | 1 225,5 | 1 225,5 | – | – | – |
| Terminguthaben und Kredite an Banken | 6,8 | 6,8 | – | – | – |
| Staats- und andere Wertpapiere | 7 537,1 | 7 358,6 | 178,5 | 193,0 | (14,5) |
| Insgesamt | 8 769,4 | 8 590,9 | 178,5 | 193,0 | (14,5) |

B. Goldbewertungskonto

Auf diesem Konto wird die Differenz zwischen dem Buchwert und der neu als Einstandswert erachteten Basis der Goldanlageaktiva der Bank verbucht. Für die Goldanlageaktiva, die am 31. März 2003 bestanden (als die Bank ihre Berichtswährung von Goldfranken in SZR änderte), beträgt dieser neue Einstandswert rund SZR 151 je Unze. Dies entspricht dem Wert von USD 208, der von 1979 bis 2003 aufgrund eines BIZ-Verwaltungsratsbeschlusses galt, umgerechnet zum Wechselkurs vom 31. März 2003.

Folgende Veränderungen ergaben sich während des Geschäftsjahres:

| <i>Mio. SZR</i> | 2005 | 2004 |
|-----------------------------------|--------------|--------------|
| Stand am 1. April | 833,3 | 571,6 |
| Bewertungsänderungen netto | | |
| Nettogewinn aus Veräußerungen | (50,5) | – |
| Goldpreisveränderung | (23,5) | 261,7 |
| | (74,0) | 261,7 |
| Stand am 31. März | 759,3 | 833,3 |

21. Vorsorgeverpflichtungen

A. Ruhegehälter der Verwaltungsratsmitglieder

Die Bank führt einen leistungsorientierten Pensionsplan ohne Fondsvermögen für ihre Verwaltungsratsmitglieder, die nach einer Amtszeit von mindestens vier Jahren anspruchsberechtigt sind. Während des Geschäftsjahres ergaben sich folgende Veränderungen:

| <i>Mio. SZR</i> | 2005 | 2004 |
|---|------------|------------|
| Verbindlichkeit am 1. April | 4,0 | 4,0 |
| Eingezahlte Beiträge | (0,3) | (0,3) |
| Zulasten Gewinn- und Verlustrechnung | 0,3 | 0,4 |
| Umrechnungsdifferenzen | 0,2 | (0,1) |
| Verbindlichkeit am 31. März – Anmerkung 14 | 4,2 | 4,0 |
| Nicht erfasster versicherungsmathematischer Verlust | 0,1 | 0,6 |
| Barwert der Verpflichtung | 4,3 | 4,6 |

Der Berechnung dieser Leistungen liegen ähnliche versicherungsmathematische Annahmen zugrunde wie beim Pensionssystem des Personals (s. unten); allerdings wird eine jährliche Wachstumsrate von 1,5% für die Gehälter angenommen.

B. Pensionssystem des Personals

Die Bank betreibt für ihr Personal ein leistungsorientiertes Pensionssystem, dessen Leistungen auf dem zuletzt bezogenen Gehalt basieren. Das Pensionssystem beruht auf einem Fonds, der mit einem Treuhandfonds vergleichbar ist, da er keine eigene Rechtspersönlichkeit hat. Seine Aktiva werden von der Bank zum alleinigen Nutzen der derzeitigen und ehemaligen Personalmitglieder verwaltet, die dem System angeschlossen sind. Der Fonds wird von unabhängigen Aktuaren jährlich neu bewertet, zuletzt per 30. September 2004.

| <i>Mio. SZR</i> | 2005 | 2004 |
|---|----------|----------|
| Barwert der gedeckten Verpflichtungen | 596,4 | 527,8 |
| Marktwert des Fondsvermögens | (566,6) | (525,4) |
| | 29,8 | 2,4 |
| Nicht erfasster versicherungsmathematischer Verlust | (29,8) | (2,4) |
| Verbindlichkeit am 31. März | – | – |

Während des Geschäftsjahres ergaben sich folgende Veränderungen:

| Mio. SZR | 2005 | 2004 |
|--------------------------------------|----------|----------|
| Verbindlichkeit am 1. April | – | – |
| Eingezahlte Beiträge | (15,1) | (14,5) |
| Zulasten Gewinn- und Verlustrechnung | 15,1 | 14,5 |
| Verbindlichkeit am 31. März | – | – |

Folgende Beträge wurden in der Gewinn- und Verlustrechnung verbucht:

| Mio. SZR | 2005 | 2004 |
|--|-------------|-------------|
| Laufender Diensteaufwand | 23,3 | 20,0 |
| Zinskosten | 18,9 | 17,4 |
| Erwartete Rendite des Fondsvermögens | (27,3) | (22,9) |
| Im Geschäftsjahr erfasster versicherungsmathematischer Verlust netto | – | 2,9 |
| Nicht erfasster versicherungsmathematischer Verlust / (Gewinn) | 0,2 | (2,9) |
| Im Geschäftsaufwand enthaltener Gesamtbetrag | 15,1 | 14,5 |

In diesen Berechnungen wurden vor allem folgende versicherungsmathematische Annahmen verwendet:

| | 2005 | 2004 |
|--|-------|------|
| Diskontierungssatz – Marktzinssatz schweizerischer Unternehmensanleihen mit hohem Rating | 3,25% | 3,5% |
| Erwartete Rendite des Fondsvermögens | 5,0% | 5,0% |

Im Jahr 2005 betrug die tatsächliche Rendite des Fondsvermögens 3,2% (2004: 13,9%). Die Verpflichtung der Bank gegenüber ihren Beschäftigten entspricht dem Barwert der zugesagten Ruhestandsleistungen. Zu dessen Berechnung werden die Gehälter auf den Termin hochgerechnet, zu dem die Leistungen für die gegenwärtig Beschäftigten fällig werden. Derzeit wird eine Steigerungsrate von 4,1% für die Gehälter angenommen (2004: 4,1%). Darüber hinaus werden Schätzungen über zukünftige Erhöhungen der Pensionsleistungen im Umfang von 1,5% (2004: 1,5%) für derzeitige und künftige Mitglieder des Pensionssystems einbezogen.

C. Leistungen bei Krankheit und Unfall

Bei einer Dienstzeit von mindestens 10 Jahren erbringt die Bank ferner Leistungen zur Deckung der Kosten von Krankheit und Unfall im Ruhestand; diese Leistungen sind nicht durch ein Fondsvermögen gedeckt. Die Methodik für die Ermittlung der entsprechenden Kosten und Verpflichtungen und die versicherungsmathematischen Annahmen für die Berechnung der Leistungen sind ähnlich wie beim Pensionssystem des Personals; allerdings wird zusätzlich ein langfristiger Kostenanstieg im Gesundheitswesen von 5% p.a. angenommen.

Während des Geschäftsjahres ergaben sich folgende Veränderungen:

| Mio. SZR | 2005 | 2004 |
|---|--------------|--------------|
| Verbindlichkeit am 1. April | 111,2 | 97,1 |
| Eingezahlte Beiträge | (1,7) | (1,2) |
| Zulasten Gewinn- und Verlustrechnung | 12,7 | 16,4 |
| Umrechnungsdifferenzen | 5,1 | (1,1) |
| Verbindlichkeit am 31. März – Anmerkung 14 | 127,3 | 111,2 |
| Nicht erfasster versicherungsmathematischer Verlust | 52,5 | 18,1 |
| Barwert der Verpflichtung | 179,8 | 129,3 |

Folgende Beträge wurden in der Gewinn- und Verlustrechnung verbucht:

| Mio. SZR | 2005 | 2004 |
|--|-------------|-------------|
| Laufender Diensteaufwand | 7,7 | 7,0 |
| Zinskosten | 4,7 | 4,1 |
| Im Geschäftsjahr erfasster versicherungsmathematischer Verlust netto | 0,3 | 0,4 |
| Zusätzlicher Aufwand | – | 4,9 |
| Im Geschäftsaufwand enthaltener Gesamtbetrag | 12,7 | 16,4 |

22. Zinsertrag

| Mio. SZR | 2005 | 2004 |
|---|----------------|----------------|
| Zinsen auf Anlageaktiva | | |
| Mit Rückgabvereinbarung angekaufte Wertpapiere | 14,5 | 9,9 |
| Staats- und andere Wertpapiere | 255,4 | 269,8 |
| Goldanlageaktiva | 23,4 | 25,4 |
| | 293,3 | 305,1 |
| Zinsen auf Bankgeschäftsaktiva | | |
| Schatzwechsel | 335,5 | 233,4 |
| Mit Rückgabvereinbarung angekaufte Wertpapiere | 81,6 | 104,3 |
| Terminguthaben und Kredite an Banken | 1 693,4 | 1 098,5 |
| Staats- und andere Wertpapiere | 767,5 | 721,6 |
| Gold-Bankgeschäftsaktiva | 7,2 | 8,2 |
| | 2 885,2 | 2 166,0 |
| Zinsen auf derivative Finanzinstrumente | 879,5 | 1 022,3 |
| Sonstige Zinsen | 0,8 | 0,5 |
| Zinsertrag insgesamt | 4 058,8 | 3 493,9 |
| Davon: Zinseinkünfte während des Geschäftsjahres | 3 981,1 | 3 830,2 |

23. Zinsaufwand

| Mio. SZR | 2005 | 2004 |
|---|----------------|----------------|
| Zinsen auf Goldeinlagen | 5,8 | 7,0 |
| Zinsen auf Währungseinlagen | 3 364,2 | 2 665,7 |
| Zinsen auf mit Rücknahmevereinbarung veräußerte Wertpapiere | 14,1 | 8,4 |
| Zinsaufwand insgesamt | 3 384,1 | 2 681,1 |
| Davon: Zinszahlungen während des Geschäftsjahres | 3 320,7 | 2 676,6 |

24. Bewertungsänderungen netto

| Mio. SZR | 2005 | 2004 |
|--|----------------|----------------|
| Nicht realisierte Wertänderungen finanzieller Vermögenswerte im Bankgeschäft | (247,9) | (98,9) |
| Realisierte Gewinne aus finanziellen Vermögenswerten im Bankgeschäft | 20,9 | 32,1 |
| Nicht realisierte Wertänderungen finanzieller Verbindlichkeiten | 1 478,0 | 583,8 |
| Realisierte Verluste aus finanziellen Verbindlichkeiten | (16,7) | (327,1) |
| Wertänderungen von derivativen Finanzinstrumenten | (1 417,4) | (448,6) |
| Bewertungsänderungen netto | (183,1) | (258,7) |

25. Nettoertrag aus Gebühren und Provisionen

| Mio. SZR | 2005 | 2004 |
|---|------------|------------|
| Ertrag aus Gebühren und Provisionen | 4,3 | 5,8 |
| Aufwand für Gebühren und Provisionen | (3,0) | (4,4) |
| Nettoertrag aus Gebühren und Provisionen | 1,3 | 1,4 |

26. Nettodevisenverlust / -gewinn

| Mio. SZR | 2005 | 2004 |
|--|---------------|------------|
| Transaktionsgewinn netto | 11,9 | 25,8 |
| Umrechnungsverlust netto | (46,4) | (16,8) |
| Nettodevisen(verlust) / -gewinn | (34,5) | 9,0 |

Verantwortlich für den Nettoumrechnungsverlust in dem am 31. März 2005 abgeschlossenen Geschäftsjahr war hauptsächlich die Aufwertung des Schweizer Frankens gegenüber dem SZR mit ihren Auswirkungen auf die Short-Position der Bank in Schweizer Franken (Anmerkung 37F), die bestand, bevor die Zentralbanken Belgiens und Frankreichs die bis dahin von der BIZ selbst gehaltenen Aktien ihrer jeweiligen Ausgabe zeichneten. Am Zeichnungsdatum wurde dieser Verlust (ebenso wie die entsprechenden Umrechnungsverluste der Vorjahre, da diese Aktien 2001 von Privataktionären zurückgenommen worden waren) im Eigenkapital der Bank durch einen realisierten Wechselkursgewinn von SZR 80,3 Mio. (Anmerkung 18) ausgeglichen.

27. Geschäftsaufwand

In der nachfolgenden Tabelle wird der Geschäftsaufwand der Bank in Schweizer Franken (CHF) – der Währung, in der die meisten Ausgaben der Bank anfallen – aufgedgliedert.

| Mio. CHF | 2005 | 2004 |
|--|--------------|--------------|
| Verwaltungsrat | | |
| Honorare | 1,6 | 1,6 |
| Renten | 0,6 | 0,6 |
| Reisen, auswärtige Sitzungen und sonstige Ausgaben | 1,0 | 1,5 |
| | 3,2 | 3,7 |
| Geschäftsleitung und Personal | | |
| Vergütungen | 97,1 | 96,1 |
| Renten | 30,9 | 30,2 |
| Sonstiger Personalaufwand | 38,3 | 44,4 |
| | 166,3 | 170,7 |
| Sachaufwand | 64,5 | 62,1 |
| Verwaltungskosten in Mio. CHF | 234,0 | 236,5 |
| Verwaltungskosten in Mio. SZR | 129,3 | 125,6 |
| Abschreibungen in Mio. SZR | 15,7 | 16,9 |
| Geschäftsaufwand in Mio. SZR | 145,0 | 142,5 |

In dem am 31. März 2005 abgeschlossenen Geschäftsjahr hatte die Bank – in Vollzeitstellen umgerechnet – durchschnittlich 526 Beschäftigte (2004: 509).

28. Nettogewinn aus Veräußerung von Anlagepapieren

| Mio. SZR | 2005 | 2004 |
|-----------------------------|------------|--------------|
| Veräußerungserlöse | 3 384,2 | 5 263,7 |
| Fortgeführte Einstandswerte | (3 377,2) | (5 109,3) |
| Nettogewinn | 7,0 | 154,4 |
| Davon: | | |
| Realisierte Bruttogewinne | 32,9 | 172,5 |
| Realisierte Bruttoverluste | (25,9) | (18,1) |

29. Nettogewinn aus Veräußerung von Goldanlageaktiva

Bei der Veräußerung von Goldanlageaktiva wurde in dem am 31. März 2005 abgeschlossenen Geschäftsjahr folgender Gewinn erzielt:

| Mio. SZR | 2005 |
|---|-------------|
| Veräußerungserlöse | 108,6 |
| Neu als Einstandswert erachtete Basis – Anmerkung 20B | (58,1) |
| Realisierte Bruttogewinne | 50,5 |

Im vorangegangenen Geschäftsjahr waren keine Goldanlageaktiva veräußert worden.

30. Zahlungsmittel und Zahlungsmittel-äquivalente

Für die Mittelflussrechnung gelten als Zahlungsmittel und Zahlungsmitteläquivalente:

| Mio. SZR | 2005 | 2004 |
|--|----------------|----------------|
| Kassenbestand und Sichtguthaben bei Banken | 25,8 | 18,9 |
| Kündigungskonten | 2 979,7 | 2 647,4 |
| Zahlungsmittel und Zahlungsmittel-äquivalente insgesamt | 3 005,5 | 2 666,3 |

31. Steuern

Die rechtliche Stellung der Bank in der Schweiz ist im Sitzabkommen mit dem schweizerischen Bundesrat geregelt. Gemäß diesem Sitzabkommen ist die Bank in der Schweiz von praktisch allen direkten und indirekten Steuern auf Bundes-, Kantons- und Gemeindeebene befreit.

Ähnliche Abkommen bestehen mit der Regierung der Volksrepublik China hinsichtlich der Repräsentanz Asien in der Sonderverwaltungsregion Hongkong und mit der mexikanischen Regierung hinsichtlich der Repräsentanz für den amerikanischen Kontinent.

32. Wechselkurse

Die folgende Tabelle zeigt die wichtigsten Kurse und Preise, die für die Umrechnung von Fremdwährungs- und Goldpositionen in SZR verwendet wurden.

| | Kassakurs/-preis am 31. März | | Durchschnitt im abgeschlossenen Geschäftsjahr | |
|------|------------------------------|---------|---|---------|
| | 2005 | 2004 | 2005 | 2004 |
| USD | 0,661 | 0,675 | 0,671 | 0,700 |
| EUR | 0,859 | 0,827 | 0,845 | 0,821 |
| JPY | 0,00619 | 0,00649 | 0,00625 | 0,00620 |
| GBP | 1,248 | 1,239 | 1,238 | 1,183 |
| CHF | 0,554 | 0,530 | 0,549 | 0,531 |
| Gold | 282,7 | 286,5 | 277,9 | 263,8 |

31. März 2005

| Prozent | USD | EUR | GBP | JPY | Sonstige Währungen |
|--|------|------|------|------|--------------------|
| Aktiva | | | | | |
| Goldeinlagen | – | – | – | – | 0,82 |
| Schatzwechsel | 2,70 | 2,13 | – | – | – |
| Mit Rückgabevereinbarung angekaufte Wertpapiere | 2,71 | 2,12 | 4,79 | – | – |
| Terminguthaben und Kredite an Banken | 2,77 | 2,24 | 4,93 | – | 4,15 |
| Staats- und andere Wertpapiere | 3,63 | 3,14 | 4,96 | 0,45 | 3,94 |
| Passiva | | | | | |
| Währungseinlagen | 3,00 | 2,29 | 4,73 | – | 3,29 |
| Goldeinlagen | – | – | – | – | 0,46 |
| Mit Rücknahmevereinbarung veräußerte Wertpapiere | 2,43 | – | – | – | – |

33. Außerbilanzielle Geschäfte

Treuhandgeschäfte werden im Namen der Bank, aber im Auftrag und auf Risiko von Kunden ausgeführt, d.h. ohne Regress auf die Bank.

Sie werden nicht in der Bilanz ausgewiesen. Dazu gehören:

| Mio. SZR | 2005 | 2004 |
|---|-----------------|-----------------|
| Nominalwert der Wertpapierbestände | | |
| In Depotverwahrung für Kunden | 10 009,2 | 9 153,5 |
| Gemäß Pfandbestellungsvereinbarung | 2 275,2 | 2 346,2 |
| Im Rahmen von Portfoliomanagementmandaten | 3 769,4 | 2 903,3 |
| Insgesamt | 16 053,8 | 14 403,0 |

Die im Rahmen solcher Vereinbarungen gehaltenen Finanzinstrumente sind bei externen Verwahrstellen – Zentralbanken oder kommerziellen Instituten – hinterlegt.

34. Zusagen

Die Bank stellt eine Reihe fest zugesagter Standby-Fazilitäten für die zu ihrem Kundenkreis zählenden Zentralbanken und internationalen Organisationen bereit. Am 31. März 2005 beliefen sich die offenen Zusagen, im Rahmen dieser Standby-Fazilitäten Kredit zu gewähren, auf SZR 5 480,4 Mio. (2004: SZR 3 677,3 Mio.); davon waren SZR 315,0 Mio. nicht besichert (2004: SZR 118,2 Mio.).

35. Effektive Zinssätze

Der effektive Zinssatz ist der Satz, um den die erwarteten künftigen Zahlungsströme eines Finanzinstruments auf den jeweiligen Buchwert abgezinst werden.

Die nachstehende Tabelle gibt einen Überblick über die effektiven Zinssätze der betreffenden Finanzinstrumente in den wichtigsten Währungen.

36. Konzentrationsanalyse

A. Verbindlichkeiten insgesamt

| Mio. SZR | 2005 | 2004 |
|-------------------------------|------------------|------------------|
| Afrika | 14 024,8 | 9 771,6 |
| Asien-Pazifik-Raum | 80 642,4 | 70 611,0 |
| Europa | 41 772,5 | 47 577,3 |
| Nord- und Südamerika | 28 910,3 | 25 287,6 |
| Internationale Organisationen | 4 883,1 | 5 077,3 |
| Insgesamt | 170 233,1 | 158 324,8 |

Die Währungs- und Goldeinlagen bei der Bank, hauptsächlich von Zentralbanken und internationalen Organisationen, bilden 92,7% ihrer gesamten Verbindlichkeiten. Am 31. März 2005 bestanden Währungs- und Goldeinlagen von 159 Kunden (2004: 155). Diese Einlagen weisen erhebliche Einzelkundenkonzentrationen auf: Auf der Basis des Abwicklungsdatums entfallen auf drei Kunden je über 5% des Gesamtbetrags (2004: fünf Kunden). In Anmerkung 37 wird erläutert, wie die Bank das Klumpenrisiko in ihren Verbindlichkeiten handhabt.

B. Kreditzusagen

| Mio. SZR | 2005 | 2004 |
|--------------------|----------------|----------------|
| Asien-Pazifik-Raum | 5 259,1 | 3 461,3 |
| Europa | 221,3 | 216,0 |
| Insgesamt | 5 480,4 | 3 677,3 |

Anmerkung 34 enthält nähere Angaben zu den Kreditzusagen der Bank.

C. Außerbilanzielle Positionen

| Mio. SZR | 2005 | 2004 |
|----------------------|-----------------|-----------------|
| Afrika | 594,6 | 527,4 |
| Asien-Pazifik-Raum | 12 144,1 | 10 552,9 |
| Europa | 556,8 | 534,0 |
| Nord- und Südamerika | 2 758,3 | 2 788,7 |
| Insgesamt | 16 053,8 | 14 403,0 |

Anmerkung 33 enthält nähere Angaben zu den außerbilanziellen Geschäften der Bank.

D. Aktiva insgesamt

Die Bank legt ihre Mittel vorwiegend am Interbankmarkt (bei globalen Finanzinstituten mit Sitz in G10-Ländern)

sowie in G10-Staatsanleihen an. Auf eine geografische Gliederung der Aktiva der Bank wird hier verzichtet, da die Geschäftsleitung der Bank überzeugt ist, dass diese keinen angemessenen Eindruck des wirtschaftlichen Effekts der Anlagen der Bank vermitteln würde.

37. Eigenkapital und Risikomanagement

A. Risiken, denen die Bank ausgesetzt ist

Die Bank ist folgenden Risiken ausgesetzt:

Kreditrisiko. Risiko eines finanziellen Verlusts, wenn eine Gegenpartei ihre Schulden nicht termingemäß bedient. Dies ist das größte Risiko, dem die Bank ausgesetzt ist.

Marktrisiko. Risiko eines Rückgangs des Gesamtwerts der Aktiva und Passiva der Bank infolge nachteiliger Veränderungen von Marktvariablen wie Zinssätzen, Wechselkursen und Goldpreisen.

Liquiditätsrisiko. Risiko, Zahlungsverpflichtungen bei Fälligkeit nicht erfüllen zu können, ohne inakzeptable Verluste zu erleiden.

Operationelles Risiko. Risiko, dass der Bank infolge versagender oder unzulänglicher Abläufe, Fehlern von Mitarbeitern, Systemmängeln oder externer Ereignisse finanzielle Verluste und/oder Reputationsschäden entstehen.

B. Risikomanagement der Bank

Organisationsstruktur

Die Bank wird so geführt, dass sie ihre Aufgabe erfüllen kann, Dienstleistungen für Zentralbanken zu erbringen, und gleichzeitig eine angemessene Rendite erzielt, um ihre solide Eigenkapitalbasis zu halten. Aktiva und Passiva sind in zwei Bereichen organisiert:

Währungs- und Goldeinlagen (Passiva) sowie damit verbundene Bankgeschäftsaktiva und Derivate

In diesem Bereich geht die Bank ein begrenztes Zinsänderungs-, Goldpreis- und Fremdwährungsrisiko ein.

Aktiva, Passiva und Derivate, die vorwiegend mit als Eigenkapital definierten Anlagen zusammenhängen

Die Bank hält ihr Eigenkapital größtenteils in Finanzinstrumenten, die auf die Währungen des SZR-Korbs lauten. Sie werden unter Verwendung einer Anleihenbenchmark mit einem festen Durationsziel verwaltet. Der Rest wird in Gold gehalten.

Für ihr Risikomanagement hat die Bank ein unabhängiges Risikocontrolling mit regelmäßigen Risikoberichten an die zuständigen Managementausschüsse geschaffen. Risikomanagementverfahren und Risikopolitik der Bank sind in einem ausführlichen „Risk Manual“ dokumentiert, das regelmäßig aktualisiert wird. Die Kreditlimits der Bank sind in einem weiteren Handbuch dokumentiert. Für jegliche Änderung von Kreditlimits ist die Zustimmung des Managements erforderlich.

Finanzwesen und Rechtsdienst ergänzen das Risikocontrolling. Das Finanzwesen hat die Aufgabe, die Finanzausweise der Bank zu erstellen und ihre Ausgaben durch Aufstellen und Überwachen des Jahresbudgets zu kontrollieren. Der Rechtsdienst gibt bei vielfältigen Fragen im Zusammenhang mit der Tätigkeit der Bank Rat und Unterstützung aus juristischer Perspektive.

Die Compliance-Stelle der Bank hat die Aufgabe, hinreichend sicherzustellen, dass die Tätigkeit der BIZ und ihres Personals im Einklang steht mit anwendbaren Gesetzen und Verordnungen, den BIZ-Statuten, dem Verhaltenskodex der Bank, sonstigen internen Vorschriften und Grundsätzen sowie einschlägigen Best-Practice-Standards. Die Compliance-Stelle identifiziert und beurteilt Compliance-Risiken und sensibilisiert die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter für Compliance-Fragen. Ihre Rolle beinhaltet auch Überwachungs-, Meldungs- und – in Zusammenarbeit mit dem Rechtsdienst – Beratungsaufgaben.

Die Interne Revision überprüft die bankinternen Kontrollverfahren und beurteilt, inwieweit sie mit internen Standards und Best-Practice-Richtlinien des Finanzsektors im Einklang stehen. Zur Internen Revision gehört u.a. die Überprüfung der Risikomanagementverfahren, der internen Kontrollsysteme, der Informationssysteme und der Führungsabläufe.

Für das Risikocontrolling, die Compliance und die Interne Revision der Bank ist der Stellvertretende Generaldirektor verantwortlich. Die Leiter der Compliance-Stelle und der Internen Revision unterstehen darüber hinaus dem Revisionskomitee des Verwaltungsrats.

C. Risikomanagementverfahren

Für die Bewertung ihrer Finanzinstrumente und die Messung des Risikos für ihren Reingewinn und ihr Eigenkapital bedient sich die Bank einer ganzen Reihe quantitativer Verfahren. Diese überprüft sie mit Blick auf das sich wandelnde Risikoumfeld und die Weiterentwicklung der Best-Practice-Richtlinien.

Ein zentrales Element der quantitativen Risikomanagementverfahren der Bank ist das ökonomische Kapital. Es ist eine Messgröße zur Schätzung des Betrags an Eigenkapital, der erforderlich ist, um potenzielle Verluste aus den an jedem beliebigen Tag bestehenden Engagements zu absorbieren. Dabei wird ein statistisches Konfidenzniveau angelegt, das dem Bestreben der Bank Rechnung trägt, ihre Bonität auf höchstem Niveau zu halten. Viele interne Limits und Meldungen der Bank beziehen sich auf das eingesetzte ökonomische Kapital. Die Bank berechnet das ökonomische Kapital für das Kreditrisiko, das Marktrisiko und das operationelle Risiko.

Beim Kreditrisiko verwendet die Bank dabei ein internes Modell für den Value at Risk (VaR) eines Kreditportfolios, das auf ihren Einschätzungen der folgenden Größen beruht:

- Ausfallwahrscheinlichkeit der einzelnen Gegenparteien
- Verlustkorrelationen für die einzelnen Gegenparteien
- Verlust, den die Bank bei einem Ausfall erleiden würde

Die Messgröße des für das Marktrisiko erforderlichen ökonomischen Kapitals wird aus dem VaR-Verfahren der Bank abgeleitet. Näheres hierzu s. Abschnitt F. weiter unten.

Beim operationellen Risiko beruht die Messgröße für das erforderliche ökonomische Kapital auf einem Modell, das die entsprechenden Verlusterfahrungen der Bank und externe Verlustdaten einbezieht.

Die wesentlichen verwendeten Annahmen bei der Berechnung des ökonomischen Kapitals für das Kredit-, das Markt- und das operationelle Risiko sind ein Zeithorizont von einem Jahr und ein Konfidenzniveau von 99,995%.

D. Angemessene Eigenkapitalausstattung

Die Bank weist eine sehr solide Eigenkapitalausstattung auf, die mithilfe des Modells für das ökonomische Kapital und des Rahmenkonzepts der Basler Eigenkapitalvereinbarung vom Juli 1988 gemessen wird. Die folgende Tabelle stellt das Eigenkapital der Bank am 31. März 2005 dar.

| Mio. SZR | 2005 | 2004 |
|-------------------------------|-----------------|----------------|
| Aktienkapital | 683,9 | 683,9 |
| Statutarische Reserven | 8 743,2 | 8 230,8 |
| Abzüglich: Eigene Aktien | (396,2) | (852,6) |
| Kernkapital | 9 030,9 | 8 062,1 |
| Gewinn- und Verlustrechnung | 370,9 | 536,1 |
| Sonstige Eigenkapitalposten | 851,5 | 1 011,8 |
| Eigenkapital insgesamt | 10 253,3 | 9 610,0 |

Die Angemessenheit der Eigenkapitalausstattung wird nach der Basler Eigenkapitalvereinbarung anhand von Quoten beurteilt, bei denen das anrechenbare Kapital den risikogewichteten Aktiva gegenübergestellt wird. Die risikogewichteten Aktiva werden durch Anwendung einer Reihe von Risikogewichten (gemäß Basler Eigenkapitalvereinbarung) auf die Aktiva und die derivativen Instrumente der Bank ermittelt. Wegen des Anteils von Staatspapieren (mit Risikogewicht null) an ihren Aktiva sind die Eigenkapitalquoten der Bank hoch. Am 31. März 2005 betrug die Kernkapitalquote der Bank 35,8% (2004: 34,7%).

E. Kreditrisiko

Das Kreditrisiko umfasst folgende Risiken:

Ausfallrisiko – das Risiko, dass eine Gegenpartei ihren Verpflichtungen gemäß den vereinbarten Geschäftsbedingungen nicht nachkommt. Es besteht bei finanziellen Vermögenswerten und Derivaten sowie bei fest zugesagten Fazilitäten, die die Bank für Zentralbanken und internationale Organisationen bereitstellt.

Erfüllungsrisiko – das Risiko eines Scheiterns der Abwicklung oder des Clearing von Finanztransaktionen, wenn der Austausch von Zahlungsmitteln, Wertpapieren oder anderen Vermögenswerten nicht zeitgleich erfolgt.

Transferrisiko – das Risiko, dass eine Gegenpartei wegen eingeschränkten Zugangs zu Fremdwährungen nicht in der Lage ist, ihre Fremdwährungsverpflichtungen zu erfüllen.

Die Bank steuert ihr Kreditrisiko, indem sie Limits für den Umfang des Risikos festlegt, das für einen einzelnen Schuldner oder eine Gruppe von Schuldnern akzeptiert wird. Diese Risiken werden regelmäßig überwacht und mindestens einmal jährlich überprüft; wenn nötig, werden Anpassungen vorgenommen. Das wichtigste Kriterium bei der Überprüfung ist die Fähigkeit der Schuldner bzw. potenziellen Schuldner, ihre Verpflichtungen für Zins- und Tilgungszahlungen zu erfüllen. Die Limits für das Kreditrisiko werden vom Verwaltungsrat genehmigt. Die tatsächlich eingegangenen Risiken werden täglich mit den Limits verglichen.

Die Bank schließt Reverse Repos ab und nimmt außerdem Sicherheiten herein, um das Kreditrisiko bei derivativen Finanzinstrumenten zu mindern. Mit einigen Gegenparteien hat sie ferner bilaterale Aufrechnungsvereinbarungen abgeschlossen.

1. Ausfallrisiko

Die Bank kontrolliert ihr Ausfallrisiko auf der Ebene der Gegenpartei und auf Portfolioebene. Die eingegangenen Risiken werden mithilfe einer Reihe von Kreditlimits für die einzelnen Gegenparteien und Länder begrenzt. Die Bank führt eine eigene ausführliche, unabhängige Kreditanalyse durch, anhand deren sie dann interne Ratings vergibt. Auf der Grundlage dieser Analyse werden die Kreditlimits festgelegt.

Das Ausfallrisiko in den Wertpapierbeständen der Bank wird durch den sehr liquiden Charakter der meisten Aktiva begrenzt. Wenn das Management der Bank zu dem Schluss kommt, dass eine Gegenpartei ein zu hohes Ausfallrisiko bedeutet, werden die Wertpapiere abgestoßen. Das Ausfallrisiko bei außerbörslichen Derivaten wird mithilfe von Besicherungsvereinbarungen gemindert.

Die Bank stellt mit ihrer Kreditpolitik sicher, dass ihre Aktiva überwiegend in Staatspapieren oder bei Finanzinstituten mit einem Rating von mindestens A angelegt sind. Wegen der begrenzten Anlagemöglichkeiten hat die Bank erhebliche Gegenparteikonzentrationen innerhalb dieser Sektoren.

In den nachstehenden Tabellen werden die Kreditrisiken nach Sektor und nach Rating dargestellt.

| Sektor Prozent | 2005 | 2004 |
|-------------------|-------|-------|
| Staaten | 32,5 | 29,0 |
| Finanzinstitute | 61,7 | 65,0 |
| Sonstige | 5,8 | 6,0 |
| | 100,0 | 100,0 |

| Interne Bonitätseinstufung BIZ (ausgedrückt als entsprechendes langfristiges Rating) Prozent | 2005 | 2004 |
|---|-------|-------|
| AAA | 26,3 | 25,1 |
| AA | 57,0 | 54,9 |
| A | 16,1 | 19,6 |
| BBB+ und tiefer (einschl. Risiken ohne Rating) | 0,6 | 0,4 |
| | 100,0 | 100,0 |

2. Erfüllungsrisiko

Die Bank minimiert das Erfüllungsrisiko durch:

- Inanspruchnahme etablierter Clearing-Zentren
- Abwicklung der Transaktionen möglichst erst dann, wenn beide Parteien ihre Verpflichtungen erfüllt haben („Lieferung gegen Zahlung“)
- Nettzahlungsausgleich bei derivativen Finanzinstrumenten, soweit möglich
- Inanspruchnahme von Korrespondenzbanken, die Zahlungen kurzfristig stoppen können
- Bei Devisengeschäften nach Möglichkeit Abschluss von Aufrechnungsvereinbarungen für den Fall, dass eine Gegenpartei die Gegenwährung nicht liefert
- Berechnung und Begrenzung des Erfüllungsrisikos für die einzelnen Gegenparteien

3. Transferrisiko

Die Bank nimmt die Berechnung des Transferrisikos und die entsprechende Limitfestlegung auf Länderbasis vor.

F. Marktrisiko

Die wichtigsten Komponenten des Marktrisikos der Bank sind das Goldpreisrisiko, das Fremdwährungsrisiko und das Zinsänderungsrisiko. Marktrisiken entstehen der Bank hauptsächlich im Zusammenhang mit der Anlage ihres Eigenkapitals. Die Bank misst das Marktrisiko auf der Basis des VaR-Verfahrens und durch Berechnung der Reagibilität gegenüber bestimmten Marktrisikofaktoren. Der VaR drückt die statistische Schätzung des höchstmöglichen Verlustes – unter Annahme eines vorgegebenen Zeithorizonts und mit einem bestimmten Konfidenzniveau – für das aktuelle Portfolio aus.

Das zur Unterlegung des Marktrisikos erforderliche ökonomische Kapital wird für alle Komponenten des Marktrisikos aggregiert gemessen und gesteuert. Das Management limitiert das für das Marktrisiko einzusetzende ökonomische Kapital.

Alle VaR-Modelle sind zwar zukunftsgerichtet, beruhen aber auf historischen Daten und hängen von der Qualität der verfügbaren Marktdaten ab. Die VaR-Limits werden durch ein System weiterer Limits und Berichtsverfahren ergänzt. Dazu gehören u.a. spezifische Stresstests und eine genaue Überwachung der höchsten Marktrisikopositionen.

1. Goldpreisrisiko

Das Goldpreisrisiko ist der potenzielle Effekt von Veränderungen des SZR-Goldpreises auf den Marktwert von Aktiva und Passiva. Die Bank ist dem Goldpreisrisiko hauptsächlich durch ihre eigenen Goldanlageaktiva (180 Tonnen; 2004: 192 Tonnen) ausgesetzt. Dieses Gold wird in Verwahrung gehalten oder als Einlage bei Geschäftsbanken hinterlegt. Am 31. März 2005 machten die Goldbestände rund 16% des Eigenkapitals aus (31. März 2004: 18%). Die Bank kann dem Goldpreisrisiko ferner in geringem Umfang durch ihre Bankgeschäfte mit Zentral- und Geschäftsbanken ausgesetzt sein. Das Goldpreisrisiko wird im Rahmen der Berechnungen des ökonomischen Kapitals für das gesamte Marktrisiko gemessen.

2. Fremdwährungsrisiko

Das Fremdwährungsrisiko ist der potenzielle Effekt von Wechselkursänderungen auf den Marktwert von Aktiva und Passiva. Die Bank ist dem Fremdwährungsrisiko hauptsächlich im Zusammenhang mit der Anlage ihres Eigenkapitals ausgesetzt. Darüber hinaus geht sie bei der Verwaltung von Kundeneinlagen und in ihrer Funktion als Intermediär in Devisengeschäften zwischen Zentral- und Geschäftsbanken Fremdwährungsrisiken ein. Die Bank verringert ihre Fremdwährungsrisiken, indem sie ihr Eigenkapital in Relation zur Zusammensetzung des SZR-Korbs in die Währungen des Korbs investiert und bei der Verwaltung von Kundeneinlagen und bei Devisengeschäften nur geringe Risikopositionen zulässt.

Die folgende Tabelle zeigt die Währungspositionen der Bank nach Bereinigung um ihre eigenen Goldanlageaktiva.

Nettoaktiva am 31. März

| Mio. SZR | 2005 | 2004 |
|--------------------|---------|---------|
| Schweizer Franken | (137,0) | (655,6) |
| US-Dollar | 21,3 | 297,9 |
| Euro | 4,3 | 111,3 |
| Yen | 36,7 | 130,9 |
| Pfund Sterling | 12,7 | 57,7 |
| Schwedische Krone | 58,1 | 54,3 |
| Sonstige Währungen | 3,9 | 3,5 |

Die am 31. März 2005 ausgewiesene Short-Position in Schweizer Franken ist hauptsächlich auf die Vorsorgeverpflichtungen der Bank zurückzuführen (Anmerkung 21). Die am 31. März 2004 ausgewiesene Short-Position in Schweizer Franken war im Wesentlichen auf die Rücknahme von BIZ-Aktien im Jahr 2001 (Anmerkung 17) und zu einem kleineren Teil auf die Vorsorgeverpflichtungen der Bank zurückzuführen. Die Short-Position verringerte sich im Jahr 2005, als die Zentralbanken Belgiens und Frankreichs die Aktien ihrer jeweiligen Ausgabe zeichneten (zu einem Preis in Schweizer Franken), die zuvor von der BIZ als eigene Aktien gehalten worden waren.

3. Zinsänderungsrisiko

Das Zinsänderungsrisiko ist der potenzielle Effekt von Zinsänderungen auf den Marktwert von Aktiva und Passiva. Die Bank ist dem Zinsänderungsrisiko hauptsächlich durch verzinsliche Aktiva im Zusammenhang mit der Anlage ihres Eigenkapitals ausgesetzt. Diese Aktiva werden unter Verwendung einer Anleihenbenchmark mit einem festen Durationsziel verwaltet. Ferner ist die Bank im Zusammenhang mit der Hereinnahme und Wiederanlage von Kundeneinlagen einem begrenzten Zinsänderungsrisiko ausgesetzt. Die Bank überwacht das Zinsänderungsrisiko genau und achtet dabei auch auf die Reagibilität der Marktwerte gegenüber Zinsänderungen. Das Marktrisiko wird mithilfe von ökonomischem Kapital, VaR und auf Stresstests basierenden Limits eingeschränkt.

In der untenstehenden Tabelle wird dargestellt, wie sich eine Verschiebung der einschlägigen Zinsstrukturkurve um 1% nach oben auf das Eigenkapital der Bank auswirkt.

31. März 2005

| Mio. SZR | Bis 6 Monate | 7–12 Monate | 1–2 Jahre | 2–3 Jahre | 3–4 Jahre | 4–5 Jahre | Über 5 Jahre |
|--------------------|--------------|-------------|---------------|---------------|---------------|---------------|----------------|
| Euro | (4,6) | (4,5) | (11,6) | (11,1) | (11,2) | (17,8) | (67,8) |
| Yen | 2,0 | (1,0) | (2,5) | (2,0) | (2,6) | (3,0) | (8,1) |
| Pfund Sterling | (0,8) | 1,6 | (9,8) | (6,1) | (5,4) | (9,9) | (12,1) |
| Schweizer Franken | (0,3) | 0,3 | 0,1 | – | – | – | – |
| US-Dollar | 16,2 | 21,0 | (46,4) | (7,4) | (9,0) | (17,4) | (56,6) |
| Sonstige Währungen | (0,3) | 0,1 | (0,1) | – | – | – | – |
| Insgesamt | 12,2 | 17,5 | (70,3) | (26,6) | (28,2) | (48,1) | (144,6) |

G. Liquiditätsrisiko

Die Nettoveränderungen der Währungs- und Goldeinlagen von Zentralbanken, internationalen Organisationen und sonstigen öffentlichen Institutionen sind die wichtigsten Bestimmungsgrößen für die Bilanzsumme der Bank. Die Bank hat sich verpflichtet, bestimmte Währungseinlageninstrumente mit einer Kündigungsfrist von einem oder zwei Geschäftstagen zum Marktwert zurückzunehmen. Die Bank wird so geführt, dass ein hoher Grad an Liquidität gewahrt wird, damit sie jederzeit den Bedürfnissen ihrer Kunden entsprechen kann.

Die Bank hat ein Rahmenkonzept für die Liquiditätssteuerung entwickelt, das auf einem statistischen Modell mit konservativen Annahmen hinsichtlich Mittelzuflüssen und Liquidität der Passiva beruht. Innerhalb dieses Rahmens hat der Verwaltungsrat ein Limit für die Liquiditätsquote der Bank festgelegt; danach müssen die liquiden Aktiva mindestens 100% des potenziellen Liquiditätsbedarfs der Bank betragen. Darüber hinaus werden Liquiditätsstresstests durchgeführt, bei denen extreme Abzugs-

szenarien angenommen werden, die weit über den geschätzten potenziellen Liquiditätsbedarf hinausgehen. Diese Stresstests definieren zusätzliche Liquiditätsanforderungen, die ebenfalls erfüllt werden müssen. Die Liquidität der Bank liegt stets deutlich über der Mindestliquiditätsquote.

Die weiter unten folgenden Tabellen zeigen Aktiva und Passiva (einschl. Derivaten auf Nettobasis) zu Buchwerten, gegliedert nach vertraglicher Restlaufzeit zum Bilanzstichtag.

H. Operationelles Risiko

Die Bank definiert das operationelle Risiko als das Risiko, dass ihr durch einen oder mehrere der folgenden Faktoren finanzielle Verluste und/oder Reputationsschäden entstehen:

- Personen (z.B. zu wenig Personal, Fehlen erforderlicher Kenntnisse, unzulängliche Schulung, unzulängliche Überwachung, Abgang wichtiger Mitarbeiter, unzulängliche Nachfolgeplanung sowie Mangel an Integrität oder ethischen Maßstäben)

31. März 2005

| Mio. SZR | Bis 1 Monat | 1–3 Monate | 4–6 Monate | 6–9 Monate | 9–12 Monate | 1–5 Jahre | Über 5 Jahre | Unbestimmte Laufzeit | Insgesamt |
|--|-------------------|-------------------|-------------------|-------------------|-------------------|-------------------|------------------|-------------------------|--------------------|
| Aktiva | | | | | | | | | |
| Kassenbestand und Sichtguthaben bei Banken | 25,8 | – | – | – | – | – | – | – | 25,8 |
| Gold und Goldeinlagen | 5 305,2 | 188,3 | 514,2 | 440,9 | 531,6 | 1 564,2 | 72,6 | – | 8 617,0 |
| Schatzwechsel | 5 908,1 | 12 716,2 | 6 718,6 | 3 044,3 | 2 920,2 | – | – | – | 31 307,4 |
| Mit Rückgabvereinbarung angekaufte Wertpapiere | 14 034,3 | – | – | – | – | – | – | – | 14 034,3 |
| Terminguthaben und Kredite an Banken | 31 823,2 | 18 716,8 | 13 981,0 | 9 830,4 | 5 926,9 | 5,1 | 33,1 | – | 80 316,5 |
| Staats- und andere Wertpapiere | 3 454,0 | 4 086,4 | 3 014,8 | 2 795,1 | 5 110,3 | 16 167,4 | 5 151,6 | – | 39 779,6 |
| Kurzfristige Forderungen | 4 021,5 | – | – | – | – | 3,5 | – | 3,6 | 4 028,6 |
| Grundstücke, Gebäude und Geschäftsausstattung | – | – | – | – | – | – | – | 189,2 | 189,2 |
| Insgesamt | 64 572,1 | 35 707,7 | 24 228,6 | 16 110,7 | 14 489,0 | 17 740,2 | 5 257,3 | 192,8 | 178 298,4 |
| Passiva | | | | | | | | | |
| Währungseinlagen | | | | | | | | | |
| Mit 1–2 Tagen Kündigungsfrist rückzahlbare Einlageninstrumente | (8 204,1) | (14 081,1) | (14 153,1) | (16 175,8) | (10 937,5) | (30 176,3) | (2 678,8) | – | (96 406,7) |
| Sonstige Währungseinlagen | (33 081,0) | (6 591,3) | (7 088,4) | (3 439,2) | (4 010,9) | (1,3) | – | – | (54 212,1) |
| Goldeinlagen | (5 423,1) | (133,7) | (487,5) | (331,2) | (287,7) | (375,0) | (72,6) | – | (7 110,8) |
| Mit Rücknahmvereinbarung veräußerte Wertpapiere | (1 159,4) | – | – | – | – | – | – | – | (1 159,4) |
| Kurzfristige Verbindlichkeiten | (7 752,2) | – | – | – | – | – | – | – | (7 752,2) |
| Sonstige Verbindlichkeiten | (17,3) | – | – | – | – | – | – | (134,0) | (151,3) |
| Insgesamt | (55 637,1) | (20 806,1) | (21 729,0) | (19 946,2) | (15 236,1) | (30 552,6) | (2 751,4) | (134,0) | (166 792,5) |
| Derivative Finanzinstrumente netto | 67,3 | 172,8 | (152,1) | (43,6) | (236,8) | (823,8) | (236,4) | – | (1 252,6) |
| Fälligkeitsinkongruenz | 9 002,3 | 15 074,4 | 2 347,5 | (3 879,1) | (983,9) | (13 636,2) | 2 269,5 | 58,8 | 10 253,3 |

31. März 2004

| Mio. SZR | Bis 1 Monat | 1–3 Monate | 4–6 Monate | 6–9 Monate | 9–12 Monate | 1–5 Jahre | Über 5 Jahre | Unbestimmte Laufzeit | Insgesamt |
|--|-------------------|-------------------|-------------------|------------------|------------------|-------------------|------------------|-------------------------|--------------------|
| Aktiva | | | | | | | | | |
| Kassenbestand und Sichtguthaben bei Banken | 18,9 | – | – | – | – | – | – | – | 18,9 |
| Gold und Goldeinlagen | 5 711,4 | 315,8 | 603,0 | 514,2 | 532,2 | 1 397,2 | – | – | 9 073,8 |
| Schatzwechsel | 5 903,4 | 15 450,9 | 6 615,6 | 908,9 | 1 361,9 | – | – | – | 30 240,7 |
| Mit Rückgabvereinbarung angekaufte Wertpapiere | 21 771,1 | 64,1 | – | – | – | – | – | – | 21 835,2 |
| Terminguthaben und Kredite an Banken | 31 589,7 | 16 640,8 | 15 138,2 | 3 814,4 | 979,3 | – | – | – | 68 162,4 |
| Staats- und andere Wertpapiere | 1 785,5 | 2 948,1 | 3 085,9 | 2 164,1 | 1 533,6 | 17 661,3 | 4 304,6 | – | 33 483,1 |
| Kurzfristige Forderungen | 1 602,2 | – | – | – | – | 3,9 | – | 3,5 | 1 609,6 |
| Grundstücke, Gebäude und Geschäftsausstattung | – | – | – | – | – | – | – | 190,0 | 190,0 |
| Insgesamt | 68 382,2 | 35 419,7 | 25 442,7 | 7 401,6 | 4 407,0 | 19 062,4 | 4 304,6 | 193,5 | 164 613,7 |
| Passiva | | | | | | | | | |
| Währungseinlagen | | | | | | | | | |
| Mit 1–2 Tagen Kündigungsfrist rückzahlbare Einlageninstrumente | (4 798,2) | (12 072,9) | (14 572,6) | (5 828,5) | (4 015,2) | (31 727,3) | (3 396,6) | – | (76 411,3) |
| Sonstige Währungseinlagen | (42 269,9) | (7 438,1) | (6 374,4) | (560,3) | (98,3) | (0,2) | – | – | (56 741,2) |
| Goldeinlagen | (5 625,0) | (250,5) | (510,1) | (347,5) | (291,7) | (268,7) | – | – | (7 293,5) |
| Mit Rücknahmevereinbarung veräußerte Wertpapiere | (1 161,2) | (64,1) | – | – | – | – | – | – | (1 225,3) |
| Kurzfristige Verbindlichkeiten | (12 169,4) | – | – | – | – | – | – | – | (12 169,4) |
| Sonstige Verbindlichkeiten | (26,6) | – | – | – | – | – | – | (117,8) | (144,4) |
| Insgesamt | (66 050,3) | (19 825,6) | (21 457,1) | (6 736,3) | (4 405,2) | (31 996,2) | (3 396,6) | (117,8) | (153 985,1) |
| Derivative Finanzinstrumente netto | (102,9) | (485,8) | (144,6) | 3,2 | (100,4) | (109,8) | (78,3) | – | (1 018,6) |
| Fälligkeitsinkongruenz | 2 229,0 | 15 108,3 | 3 841,0 | 668,5 | (98,6) | (13 043,6) | 829,7 | 75,7 | 9 610,0 |

- Versagen oder Unzulänglichkeit von Abläufen (eine interne Regelung oder ein Ablauf ist z.B. unzulänglich, schlecht konzipiert, ungeeignet oder ungenügend dokumentiert bzw. wird nicht richtig verstanden, umgesetzt, befolgt oder durchgesetzt)
- Versagen oder Unzulänglichkeit von Systemen (Hardware, Softwareanwendungen, Betriebssysteme oder Infrastruktur, die die Tätigkeit der Bank erfordert, sind z.B. schlecht konzipiert, ungeeignet, unzulänglich, nicht verfügbar, fallen aus oder funktionieren nicht wie geplant)
- externe Ereignisse (d.h. Ereignisse, die sich negativ auf die Bank auswirken, über die sie aber keine Kontrolle hat)

Die Bank handhabt das operationelle Risiko mittels interner Kontrollen wie Regeln, Verfahren, Praktiken und Organisationsstrukturen, mit deren Hilfe die Wahrscheinlichkeit vermindert werden soll, dass ein Risikoereignis eintritt, oder durch die zumindest der Schaden begrenzt werden kann. Die Bank stellt für das operationelle Risiko ökonomisches Kapital auf der Basis eines statistischen Modells bereit, das die

entsprechenden Verusterfahrungen der Bank und externe Verlustdaten einbezieht. Derzeit arbeitet die Bank daran, mithilfe eines bankweiten Programms zur Selbsteinschätzung („Control Self-Assessment“, CSA) das operationelle Risiko zu identifizieren und zu bewerten sowie die Wirksamkeit bestehender Kontrollen zu beurteilen. Anhand der CSA-Ergebnisse soll die Quantifizierung des operationellen Risikos in der Bank verfeinert werden.

38. Nahestehende Personen

Die Bank betrachtet als nahestehend:

- die Mitglieder des Verwaltungsrats
- die Mitglieder der obersten Führungsebene der Bank
- nahe Angehörige dieser Personen
- Unternehmen, die einen erheblichen Einfluss auf ein Mitglied des Verwaltungsrats oder der obersten Führungsebene ausüben könnten, sowie Unternehmen, auf die eine dieser Personen erheblichen Einfluss ausüben könnte

- die Vorsorgesysteme der Bank
- Zentralbanken, deren Präsident Mitglied des Verwaltungsrats ist, und Institutionen, die mit diesen Zentralbanken verbunden sind

Eine Aufstellung der Mitglieder des Verwaltungsrats und der obersten Führungsebene findet sich in diesem *Jahresbericht* unter „Verwaltungsrat“ und „Oberste Führungsebene“. Angaben zu den Vorsorgesystemen der Bank finden sich in Anmerkung 21.

A. Nahestehende natürliche Personen

Die Bank bietet allen Personalmitgliedern und Verwaltungsratsmitgliedern persönliche Einlagenkonten an, deren Zinssatz vom Präsidenten der Bank festgelegt wird. Am 31. März 2005 betrug der Saldo auf den persönlichen Einlagenkonten der Mitglieder des Verwaltungsrats und der obersten Führungsebene insgesamt SZR 8,1 Mio. (2004: SZR 7,4 Mio.). Angaben zur Vergütungspolitik der Bank finden sich in diesem *Jahresbericht* unter dem Titel „Verwaltung der Bank“.

B. Nahestehende Zentralbanken und verbundene Institutionen

Die BIZ erbringt Bankdienstleistungen für Zentralbanken, internationale Organisationen und sonstige öffentliche Institutionen. Dabei schließt sie im Rahmen des normalen Geschäftsgangs Geschäfte mit nahestehenden Zentralbanken und verbundenen Institutionen ab. Zu diesen Geschäften gehören die Gewährung von Krediten sowie die Hereinnahme von Währungs- und Goldeinlagen.

Bei diesen Geschäften gelten grundsätzlich die gleichen Konditionen wie bei Geschäften mit nicht verbundenen Kunden.

Währungseinlagen von nahestehenden Zentralbanken und verbundenen Institutionen

| Mio. SZR | 2005 | 2004 |
|--|-----------------|-----------------|
| Stand am 1. April | 34 030,3 | 33 475,3 |
| Entgegengenommene Einlagen | 104 844,2 | 101 407,8 |
| Fälligkeiten, Tilgungen und Marktwertänderungen | (101 906,6) | (103 202,0) |
| Nettoveränderung bei Kündigungskonten | 2 839,0 | 2 349,2 |
| Stand am 31. März | 39 806,9 | 34 030,3 |
| Anteil an Währungseinlagen insgesamt am 31. März | 26,4% | 25,6% |

Goldeinlagen von nahestehenden Zentralbanken und verbundenen Institutionen

| Mio. SZR | 2005 | 2004 |
|--|----------------|----------------|
| Stand am 1. April | 5 049,1 | 4 208,8 |
| Entgegengenommene Einlagen | 154,3 | 224,5 |
| Nettoabzüge und Goldpreisentwicklung | (394,8) | 615,8 |
| Stand am 31. März | 4 808,6 | 5 049,1 |
| Anteil an Goldeinlagen insgesamt am 31. März | 67,6% | 69,2% |

Von nahestehenden Zentralbanken und verbundenen Institutionen mit Rückgabvereinbarung angekaufte Wertpapiere

| Mio. SZR | 2005 | 2004 |
|--|----------------|----------------|
| Stand am 1. April | 4 448,0 | 218,5 |
| Entgegengenommene Einlagen | 1 200 762,4 | 294 192,5 |
| Fälligkeiten und Marktwertänderungen | (1 200 293,1) | (289 963,0) |
| Stand am 31. März | 4 917,3 | 4 448,0 |
| Anteil an mit Rückgabvereinbarung angekauften Wertpapieren insgesamt am 31. März | 35,0% | 20,4% |

Sonstige Positionen gegenüber nahestehenden Zentralbanken und verbundenen Institutionen

Die Bank hält Sichtkonten in Währungen bei nahestehenden Zentralbanken und verbundenen Institutionen. Am 31. März 2005 betrug der Saldo dieser Konten insgesamt SZR 7,4 Mio. (2004: SZR 10,4 Mio.). Die Gold-Sichtkonten bei nahestehenden Zentralbanken und verbundenen Institutionen beliefen sich am 31. März 2005 auf insgesamt SZR 5 170,3 Mio. (2004: SZR 5 463,9 Mio.).

Derivatgeschäfte mit nahestehenden Zentralbanken und verbundenen Institutionen

Die BIZ schließt mit nahestehenden Zentralbanken und verbundenen Institutionen Derivatgeschäfte ab, darunter Devisenkontrakte und Zinsswaps. Der gesamte Nominalwert dieser Geschäfte mit nahestehenden Zentralbanken und verbundenen Institutionen in dem am 31. März 2005 abgeschlossenen Geschäftsjahr betrug SZR 4 184,5 Mio. (2004: SZR 2 846,4 Mio.).

39. Eventualverbindlichkeiten

Die Bank ist in zwei separate Gerichtsverfahren verwickelt (abgesehen von dem Verfahren vor dem Schiedsgericht in Den Haag, das 2003 abgeschlossen wurde), die im Zusammenhang mit dem Beschluss vom 8. Januar 2001 zur Rücknahme aller BIZ-Aktien in Händen von Privataktionären angestrengt wurden (Anmerkung 17).

Eine Gruppe ehemaliger Privataktionäre leitete im Dezember 2001 ein Verfahren vor dem Handelsgericht in Paris ein. Das Gericht fällte im März 2003 eine Vorentscheidung (ohne inhaltlich auf die Klage einzugehen), wonach es für die Beurteilung von Ansprüchen auf Erhöhung der Entschädigung zuständig sei. Die Bank legte daraufhin vor dem Pariser Appellationsgericht Berufung gegen diese Verfahrensentscheidung ein und brachte vor, dass das Schiedsgericht in Den Haag in dieser Sache allein zuständig sei. Am 25. Februar 2004 fällte das Pariser Appellationsgericht eine Entscheidung zugunsten der BIZ und hielt fest, das Handelsgericht in Paris sei für solche Forderungen nicht zuständig. Im April 2004 stellten einige der an der ursprünglichen Klage beteiligten ehemaligen Privataktionäre vor dem französischen Kassationsgericht den Antrag, die Entscheidung des Appellationsgerichts in der Zuständigkeitsfrage aufzuheben. Ende 2004 reichten sowohl die

Kläger als auch die Bank ihre Rechtsschriften zur Zuständigkeitsfrage ein; das Urteil des Kassationsgerichts steht noch aus. Die Bank erachtet diese Klage als unbegründet und hat dementsprechend keine gesonderte Rückstellung für diese Forderungen gebildet.

Ein anderes Verfahren wurde von einer Gruppe von Klägern angestrengt, die geltend machen, sie hätten im Zeitraum zwischen der Ankündigung der geplanten Aktienrücknahme am 11. September 2000 und dem entsprechenden Beschluss der außerordentlichen Generalversammlung vom 8. Januar 2001 ihre BIZ-Aktien am Markt verkauft. Die Klage wurde nicht gegen die BIZ eingereicht, sondern gegen JPMorgan & Cie SA und Barbier Frinault, die Finanzberater, die die Bank zur Bestimmung der ursprünglichen Entschädigung herangezogen hatte. Die Bank könnte aber dennoch indirekt haften, nämlich aufgrund einer Schadloshaltungsklausel im Vertrag mit JPMorgan & Cie SA in Bezug auf etwaige Gerichtsverfahren und Kosten im Zusammenhang mit den erbrachten Beratungsdienst-

leistungen. Für diese Ansprüche ist keine Rückstellung gebildet worden.

Außer den genannten Verfahren ist derzeit kein Gerichts- oder Schiedsverfahren anhängig, an dem die BIZ beteiligt ist.

40. Ereignis nach dem Bilanzstichtag

Am 10. Januar 2005 beschloss der Verwaltungsrat, den Aktionärszentralbanken die 35 933 Aktien der amerikanischen Ausgabe, die die Bank als eigene Aktien hält, zum Preis von CHF 23 977,56 je Aktie anzubieten (Anmerkung 18). Letzter Termin für die Annahme des Angebots war der 15. April 2005. Bis dahin waren von Aktionärszentralbanken Kaufangebote für alle 35 933 Aktien eingegangen. Der Verkauf wird am 31. Mai 2005 abgeschlossen. Das Eigenkapital der Bank erhöht sich dabei um CHF 861,6 Mio. (oder SZR 477,5 Mio., umgerechnet zum Kurs vom 31. März 2005).

Bericht der Buchprüfer

Bericht der Buchprüfer
an den Verwaltungsrat und die Generalversammlung
der Bank für Internationalen Zahlungsausgleich, Basel

Wir haben den beiliegenden Jahresabschluss der Bank für Internationalen Zahlungsausgleich (S. 212 bis 236) geprüft. Der Jahresabschluss setzt sich aus der Bilanz und der Gewinn- und Verlustrechnung zusammen, wie dies in den Statuten der Bank bestimmt wird, sowie aus den dazugehörigen Anmerkungen. Der Jahresabschluss ist von der Geschäftsleitung der Bank in Übereinstimmung mit den Statuten und den in den Anmerkungen unter „Wesentliche Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden“ wiedergegebenen Grundsätzen erstellt worden. Gemäß den Statuten der Bank besteht unsere Aufgabe darin, auf der Grundlage der von uns durchgeführten Prüfung eine unabhängige Beurteilung der Bilanz und der Gewinn- und Verlustrechnung abzugeben und Ihnen darüber Bericht zu erstatten.

Unsere Abschlussprüfung umfasste die stichprobenweise Prüfung von Nachweisen für die in der Bilanz und der Gewinn- und Verlustrechnung enthaltenen Zahlen und sonstigen Angaben. Wir haben alle erbetenen Auskünfte und Erklärungen erhalten, die wir benötigten, um festzustellen, dass die Bilanz und die Gewinn- und Verlustrechnung frei von wesentlichen Fehlern sind.

Wir sind der Ansicht, dass die von uns durchgeführten Prüfungshandlungen eine angemessene Grundlage für die Abgabe unseres Prüfberichts bilden. Nach unserer Auffassung ist der Jahresabschluss der Bank für Internationalen Zahlungsausgleich, einschließlich der Anmerkungen dazu, ordnungsgemäß erstellt worden und vermittelt für das am 31. März 2005 abgeschlossene Geschäftsjahr eine angemessene und getreue Darstellung der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage; damit entspricht er den Statuten der Bank.

PricewaterhouseCoopers AG

Anthony W. Travis

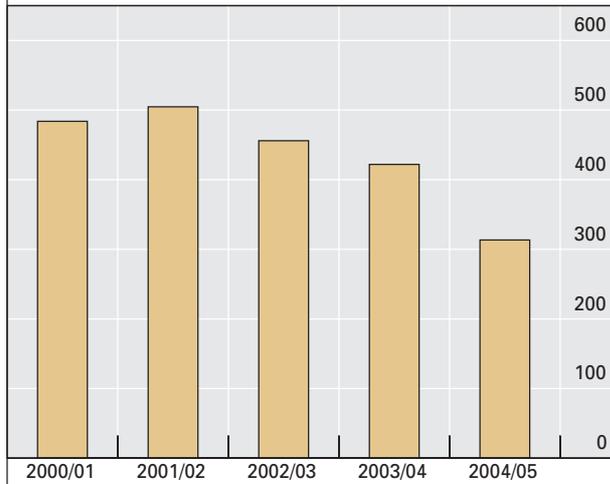
Albert Schönenberger

Basel, 9. Mai 2005

5-Jahres-Überblick

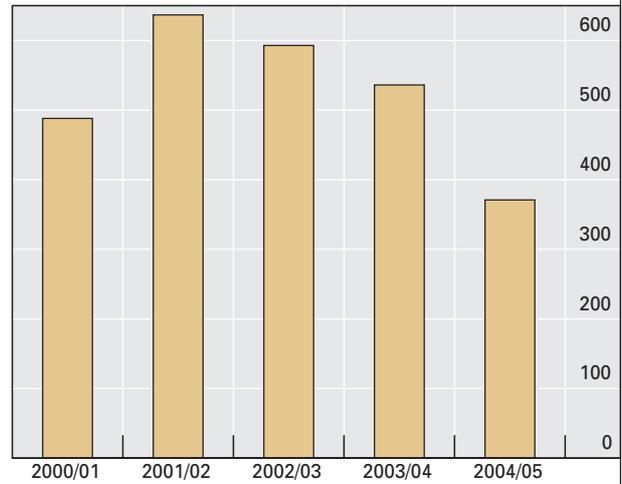
Operativer Gewinn

Mio. SZR



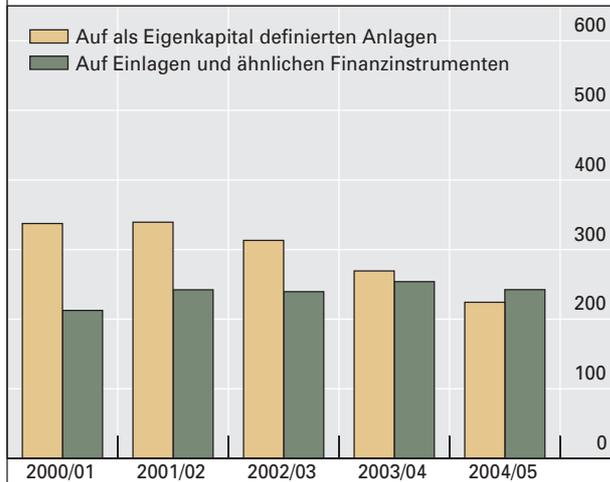
Reingewinn

Mio. SZR



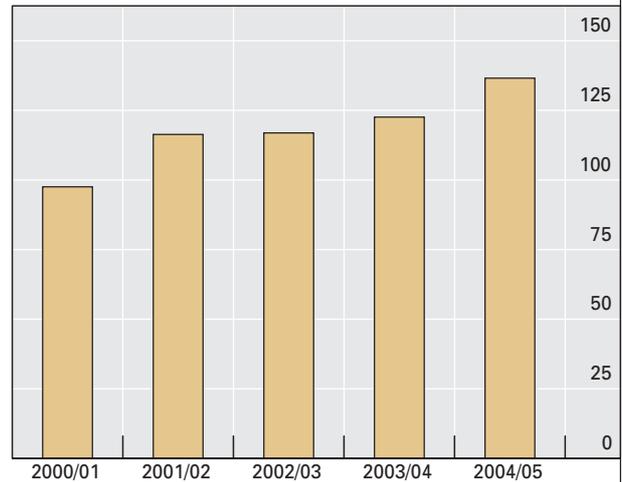
Nettozinsertrag auf Währungsanlagen

Mio. SZR



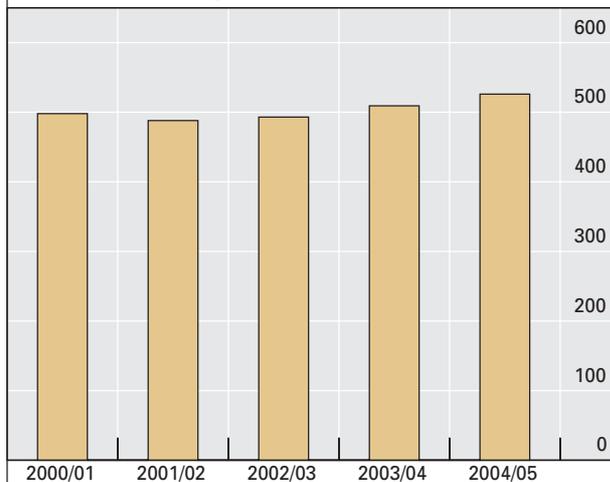
Durchschnittliche Währungseinlagen (Basis Valutadatum, periodengerecht abgegrenzt)

Mrd. SZR



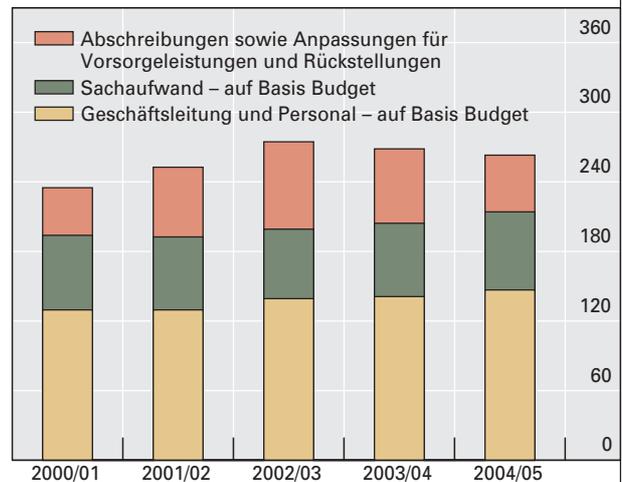
Durchschnittliche Anzahl Beschäftigte

In Vollzeitstellen umgerechnet



Geschäftsaufwand

Mio. CHF



Anmerkung: Die Finanzdaten für die Jahre vor 2002/03 beruhen auf bestmöglichen Schätzungen.

